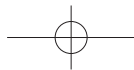
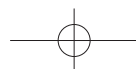
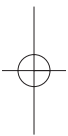


Ohnmacht der Studentenräte?





Joachim Klose (Hg.)

BELTER DIALOGE - IMPULSE ZU ZIVILCOURAGE UND WIDERSTAND

Ohnmacht der Studentenräte?

Wolfgang Natonek und die Studentenräte nach 1945
an der Universität Leipzig



LEIPZIGER UNIVERSITÄTSVERLAG 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Joachim Klose (Hg.)

Belter Dialoge – Band 2

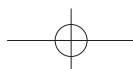
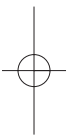
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

IMPRESSUM

© Leipziger Universitätsverlag GmbH 2010
Satz: berndstein | grafikdesign
Produktion: DDF GmbH, Leipzig-Engelsdorf
ISBN 978-3-86583-542-0

Inhalt

Vorwort	7
Idealismus und Widerstand	
Wolfgang Natonek in Briefen und Vorträgen	
<i>Steffi Böttger</i>	11
Bürgerliche Universität in der Diktatur des Proletariats	
Das Scheitern Wolfgang Natoneks	
<i>Günter Kröber</i>	23
Aufbruch in eine neue Gesellschaft	
Die Geschichte der Studentenräte	
<i>Günther Heydemann</i>	35
Selbstvergessene Elite?	
Der StudentInnenRat der Universität Leipzig seit 1989	
<i>Bastian Lindert</i>	61
Politische Erwartungen der nächsten Akademikergeneration	
Europäische Perspektiven und der Bologna-Prozess	
<i>Siegfried Gehrman</i>	79
Zwischen Bilden und Gebildetwerden	
Der mündige Student als Homo politicus	
<i>Klaus Dicke</i>	101
Zu den Autoren	117



Vorwort

Die Deutsche Einheit jährte sich 2010 bereits zum 20. Mal, und die Ereignisse vom Herbst 1989 bis zum 3. Oktober 1990 sind noch in lebhafter Erinnerung: Massenflucht über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik; die Besetzung der deutschen Botschaften in Prag und Warschau und der Jubel, als der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Ausreiseerlaubnis verkündete; die Montagsdemonstrationen; die Hoffnung auf ein besseres Leben in den Augen der Menschen, als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel; erste freie Volkskammerwahlen im März 1990 und der Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD.

Neben der Reformpolitik Michail Gorbatschows und dem drohenden Staatsbankrott der DDR war der wachsende Widerstand der Bevölkerung ausschlaggebend für den Zusammenbruch des SED-Regimes. Am 9. Oktober 1989 nahmen mehr als 70 000 Menschen an der Montagsdemonstration in Leipzig teil und forderten freie Wahlen und Meinungs- und Reisefreiheit. Die Demonstranten setzten die Staatsmacht so unter Druck, dass am 9. November die Grenze geöffnet wurde.

Widerstand ist immer mit Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen System oder mit dessen Teilen verbunden, die von Einzelnen oder Gruppen wahrgenommen wird. Ziel ist es, für sich und die Gesellschaft bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Dies kann aktiv geschehen, wie das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zeigte, oder passiv, wie die Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ im Dritten Reich oder die Belter-Gruppe in der SBZ/DDR es anstrebten.

Die Belter-Gruppe war eine studentische Widerstandsbewegung, die sich 1949/50 mit mehreren Flugblattaktionen an der Universität Leipzig gegen die SED-Staatsmacht richtete. Aufgrund ihrer „systemfeindlichen

Tätigkeiten“ wurden Herbert Belter und seine Kommilitonen am 5. Oktober 1950 verhaftet und dem sowjetischen Geheimdienst übergeben. Herbert Belter wurde am 28. April 1951 erschossen, die anderen Mitglieder zu jahrelanger Zwangsarbeit verurteilt. Ihr politisches Engagement gab Anlass dazu, die „Belter Dialoge“ ins Leben zu rufen, eine Kooperation zwischen der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Universität Leipzig, die einmal jährlich veranstaltet wird und an den studentischen Widerstand in der SBZ/DDR erinnert. Die „Belter Dialoge“ verfolgen zwei zentrale Ziele:

1. Sie leisten einen Beitrag zur Aufarbeitung der SED-Vergangenheit – obwohl die Erinnerungen an das DDR-Regime noch wach sind und Zeitzeugen über ihre Erfahrungen berichten, sind viele Ereignisse der SBZ/DDR-Zeit der breiten Öffentlichkeit unbekannt. Der Diktatur gelang es immer wieder, Widerstand gegen das System zu isolieren und zu verdecken.
2. Sie stärken die Werte der Demokratie – gerade in Zeiten von zurückgehendem gesellschaftlichem und politischem Engagement muss daran erinnert werden, dass es Epochen in Deutschland gab, welche von Unfreiheiten und Repression geprägt waren, und wie fragil freiheitliche Werte sind.

Die zweiten „Belter Dialoge“ thematisierten die Arbeit des Leipziger Studentenrats und das Engagement seines Vorsitzenden Wolfgang Natonek. Geprägt von den persönlichen Erfahrungen als „Halbarier“ im Dritten Reich, sprach Wolfgang Natonek sich in der SBZ gegen einseitigen Immatrikulationsbedingungen aus und setzte sich für Demokratie und Gerechtigkeit an der Universität ein. Er war ein scharfer Denker und charismatischer Redner, der sein gesamtes Umfeld in den Bann zog. Aufgrund seines Erfolges in den ersten beiden Studentenratswahlen und den gleichzeitig herben Niederlagen der SED, wurden Natonek und einige seiner Kommilitonen Ende 1948 verhaftet, um so der SED widerstandsfreien Zugang zum Studentenrat zu verschaffen. Der Studentenrat wurde dann ausschließlich mit FDJ-Mitgliedern besetzt und damit faktisch aufgelöst. Wolfgang Natonek wurde zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und 1956, nach acht Jahren Zuchthaus, aus der Haft entlassen. Nur wenige Monate später flüchtete er in die Bundesrepublik. Die SED setzte während der gesamten DDR-Zeit ihren totalitären Kurs fort, indem sie mittels Repression jegliche gesell-

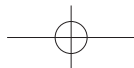
schaftliche und politische Opposition zu unterdrücken versuchte, was ihr in den 40 Jahren ihres Bestehens allerdings nie vollständig gelang.

Der studentische Widerstand in der SBZ/DDR kämpfte für Freiheitsrechte, eine freie Universität und gegen die Indoktrination der SED. Das Handeln dieser Studenten hat auch heute nicht an Aktualität verloren. Letztendlich sind und waren die Universitäten immer Teil und Spiegel der Gesellschaft. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche gehen von den Wissenschaftsinstitutionen immer wieder Impulse zu deren Gestaltung aus. Es ist von hoher Wichtigkeit, dass die Erkenntnisse über Demokratie und Gesellschaft in konkreten Handlungsfeldern von den späteren gesellschaftlichen Leistungsträgern erprobt und eingeübt werden und die Studenten sich zu Wort melden. Auch wenn die derzeitige Studentenschaft – im Vergleich zu Belter, Natonek und anderen – aufgrund ihres politischen Engagements keine Repressalien befürchten müssen, gibt es dennoch eine Gemeinsamkeit, die sie in die Tradition ihrer Vorgänger stellt: das politische Engagement für eine funktionierende Demokratie!

Die diesjährigen „Belter-Dialoge“ fanden am 21. April 2010 im Alten Senatsaal der Universität Leipzig statt. Der vorliegende Band ist eine Fortsetzung in der Reihe „Belter Dialoge – Impulse zu Zivilcourage und Widerstand“ und dokumentiert die Reden dieser Veranstaltung.

Herzlich gedankt sei an dieser Stelle Herrn Oberbürgermeister Burkhard Jung und Rektor Prof. Dr. Franz Häuser für ihre Grußworte und einführenden Gedanken bei der Festveranstaltung zum Thema „Der mündige Student“. Besonderer Dank gebührt den Referenten, Frau Steffi Böttger, Herrn Prof. Dr. Klaus Dicke, Herrn Prof. Dr. Siegfried Gehrman, Herrn Prof. Dr. Günther Heydemann, Herrn Dr. Günter Kröber und Herrn Bastian Lindert, für die Aufbereitung ihrer Manuskripte sowie dem Direktor des Universitätsarchivs, Herrn Dr. Jens Blecher, für die Beratung und Vorbereitung der Veranstaltung.

Dr. Joachim Klose,
Landesbeauftragter der
Konrad-Adenauer-Stiftung
für den Freistaat Sachsen



Idealismus und Widerstand

Wolfgang Natonek in Briefen und Vorträgen

Steffi Böttger

„Lieber Vater!

Nach mehr als acht Jahren zum ersten Male wieder an einen Vater schreiben zu können, von dem jede Spur verloren zu sein schien und dessen Schicksal sich scheinbar in einem Nichts verlor, mag in normalen Zeiten und Verhältnissen zu den größten Seltsamkeiten und Ausnahmefällen des Lebens zählen. In einer solchen Epoche aber wie die vergangenen dreizehn Jahre, die nun in ihrer ganzen Furchtbarkeit hinter uns liegen – und die, wenn wir auf sie zurückblicken, erst jetzt voll ihre Schrecken offenbaren, so dass wir ähnlich jenem Reiter über den Bodensee kaum fassen können, alle Gefahren überwunden zu haben, in einer solchen Zeit, die wohl kaum vergleichbar ist mit irgendeiner früheren, da die Menschen eines ganzen Kontinents von Ost nach West und von Westen nach Osten getrieben wurden, da gehört es auch nicht mehr zu den Sonderfällen, dass Väter und Kinder jahrelang getrennt sind und nichts von einander hören.“

Dies ist der Beginn eines achtseitigen Briefes, den Wolfgang Natonek im Dezember 1946 an seinen Vater, den jüdischen Schriftsteller und Journalisten Hans Natonek, schrieb. Dieser musste 1935 bereits unter Lebensgefahr Deutschland verlassen. Zurück ließ er seine Familie, seine von ihm geschiedene Frau Gertrud, den 1919 geborenen Sohn Wolfgang und die fünf Jahre jüngere Tochter Susanne.

Acht Jahre lang wusste der Sohn nichts von seinem Vater, nichts von dessen Flucht aus Prag, der Flucht aus dem besetzten Paris, nichts von der Rettung (angeregt durch Thomas Mann übrigens) über den Atlantik in die USA, in die Wüste von Arizona, wo er seit 1944 bis zu seinem Tode 1963 blieb. Wie viele Emigranten und unzählige in Deutschland Ge-

bliebene suchte Hans Natonek über das Rote Kreuz und andere internationale Hilfsorganisationen nach Spuren seiner Familie.

„Durch die verschiedenen Maßnahmen des vergangenen Systems entstanden mir die schwersten Hürden.“

Was Wolfgang Natonek hier mit vornehmer Untertreibung formuliert, sah in der Realität folgendermaßen aus: die bereits 1933 vorgenommene Ausbürgerung seines Vaters (nach dem bereits im Juni 1933 verabschiedeten Gesetz zum Widerruf von Einbürgerungen, die vom 9. November 1918 bis zum 30. Januar 1933 vorgenommen wurden) erstreckte sich nicht nur auf Hans Natonek, sondern auf seine gesamte Familie: die Kinder bekamen einen amtlichen Vormund, die Mutter durfte keiner Arbeit nachgehen, erhielt aber auch keinerlei staatliche Unterstützung. Das Schulgeld für beide Kinder konnte oft genug nicht bezahlt werden, was dazu führte, dass Susanne die Schuster'sche Lehranstalt verlassen musste und Wolfgang sein Abiturzeugnis der Petri-Schule nicht ausgehändigt bekam.

Dennoch studierte er einige Semester Veterinärmedizin an der Leipziger Universität, bis er zum Wehrdienst einberufen wurde. Erst die Ernennung zum Offiziersanwärter veranlasste offensichtlich die zuständigen Stellen zur genaueren Begutachtung seiner Papiere und man entließ ihn umgehend als „wehrunwürdig“. Anschließend und auch nach dem Krieg leistete er seine Arbeitspflicht in der Kraftfahrzeugfirma Ernst Wiegand ab. Zweimal wurden die Wohnungen der Familie zerbombt, so dass sie 1945 buchstäblich vor dem Nichts standen. In dieser Situation traf der erste Brief des Vaters 1946 in Leipzig ein.

„Ich wurde sofort zum Studium zugelassen und studiere seitdem Philosophie und Germanistik als Hauptfach, Geschichte, Englisch, Publizistik als Nebenfächer. Ich stehe jetzt im dritten Fachsemester und höre bei verschiedenen Professoren, die Dich kennen und die sich sehr nach Deinem Schicksal erkundigten, so z.B. Prof. Korff, Prof. Gadamer u.a.

Als Berufsziel schwebt mir nun das Höhere Lehramt oder evtl. bei Eignung die Dozentur an einer Universität vor.“

Wolfgang berichtet über seine Arbeit in der neugegründeten Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) sowie seiner Wahl zum ersten Vorsitzenden des Studentenrates.

„Im übrigen ist diese Wahl an unserer Universität durch viele große Zeitungen des Westens gegangen, auch Radio London berichtete davon mit dem Hinweis, dass sich in Leipzig wahres demokratisches Denken durchgesetzt habe.“

Bereits 28-jährig bewältigt er die Arbeit im Studentenrat und wird als Redner für Veranstaltungen der LDP in Städten und Gemeinden in der Nähe der Stadt Leipzig eingesetzt – und studiert nebenbei.

„Von meinem Studium ist zu berichten, dass meine Seminararbeit im Germanistischen Institut von Herrn Prof. Korff, dem Ordinarius für neu-hochdeutsche Literaturgeschichte mit ‚sehr gut‘ beurteilt wurde. Das Thema, das ich gewählt hatte, lautete: ‚Das Wesen der abendländischen Schicksalstragödie und die Braut von Messina.‘“

Was er seinem Vater nicht berichtet, sind zunehmende Schwierigkeiten im Studentenrat. Die Verordnungen der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung zur Förderung des Studiums von Arbeiter- und Bauernkindern, die immer zudringlicher werdende Einmischung staatlicher Stellen in universitäre Belange, wie die der studentischen Hilfsorganisationen, machen eine demokratische Arbeit immer schwerer.

Aber nicht die Spaltung der Studentenschaft in Parteigruppen ist sein Ziel, sondern gemeinsames Ringen, Wahrung der demokratischen Spielregeln und die Herbeiführung einer breiten Öffentlichkeit. Immer wieder beschäftigen ihn Themen, wie Studentenschaft und Politik, Universität und Öffentlichkeit. Manche Worte muten dabei recht zeitgemäß an:

„Es scheint, als ob eine gewisse Tendenz besteht – bei uns Kommilitonen, aber auch anderswo – Freiheit nur in der Unterstellung des „Wovon“ zu sehen; frei zu sein von jedem Zwang, von jedem Druck eines totalitären Machtanspruchs, frei zu sein als Volk und als Einzelindividuum – das alles

sind Forderungen, die wohl von allen nur mit Recht nach den Erfahrungen eines autoritären Systems erhoben werden. Aber zugleich mit dem Freisein ergibt sich die zweite und wohl tiefere Bedeutung des Freiheitsbegriffes: nämlich das Freisein „Wofür“. Nicht das selbstsüchtige Auskosten wiedergewonnener Freiheiten, sondern die Anerkennung, dass wir mit ihnen zugleich freigeworden sind für ein Höheres, sollte in all unseren Überlegungen niemals fehlen. Frei zu sein nämlich, für eine freiwillige Einordnung in eine Achtung und Schätzung des anderen auch dann, wenn er unsere persönliche Meinung nicht teilt. Frei zu sein, für ein verantwortungsbewusstes Handeln zum Wohle des Ganzen.“

Auf dem Dies academicus am 19. Juli 1948 erklärt er ausführlicher:

„Es sind weitere Probleme, mit denen sich die studentische Jugend beschäftigt. Es ist vor allem die Frage, inwieweit die Wissenschaft heute nach einem beispiellosen Zusammenbruch des Vaterlandes das Postulat einer politischen oder unpolitischen Wissenschaft auf sich nehmen muß.“

Ich glaube, dass das Postulat einer politischen Wissenschaft schon einmal in Deutschland erhoben worden ist, eine Wissenschaft, die einfach unter den Pragmatismus gestellt wurde, indem gesagt wurde, alles was dem Volke nützt, ist auch wahr. Damit glaube ich, würden wir dem Sinne der Wissenschaft zuwiderlaufen.

Wissenschaft muß allein Suchen und Streben nach Wahrheit sein. Sie muß, um ihrem Ziel und ihrem Anliegen gerecht zu werden, in ihrer Arbeit ungestört bleiben. Damit will ich sagen, dass sie nicht in die politischen Tagesfragen hinein- oder hinabgezerrt werden darf, weil sie sonst zu leicht an ihrer wirklichen Aufgabe vorbeigehen könnte.

Das soll nicht das Postulat einer ausgesprochen apolitischen Wissenschaft sein, es soll vielmehr das Postulat einer Wissenschaft sein, die sich ihrer Aufgabe bewusst ist, die eine doppelte ist: Streben und Suchen nach Erkenntnissen und Wahrheit, nach Erkenntnissen aber, die letzten Endes nicht um ihrer selbst willen da sind, sondern dem deutschen Volke, der Menschheit auf dem Wege in eine glücklichere Zukunft dienen muß.“

„Ein anderes scheint es mir bei den Trägern der Wissenschaft zu sein. Wir haben es erlebt, dass in der Vergangenheit, diejenigen einer mit Flötenmusik vorgehenden Politik am leichtesten hinfällig und ergeben waren, die fernab dem politischen Geschehen und den wirklichen Gegebenheiten hergingen. Deshalb scheint es mir besonders für unsere heutige junge studentische Generation unvermeidbar und notwendig, dass jeder junge Akademiker sich ganz bewusst neben seiner Arbeit, neben seinem Studium auch um Politik kümmert. Welche Politik er dabei einschlägt, ob er sich dieser oder jener Weltanschauung zuwendet, ist dabei eine völlig untergeordnete Frage.“

Er zitiert den Sozialpädagogen August Friedrich Wilhelm Förster, der es bedauerlich fand, dass die deutsche akademische Jugend zwar über die Lebensweise aller Völker, sogar hinunter bis zu den Fidschi-Insulanern, gut und bestens informiert sei, dass sie sogar Vorträge und Referate über alle Völker halten könne, dass aber die gleiche Jugend eigentlich nichts davon wisse, wie ein deutscher Arbeiter leben, schaffen und sein tägliches Brot verdienen müsse.

„Wenn ich sage, dass es das Erfreuliche ist, dass unsere Studentenschaft in einer Mannigfaltigkeit der politischen Organisationen aufwächst, so schließt das aber auch zugleich eine gewisse Gefahr in sich. Eine gewisse Gefahr insofern, als eine Mannigfaltigkeit in so starkem Maße eintreten kann, dass das Gemeinsame und das über allem Stehende verwischt werden kann. Es ist durchaus erfreulich, wenn wir heute an den Universitäten Betriebsgruppen der verschiedensten politischen Parteien und Gruppen haben, jedoch darf niemals vergessen werden, dass über allen Parteien und Organisationen etwas steht, das wir auch bei unserer Beschäftigung mit den politischen Tagesfragen niemals vergessen dürfen, nämlich die Universität selbst, die in ihrer Einheit und ihrem freiheitlichen Anliegen durch die mannigfaltigsten Erscheinungen selbst niemals gestört oder in ihrer Entwicklung gehindert werden darf.“

Und natürlich nimmt er auch zur Frage des Arbeiterstudiums Stellung:

„Dass eine Unterscheidung in Arbeiter- und Abiturstudenten eigentlich etwas ist, das dem Gesamtanliegen der Studentenschaft nicht entspricht. Wir wollen sprechen von Studierenden unserer Universität. Dabei soll es jedem einzelnen unbenommen sein, sich seines Ausbildungsganges bewusst zu sein, auf ihn stolz zu sein, wenn er aus ihm die Berechtigung entnehmen kann, einen schwereren Weg gegangen zu sein, als mancher, der in einer achtjährigen Schulzeit das Wissen mitbekam, das er brauchte, um den Zutritt zur Universität zu bekommen.

Es ist eine oft in der Öffentlichkeit missverstandene Auslegung, wenn gesagt wird, dass sich gewisse Teile der Studentenschaft gegen eine Anerkennung eines Arbeiterstudiums wenden. Sie wenden sich ebenso wenig gegen die Anerkennung eines Arbeiterstudiums, wie sie sich dafür einsetzen, dass auch den Anderen Anerkennung zuteil werden muß.“

Zur Einmischung staatlicher Stellen schreibt Wolfgang Natonek:

„Wir wissen ganz genau, dass heute die Öffentlichkeit ein Recht und Anspruch darauf hat, zu erfahren und zu erkennen, welcher Art der geistige Nachwuchs ist, der einstmals, sei es als Lehrer, als Jurist, als Wissenschaftler, als Arzt die deutschen Geschicke maßgeblich mit in die Hand nehmen wird. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf.

Aber ebenso sehr, glaube ich, hat auch die Universität und auch die Studentenschaft einen Anspruch darauf, zu sagen, das sind Angelegenheiten, mit denen, wenn ihr wollt, dass wir sie auf dem Wege der Selbstverwaltung erledigen sollen, wir uns tatsächlich selbst damit beschäftigen.“

Vier Monate später verhaftete man Wolfgang Natonek, verurteilte ihn nach § 58 des Strafgesetzbuches der UdSSR und den Kontrollratsgesetzen wegen Nichtanzeige eines Verbrechens gegen die Sowjetmacht zu 25 Jahren Arbeitslager, die er zuerst im Gelben Elend in Bautzen und dann bis 1956 im Fort Zinna in Torgau verbrachte.

Im März 1956 brachten dann drei Gnadengesuche, des Vizepräsidenten der Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. Wolfgang Steinitz, seiner Verlobten Christa Göhring und von Prof. Theodor Frings, seine Entlassung. Bereits einen Monat später gelang es Wolfgang Natonek und seiner nunmehrigen Ehefrau Christa in die Bundesrepublik zu flüchten.

„Frankfurt am Main 1956

Ende vergangenen Monats haben wir den Sprung gewagt. Wir mussten uns zu diesem Schritt entschließen, da sich doch wieder neue Schwierigkeiten einstellten. Man gab mir nämlich einen „Paß für Staatenlose“! Es klingt fast unwahrscheinlich, ist aber doch, wenn auch paradox und grotesk, Tatsache. Eine solche posthume Rechtfertigung – denn einer solchen kommt es doch gleich – von nazistischen Maßnahmen, die 1933/34 gegen Dich gerichtet waren, ist mir völlig unerträglich. Ich hätte in meiner eigenen Heimatstadt um jeweils befristete Aufenthaltsgenehmigung nachsuchen sollen!“

Eine Bescheinigung des Dekans der Juristischen Fakultät der Universität Leipzig Prof. Erwin Jacobi diente als Vorwand einer Reise nach Berlin, wo sie die Sektorengrenze überschritten. Ein Kurierflugzeug der amerikanischen Luftwaffe brachte sie von Berlin-Tempelhof nach Frankfurt am Main.

Es folgten Jahre des Studiums in Göttingen, der harten Arbeit, des Referendariats, des Schuldienstes am altsprachlichen Max-Planck-Gymnasium sowie der Ausbildung junger Lehrer am Lehrerseminar in Göttingen. Immer wieder wies der Vater auf mögliche andere, berufliche Betätigungen hin:

„Nach all Deinen Erfahrungen und Deiner hoch anerkannten Tätigkeit als Vorsitzender der Leipziger Studentenschaft liegt es nahe, dass Dich politische Fragen und publizistische Aufgaben anziehen werden. Dir bietet sich hier die große Möglichkeit, trotz der Verfolgung seitens der Kommunisten in einem versöhnlichen Sinne zu wirken, hasslos, ohne die Übel des Sowjetsystems zu beschönigen.“

Im Oktober 1956 schrieb Hans Natonek:

„Ich nehme an, dass Du Dich entweder für die Lehrtätigkeit oder für eine politische – vielleicht journalistische Laufbahn vorbereitest. Unabhängigkeit in beruflicher Hinsicht gibt Dir Unabhängigkeit des Denkens!“

Neben einer großangelegten Arbeit für das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen mit dem Titel „Das Problem der auf dem Gebiete der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durch Sowjetische Militärtribunale verurteilten Deutschen“ suchte man in der bundesdeutschen Presselandschaft vergebens nach Wolfgang Natonek. Ebenso fand man ihn in keiner Partei, weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Rückzug ins Privatleben? Rückzug ins kleinbürgerliche Idyll, mit einer Mitgliedschaft im Boxerzuchtverein, der Freiwilligen Feuerwehr in Klein Lengden und am Sonnabend am Fußballfeld, wenn sein Klub, der FC Göttingen, spielte? Ist aus dem homo politicus Wolfgang Natonek ein unpolitischer Mensch geworden, den die leidvollen Erfahrungen des Kampfes gegen einen ungleich stärkeren und rücksichtsloseren Gegner und die Jahre der Haft ein für allemal von aller politischen Betätigung gefeit haben?

Wolfgang Natonek wurde Lehrer für Geschichte und Deutsch. Einer der Lehrer, die es leider nur selten gibt, und die in ihren Schülern das Gefühl hinterlassen, nicht nur gebildet, sondern verstanden worden zu sein. Ein Lehrer, der nicht nur falsch von richtig unterschied, sondern der gemeinsam mit seinen Schülern die Denkwege abging, um die falsche Abzweigung zu finden. Dabei waren die 70er Jahre gerade für ihn keine einfachen.

Ein ehemaliger Schüler schrieb 2009 einen Brief an seinen Lehrer Wolfgang Natonek:

„Ihr Problem waren die Demonstrationen für Kambodscha, Pol Pots Terrorregime, für ‚antiimperialistische Befreiungskriege‘, die, wie Sie wussten, Völker versklavten. Die Anziehungskraft der Intoleranz, die im Gewand der gesellschaftlichen Veränderung daherkam, war Ihre Sorge. Zu 100, manchmal 1000 kamen die Studenten mit den Flüstertüten und Fahnen an die Schulen, um ahnungslose Anhänger, Mitläufer zu rekrutieren.“

Sie gingen in diese brodelnde Menge und stellten sich dem Argument mit den Rädelsführern. Sie wurden als Scheiß-Liberaler titulierte, als zuerst zu verhaftendes Auslaufmodell. Sie ertrugen die Häme, kämpften einen Kampf, dessen Bitternis und lebenslange Konsequenz nur Sie kannten, nicht Ihre Gegner.

Und wir wussten nichts von Ihrer Geschichte, Ihren Briefen und Ihrem Kampf. Sie haben sich nie vermarktet, wie es heute überall der Fall ist.“

Auf der letzten Festrede Wolfgang Natoneks, anlässlich der Verabschiedung der Abiturienten des Jahrgangs 1984 des Max-Planck-Gymnasiums in Göttingen, bezog er sich indirekt auf seinen Widerstand, den er nach dem Zweiten Weltkrieg in Leipzig geleistet hatte:

„Ich richte diese Abschiedsworte an Sie, unsere diesjährigen Abiturienten, als an junge Staatsbürger. Ich richte sie an Sie aus der Sicht eines Angehörigen der älteren Generation, und somit vielleicht auch aus der Sicht Ihrer Eltern.

Freilich wird die Wahl des Themas nicht dazu angetan sein, einen allgemeinen Konsens zu erzeugen, und ich habe als Thema meiner Abschiedsworte an Sie gewählt:

WIDERSTAND IN VERGANGENHEIT UND GEGENWART.“

„Das, was ich mir als Reaktion auf das, was ich Ihnen sagen möchte, erwarten kann, ist im äußersten Falle eine partielle Zustimmung; mehr sicherlich nicht.“

„Widerstand war das Verhalten jener Berliner Arbeiterwitwe aus dem Bezirk Wedding, die eine Akademikerwitwe bei sich aufnahm, weil sie als Jüdin verfolgt wurde und ihr in ihrer Wohnung in einem Hinterzimmer Unterkunft gewährte.

Widerstand war, was Dietrich Bonhoeffer mit sich selbst gerungen hat und das ihn wenige Tage vor einer auch für ihn möglichen Befreiung nicht mehr die Überwindung des Unrechtsstaates zu erleben ermöglichte. Widerstand war Geschwister Scholl, und ich scheue mich nicht darauf hinzuweisen, dass der Widerstand kommunistischer Gruppen, Gewerkschaft-

ler, des katholischen Geistlichen Galen ebenso zum Widerstand zu rechnen ist, aber die Frage, die sich hier stellt: was ist das Gemeinsame all jener Handlungen und Entscheidungen?

Ich glaube, es ist der Rückgriff, es ist die Bewusstwerdung jener überstaatlichen Norm, die für sie in der Würde des Menschen lag. Sie wollten ein System auf ihre Weise bekämpfen, ihm widerstehen, das der Würde des Menschen keine Achtung mehr zollte.

Die Frage, die sich mir stellt: sind solche unterschiedlichen Erscheinungsformen des Widerstandes in der Vergangenheit mit dem Widerstand von heute vergleichbar?

Damals eine gesetzliche staatliche Gewalt, die diese überstaatliche Norm der menschlichen Würde ablehnte, heute eine grundgesetzlich gewährleistete Ordnung, die sich unter das Gebot der Einhaltung menschlicher Würde stellt."

„Die Frage, die sich für mich stellt, wann haben wir die Pflicht, Widerstand zu leisten. Hier ergibt sich für mich eine schwere Frage, die zu beantworten ich mich außerstande sehe. Wenn wir wegen einer von unserem Parlament gefassten Beschlussfassung Widerstand leisten, geraten wir in Konflikt mit einer Ordnung, die selbst den Widerstand als Notfall zubilligt. Ich darf Ihnen Art. 20, Abs. 4 des Grundgesetzes, um mich Ihnen verständlich zu machen, zitieren:

„gegen jeden, der es unternimmt, diese, d.h. die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.'

Und ich kann mir vorstellen, dass viele Menschen vor der Frage stehen, ist auf andere Weise, als durch unsere bekundete Einstellung, durch unseren bekundeten Ungehorsam gegenüber der staatlichen Ordnung, eine andere Abhilfe überhaupt noch möglich? Ich glaube, jeder unserer Mitbürger, auch jeder unserer jungen Mitbürger, muß und sollte diese Frage für sich, aber auch im Gespräch, in der Entscheidung, in der Prüfung der getroffenen Entscheidung, mit anderen überlegen.

Mir scheint allerdings ein Unterschied nicht ganz unerheblich zu sein, dessen man sich vielleicht in der Gegenwart erinnern sollte: alle jene Ungenannten, die in den unseligen zwölf Jahren den Weg des Wider-

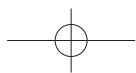
standes bestritten, trafen eine einsame Entscheidung in aller Konsequenz. Unsere heute getroffene Entscheidung lässt die Einsamkeit des Ich verschwinden hinter einem emphatischen Wir. Das macht eine andere Qualität des Widerstandes aus. Ich möchte damit nicht sagen, dass ich Widerstand nur dann für geheiligt halte, wenn er mit Opfern verbunden ist.“

„Und so kann ich Ihnen eigentlich nur wünschen, wenn Sie die Schule in diesen Tagen endgültig verlassen, in eine gesellschaftliche Wirklichkeit eintreten, die sie möglicherweise durch Teilnahmslosigkeit, wie es Ihnen scheinen mag, tief enttäuscht. Wenn Sie auf der Suche sind nach einem eigenen Weg sollten Sie vielleicht, als eine Mitgabe der Schule, die Begrifflichkeit berücksichtigen, die Sie für jeweilige Einstellungen wählen. Ich wünsche Ihnen eine solche begriffliche Unterscheidung, und ich wünsche Ihnen, dass in unserem Lande nie eine Situation sich wiederholt, die einen Widerstand jener erfordert, die ich erwähnte.

Ich wünsche Ihnen ein wenig kritisches Vertrauen, nicht blindes. Kritisches Vertrauen zu der staatlichen Ordnung, in die Sie hineingeboren wurden, die andere für Sie gemacht haben, in dem Sie sie prüfen, ob sie für Sie übernehmbar, verbesserbar sein könnte. Und ich wünsche Ihnen etwas aus Eindrücken, die ich nicht bei Ihnen, aber sonst als Mitbürger gewonnen habe, Mut. Mut, der staatlichen Autorität, wenn Sie es für wünschenswert und notwendig halten, entgegenzutreten. Aber vielleicht auch jenen etwas schwereren Mut, der eigenen Gruppe, dann, wenn sie über Ihre Vorstellungen hinausgeht, mit Widerspruch entgegenzutreten. Gerade dort Zivilcourage zu haben, wo es um das Einverständnis mit Gleichgesinnten sich handelt.

Ich wünschte, dass die Schule Ihnen für diese Wünsche, die ich Ihnen mitgeben möchte, doch auch etwas mit Ihnen gemeinsam erarbeitet und bedacht hat.

Viel Glück auf Ihrem Wege.“



Bürgerliche Universität in der Diktatur des Proletariats

Das Scheitern Wolfgang Natoneks

Günter Kröber

Nach fast sechs Jahren Krieg besetzten am 17./18. April 1945 US-Truppen Leipzig. Nach dem erfolgten Einmarsch begannen die Leipziger schrittweise mit der Beseitigung der Kriegsschäden, formierten sich wichtige Personen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft um den staatlich-institutionellen Aufbau Leipzigs in die Wege zu leiten.

Als eine der ersten Maßnahmen wurde bereits am 16. Mai 1945 der Archäologe Prof. Bernhard Schweitzer von den noch vorhandenen Mitgliedern des Akademischen Senats der Stadt Leipzig zum Rektor der Universität gewählt. In dieser verantwortungsvollen Position erhielt er vom amerikanischen Stadtkommandanten den Auftrag, den universitären Lehrkörper von den Trägern des NS-Regimes zu säubern, um die geistigen und ideologischen Trümmer des Dritten Reiches aus Forschung und Lehre zu entfernen. Trotz der anfänglichen Zusammenarbeit konnte Prof. Schweitzer die Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Universität nicht mit der US-Besatzungsmacht abschließen. Denn die Alliierten hatten in der Konferenz von Jalta festgelegt, dass die von Amerikanern und Briten besetzten Teile Sachsens, Thüringens und Mecklenburg-Vorpommerns für die Sowjets geräumt werden sollten. Im Ausgleich dafür erhielten sie von den Sowjets den westlichen Teil Berlins. Somit verließen am 30. Juni 1945 die letzten amerikanischen und britischen Truppen Leipzig und am 2. Juli 1945 folgte der Einzug der sowjetischen Streitkräfte. Damit unterstand Sachsen der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. Allerdings war die höchste Regierungsgewalt in Deutschland und damit zonenübergreifend, weiterhin der Alliierte Kontrollrat, der für alle vier Besatzungszonen eine „demokratische Umgestaltung“ vorsah.

Im Rahmen dieser Anordnung verabschiedete die SMAD mit Befehl Nr. 2 im Juni 1945 die Zulassung der antifaschistisch-demokratischen Parteien CDU, KPD, SPD und LDP. Des Weiteren wurde von der SMAD eine sächsische Landesverwaltung eingesetzt, an deren Spitze Dr. Rudolf Friedrichs (SPD) stand.

Nach dem Einmarsch der Sowjets wurde die Entnazifizierung zentralisiert. Damit war nicht mehr der Rektor, sondern die Landesverwaltung mit der Aufgabe betraut, in Abstimmung mit der SMAD und der im Juli 1945 durch Befehl Nr. 17 gegründeten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV), die Entnazifizierung an den Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) durchzuführen. Ausgangspunkt für diese Säuberungsprozesse war Befehl Nr. 50 des Oberbefehlshabers der SMAD vom 4. September 1945, der die Entnazifizierung in drei Hauptrichtungen vorsah:

1. Säuberung des Lehrkörpers
2. Nichtzulassung der ehemaligen Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zum Studium sowie
3. Entnazifizierung des Lehrbetriebes

Nach der ersten Welle der Entnazifizierungen beantragte Prof. Schweitzer beim sowjetischen Stadtkommandanten, Generalleutnant Trufanow, die Wiedereröffnung der Universität Leipzig für den 31. Oktober 1945. Die Eröffnung sollte in der Paulinerkirche statt finden, die, im Gegensatz zum Auditorium Maximum, durch Luftangriffe kaum beschädigt worden war. Die materielle Unversehrtheit war eher selten der Fall, weil zwei Drittel der Universitätseinrichtungen in Leipzig entweder komplett zerstört oder so stark beschädigt waren, dass kein Lehrbetrieb darin stattfinden konnte.

Ob eine Hochschule in der SBZ ihre Lehr- und Forschungstätigkeit wieder aufnehmen durfte, entschied allein der Oberbefehlshaber der SMAD. Nach der Zulassung gehörte die Bestätigung des Leitungspersonals und der Professoren, Aufnahmekontingente der Studenten, Lehrpläne sowie Programme und Konzepte der wissenschaftlichen Forschungsarbeit als auch die Kontrolle der Universitäten zum Kompetenzbereich des Leiters der Abteilung Volksbildung der SMAD. Allerdings blieb der Oberbefehls-

haber im Hinblick auf die Volksbildung zunächst finaler Entscheidungsträger.¹

Im Zusammenhang mit der Entnazifizierung wurden am 11. November 1945 zum Beispiel an der Juristischen Fakultät die Professoren Karl Michaelis, Erhard Schmidt und Werner Weber² entlassen. Insgesamt waren von den im Januar 1945 beschäftigten 224 Professoren im Januar 1946 nur noch 54 bestätigt. Aufgrund der Vielzahl nicht besetzter Lehrstühle und dem als unzureichend bewerteten Stand der erfolgten Säuberungen vom nationalsozialistischen Lehrkörper, musste die Universitätsleitung die geplante Eröffnungsfeier absagen. Dennoch versuchte der Rektor, Prof. Schweitzer, weitere Professoren über die Landesverwaltung und die SMAD genehmigen zu lassen, scheiterte aber an einer Intrige der DZVV, woraufhin er sein Amt niederlegte.³

Besonders kritisch war die Besetzung der Lehrstühle der Juristischen Fakultät, weil die SMAD von dem sowjetischen Modell ausging, das keine Juristenfakultäten, sondern nur Akademien für Staats- und Rechtswissenschaftler kannte. Vor allem durch das Engagement des Staatssekretärs für Schul- und Hochschulwesen, Dr. Emil Menke-Glückert,⁴ konnten die sowjetischen Vertreter davon überzeugt werden, dass die Juristische

1 *Der Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD hatte die Entscheidungen hinsichtlich der Volksbildung dem Oberbefehlshaber persönlich zur Beschlussfassung vorzulegen.*

2 *Prof. Werner Weber erhielt 1947, mit Unterstützung des 1948 verstorbenen Staatssekretär Menke-Glückert wieder eine Professur für Öffentliches Recht an der Universität Leipzig.*

3 *Heinemann, Manfred: Hochschuloffiziere und Wiederaufbau des Hochschulwesens in Deutschland 1945-1949, Bd. 4, Berlin 2000, S. 286ff..*

4 *Dr. Menke-Glückert war zum damaligen Zeitpunkt Geschäftsführender Landesvorsitzender der LDP. Er wurde 1918 als einziger Vertreter der bürgerlichen Parteien in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt und war in der Weimarer Republik Mitglied der Reichskommission für Staatsbürgerliche Bildung. Wegen seiner Ablehnung der NSPAD verlor er 1934 alle seine Ämter; der Senat der TU Dresden entzog ihm zugleich die *venia legendi*. Am 5. Juni 1945 war er Gründungsmitglied der sächsischen LDP. Sein konsequentes Eintreten für den Wiederaufbau einer demokratischen Universitätsstruktur führte allerdings gegenüber den hochschulpolitischen Vorstellungen der KPD-Mitglieder in der Landesverwaltung zu Spannungen.*

Fakultät strukturelles Element der wieder zu eröffnenden Leipziger Universität sein müsste. Nach ausführlichen Beratungen mit den Professoren Arthur Nikisch und Erwin Jacobi wurde das vom Dekan eingereichte Vorlesungsprogramm entsprechend dem Vorschlag der Landesverwaltung Sachsen seitens der SMAD genehmigt.

Durch SMAD-Befehl Nr. 12 wurde die Wiedereröffnung der Universität Leipzig für den 5. Februar 1946 unter entsprechenden Auflagen angewiesen. Mit diesem Befehl wurde dem Rektor nunmehr die direkte Verantwortung für die Auswahl der Professoren, Dozenten sowie die Aufnahme von Studenten übertragen. Bei der offiziellen Eröffnungsveranstaltung im Capitol zu Leipzig waren die SMAD und die sächsische Landesverwaltung mit höchsten Repräsentanten vertreten. Prof. Hans-Georg Gadamer wurde als neuer Rektor durch die Landesverwaltung im Auftrag von Marshall Shukow bestätigt. Die immatrikulierten Studenten, von denen ein großer Teil der Kriegsgeneration angehörte, waren auf ihre politische Integrität überprüft worden und hatten ihren Einsatz in der Trümmerbeseitigung mit Urkunde nachgewiesen.

Nachdem an der Universität Leipzig der Studentenalltag eingeehrt war, wurde auf Anweisung der sächsischen Landesverwaltung die überparteiliche „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten“ (AdS) gebildet, deren Vorsitzender Gerhard Stiller (KPD) war. Bei den anstehenden Immatrikulationsfragen wurden die unterschiedlichen Demokratieauffassungen innerhalb des AdS besonders deutlich. Stiller versuchte in den Diskussionen die Standpunkte aus dem Parteiprogramm der KPD einzubringen, worüber im Senat der Universität heftig diskutiert wurde. Im Hinblick auf die massiven Differenzen legten beide CDU-Vertreter ihr Amt im AdS nieder, erklärten sich aber dazu bereit, am demokratischen Aufbau der Universität mitzuwirken.

Im Rahmen der demokratischen Umgestaltung legte der Alliierte Kontrollrat 1946 fest, dass in allen vier Besatzungszonen Wahlen stattfinden sollten. Im Vorfeld gab es in der SBZ vielschichtige politische Aktivitäten, die im April 1946 zur Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) führten. Während des Wahlkampfes wurden Wahlveranstaltungen der antifaschistisch-demokratischen Parteien inner- und außerhalb der Universität organisiert, bei denen sich viele

Studenten als Wahlhelfer engagierten. Obwohl die SED von der Besatzungsmacht stark unterstützt wurde, fiel das Wahlergebnis zum Sächsischen Landtag äußerst knapp aus: Von 120 Sitzen erhielt die SED 59, die LDP 30 und die CDU 28. Die restlichen Mandate fielen auf die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VDGB) und den Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, welche der SED zugute kamen.

Nach diesen Ereignissen wurden der Akademische Senat und Rektor Prof. Gadamer durch den Vorsitzenden der AdS Gerhard Stiller in der Leipziger Volkszeitung in provozierender Form massiv angegriffen. Grund für diese Offensive war zum einen die im Senat zurückgewiesene Forderung der DVZZ, politische Pflichtvorlesungen über den historischen Materialismus an der Universität einzuführen und zum anderen der Widerstand des Senats gegen die Berufung kommunistischer Hochschullehrer aufgrund ihrer mangelnden wissenschaftlichen Qualifikationen. Es zeigte sich allerdings, dass weder die SMAD noch die Landesregierung über diese gezielte Provokation informiert waren. Auf Forderung der Sächsischen Landesregierung fand am 20. November 1946 eine außerordentliche Sitzung des Senats statt, an der auch der Präsident der DZVV, Paul Wandel (SED), teilnahm. Der Senat verlangte von der DZVV und der Landesregierung einerseits Konsequenzen gegen die SED-Betriebsgruppe und andererseits eine öffentliche Entschuldigung in der Presse, die dann auch erfolgte.⁵ Im Kontext dieser Auseinandersetzung bekannte sich der Senat zur Ordnung des akademischen Lebens und zu einer gesunden Demokratie. Der Angriff der SED-Betriebsgruppe war gescheitert.

Die Mehrheit der Leipziger Studentenschaft missbilligte die gezielten politischen Störmaßnahmen seitens der SED-Betriebsgruppe und ihrer Repräsentanten, was sich im Ergebnis der 1. Studentenratswahl niederschlug, die am 6. Februar 1947 durchgeführt wurde. Im Vorfeld der Wahl fanden eine Vielzahl von Versammlungen mit hoher studentischer Beteiligung statt, in denen sich die Kandidaten sowohl für den Studentenrat als auch für die Fakultätsräte vorstellten. Dabei gab es kontroverse Anschauungen zu

⁵ Erklärung von Rektor und Senat vom 22.11.1946, Archiv der Universität Leipzig, Protokoll der Rektorsitzung vom 22.11.1946.

Fragen über Lehre und Forschung, zu Inhalten von Lehrprogrammen sowie zu den Immatrikulationsbedingungen. Im Mittelpunkt stand dabei das gleiche Recht auf Bildung unter Anerkennung des Leistungsprinzips sowie die Freiheit von Wissenschaft und Lehre. Diese Standpunkte wurden von den Vertretern der LDP und CDU konsequent vertreten. Damit standen sie in vollem Einklang mit der Sächsischen Verfassung, die Anfang 1947 im Sächsischen Landtag einstimmig verabschiedet wurde.⁶

Nach dem gescheiterten Angriff der SED-Betriebsgruppe gegen den bürgerlichen Senat versuchte die SED ihren Machtanspruch auf allen Ebenen inner- und außerhalb der Universität durchzusetzen: Nach der 1. Studentenratswahl, bei der sie eine herbe Niederlage einstecken musste, begann die SED die bürgerlich-demokratischen Kräfte gezielt zu provozieren und sie als reaktionär innerhalb der Universität und der Öffentlichkeit darzustellen. Sie benutzte dabei vor allem die Stimmen der Studentenratsvertreter der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät, die im April 1947 auf Grundlage des Befehls Nr. 333 der SMAD als selbstständige Fakultät eingegliedert wurde und damit drei Sitze im Studentenrat erhielt. Ihr Dekan war Mitglied im Senat und die Fakultät besaß einen gesonderten Lehrplan, der als Schwerpunkt Vorlesungen über den historischen und dialektischen Materialismus anbot. Damit wurde erneut versucht, derartige Veranstaltungen als Pflichtvorlesungen auch an anderen Fakultäten zu etablieren, was letztlich an der Zurückweisung im Senat sowie durch Rektor Prof. Gadamer, dem Dekan der Juristischen Fakultät Prof. de Boor und dem Senatspräsidenten Theodor Litt scheiterte. Für dieses Verhalten wurden die genannten Personen in dem SED-Sprachrohr Leipziger Volkszeitung als reaktionär bezeichnet.

In dieser politisch angespannten Situation fand im Herbst 1947 der Parteitag der LDP in Bad Schandau statt. Dort trug der gewählte Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek, in Übereinstimmung mit der LDP-Landesfraktion und als Beitrag zur demokratischen Umgestaltung,

⁶ Diese Verfassung bedurfte zu ihrer Wirksamkeit die Genehmigung der SMAD, die auch erteilt wurde. Diese Handhabung entsprach den Festlegungen des Alliierten Kontrollrates und fand in den Westzonen durch die amerikanische, englische und französische Besatzungsmacht gleiche Anwendung.

die Grundzüge einer liberalen Hochschulpolitik vor.⁷ Natonek, geprägt von seinen persönlichen Erfahrungen mit der rassistischen Verfolgung während der NS-Zeit, trat überzeugend für das Arbeiterstudium bei gleichzeitiger Anerkennung des Leistungsprinzips ein und kritisierte jede Form der einseitigen Zulassungsbewilligung zum Studium. Er wies darauf hin, dass sich im Rahmen einer demokratischen Hochschulpolitik ein solches Prinzip nicht wiederholen dürfe, wonach jetzt anstelle einer arischen eine proletarische Großmutter entscheidendes Kriterium für die Zulassung zum Studium werden würde.

Danach verstärkte die SED mithilfe ihrer studentischen Betriebsgruppe ihre Kampagne gegen Wolfgang Natonek, der auch Mitglied des Landesvorstandes der LDP war, was sich exemplarisch in einer öffentlichen Studentenratssitzung im Vorfeld der 2. Studentenratswahl im November 1947 zeigte: Hier wurden die einseitigen Immatrikulationsrichtlinien und die Einschränkungen der studentischen Selbstverwaltung innerhalb der sozialen Studentenhilfe kritisiert. In dieser Diskussion verglich der Student Plätzsch den prozentualen Anteil der immatrikulierten Studenten mit der Sozialstruktur der Bevölkerung, wonach fünf Prozent „Schwachsinnige“ an den Universitäten zugelassen werden müssten. Dieser Beitrag wurde seitens der SED benutzt, um den Versammlungsleiter Natonek anzugreifen, weil dieser seinen Kommilitonen nicht das Wort entzogen hatte: Die SED-Vertreter verließen unter lautem Protest den Saal und forderten die Exmatrikulation des Studenten Plätzsch. Nach ausführlicher Diskussion im Senat wurde dieser Forderung allerdings nicht entsprochen. Plätzsch erhielt für seinen Vergleich „lediglich“ einen Verweis. Daraufhin folgten weitere massive öffentliche Anfeindungen der SED gegenüber Natonek und der bürgerlichen Mehrheit des Studentenrates, indem man sie als reaktionär bezeichnete.

Das Ergebnis der 2. Studentenratswahl vom 15. Dezember 1947 war allerdings das Gegenteil von dem, was sich die SED mit ihrem verleumderischen Hetz- und Propagandafeldzug vorgestellt hatte. Das Wahlergebnis

⁷ Rede von Wolfgang Natonek, LDP-Landesparteitag von Sachsen, Bad Schandau, am 24.10.1947: Archiv des Liberalismus Gummersbach, 51645, Gerhard-Hauser-Straße 26.

lautete wie folgt: elf Sitze LDP, neun CDU, acht SED und zwei parteilose Mitglieder. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien erhielten damit die absolute Mehrheit und erteilten den Verfechtern einer diktatorisch-sozialistischen Hochschulpolitik eine eindeutige Abfuhr. Und das ausgerechnet an der Universität in Leipzig, der Geburtsstadt Walter Ulbrichts, die eigentlich als Flaggschiff für ein sozialistisches Hochschulwesen vorgesehen war.

Da die SED im Studentenrat keine Mehrheit erlangt hatte, versuchte sie ihren politischen Einfluss im Senat zu erhöhen. Aus diesem Grund war zwischenzeitlich die Pädagogische Fakultät gegründet worden, an der neue Lehrer zur Erziehung der heranwachsenden Jugend ausgebildet werden sollten, da durch die Entnazifizierung ca. 31.000 Lehrer in der SBZ entlassen worden waren. Die verbliebenen ca. 10.000 Lehrer sowie die eingestellten Neulehrer waren keine nachhaltige Lösung.

Des Weiteren spitzten sich die Auseinandersetzungen in der Immatrikulationskommission immer mehr zu. Dabei zeigte sich, dass die SED den Begriff der demokratischen Umgestaltung weiterhin völlig anders interpretierte als die Vertreter der bürgerlichen Parteien. Es wurde immer deutlicher, dass der Demokratiebegriff seitens der SED in den alleinigen Machtanspruch der Arbeiterklasse umfunktioniert werden sollte.

Daneben versuchte die SED auch in der Juristischen Fakultät Einfluss zu erlangen, indem sie die verschiedenen Rechtsvorlesungen mit der Begründung kritisierte, dass keine fortschrittliche Rechtsentwicklung erkennbar sei. Über dies wurden sowohl die Themen der Lehrveranstaltungen als auch die Sachkomplexe in den Prüfungen kritisiert, in denen unter anderem Reichsgerichtsentscheidungen behandelt wurden, die als formalistische Rechtsbearbeitung abgewertet wurde. Dabei wurde bewusst negiert, dass der Alliierte Kontrollrat nur das NS-Recht außer Kraft gesetzt hatte, jedoch das übrige Deutsche Recht, wie zum Beispiel das Bürgerliche Recht sowie Handels- und Strafrecht, weiterhin gültig war. Das Geltende Deutsche Recht war damit auch Gegenstand des von der Landesregierung bestätigten Lehrplans. Die eingesetzten Professoren⁸ waren auch von der

⁸ *Folgende Professoren waren für die einzelnen Bereiche zuständig: Prof. Arthur Nikisch: Gesellschaftsrecht, Zivilprozessordnungsrecht (ZPO), Handelsrecht und Konkursrecht; Prof. de Boor: Urheber- und Erfinderrecht, Internationales Privat-*

SMAD anerkannt. Lehrveranstaltungen zu einem sozialistischen Recht gab es nicht, da ein solches nicht existierte.⁹

Im Nachgang des niederschmetternden Ergebnisses der SED bei der 2. Studentenratswahl schrieb die SED-Betriebsgruppe der Universität am 17. Januar 1948 einen Bericht an den sächsischen Landesvorstand der SED. Darin heißt es: „(...) Die Form, in der die Pressekampagne von den Studentenratswahlen, besonders gegen den LDP-Vorsitzenden Natonek, geführt worden sei, habe diesen nur popularisiert und viele der eigenen schwankenden Stimmen abgestoßen. (...) Hauptsächlich waren in der Studentenschaft folgende Vorwürfe im Umlauf:

1. Die SED erhebe einen Totalitätsanspruch und sei im Grunde eine diktatorische Partei.
2. Die SED sei nur ein Befehlsempfänger der sowjetischen Besatzungsmacht.
3. Die SED wolle die freie Entfaltung der Persönlichkeit unterdrücken und erstrebe die Vermassung der Menschen.

Die Forderung auf völlige Autonomie, besonders in Berufungs- und Immatrikulationsfragen, fanden unter den Studenten größten Widerhall.¹⁰ Dieser Bericht offenbarte, dass die SED-Strategie gegenüber dem demokratisch gewählten Studentenrat unter seinem liberalen Vorsitzenden Wolfgang Natonek gescheitert war. In diesem Zeitraum mischte sich auch die Landesregierung ein und forderte vom Senat, die Arbeit des Studentenrates zu beeinflussen. Der damalige Rektor Prof. Jacobi, Nachfolger des an die Frankfurter Universität berufenen Prof. Gadamer, erklärte sich dazu bereit. Natonek war in den Studentenschaften hoch angesehen.

recht und Bürgerliches Recht (BGB) I; Prof. Erwin Jacobi: Arbeitsrecht, gemeinsam mit Prof. Weber: Öffentliches Recht; Rechtsanwalt Dr. Schwalm: Strafrecht; Prof. Arthur Baumgartner und Prof. Wolfgang Abendroth: Völkerrecht, Vertreter einer marxistischen Auffassung; Prof. Heinrich Siber: Römisches Recht; Prof. Dr. Gertrud Schubart-Fickentscher: Deutsche Rechtsgeschichte; Oberregierungsrat Heinz Such: Erbrecht aus dem BGB.

⁹ Klaus, Georg/Buhr, Manfred: „Sozialistisches Recht“. In: *Philosophisches Wörterbuch*, Leipzig 1965, S. 464f..

¹⁰ Berlin, PDS-Archiv, IV2/9.04/458 O.S.

Auf dem 3. Wartburgfest der Deutschen Studentenschaft im Mai 1948 in Eisenach, bei dem auch Studentenvertreter aus den Westzonen teilnahmen, wurde eine „Gemeinsame Erklärung zur Deutschen Einheit“ verabschiedet. Zum damaligen Zeitpunkt unterstützte die SMAD das Wartburgfest. Natonek hatte jedoch in der Diskussion auf die einseitigen Zulassungsbedingungen in der SBZ hingewiesen, dargestellt an der Universität Leipzig. Dies wurde von SED und SMAD missbilligt. Aus diesem Grund wurde am 30. Juni 1948 eine öffentliche Studentenratssitzung einberufen, bei der ein vom Studentenrat überarbeiteter Entwurf für Zulassungsrichtlinien zur Abstimmung gestellt wurde, der sowohl die Vorrangstellung der Arbeiterkinder als auch das Leistungsprinzip enthielt. Dieser Vorschlag wurde von den SED-Vertretern als Angriff auf die Arbeiterstudenten umfunktioniert und diente damit als Vorwand, dass erneut die SED-Mitglieder die Versammlung verließen. Danach erfolgten wiederum in der Leipziger Volkszeitung bewusste Falschdarstellungen der Veranstaltung um die demokratischen Mitglieder des Studentenrates zu diskreditieren. Dieser Eklat war auch Gegenstand in den Sitzungen des Senats, weil der überarbeitete Entwurf im Studentenrat mehrheitlich beschlossen worden war.

In der öffentlichen Veranstaltung zum „dies academicus“ am 19. Juli 1948 beschwor Natonek die Einheit der Studentenschaft über die Grenzen der Betriebsgruppen von Parteien und Organisationen hinaus: „Es dürfe keine Unterschiede zwischen Arbeiter- und Abi-Studenten geben, allen seien Studierende der Alma Mater Lipsiensis.“ Danach schrieb er einen umfangreichen Artikel an die Leipziger Volkszeitung, in dem er sich gegen die von der SED-Betriebsgruppe verbreiteten unwahren Behauptungen über die angeblich reaktionäre bürgerliche Mehrheit im Studentenrat und zugleich gegen die Art und Weise der bewussten Falschberichterstattung der Zeitung wandte. Allerdings wurde dieser Artikel nie abgedruckt und damit sowohl der Bevölkerung als auch der Besatzungsmacht bewusst vorenthalten – Pressefreiheit: Fehlanzeige!

Ende November 1948 standen turnusmäßig die 3. Studentenratswahlen an – am 10. November 1948 wurde Wolfgang Natonek verhaftet. Anschließend verbot die Sowjetische Besatzungsmacht die Arbeit der LDP-Hochschulgruppe in Leipzig. Kurz darauf wurden in den universitären Einrichtungen anonyme Flugblätter gefunden, welche die Verhaftung

Wolfgang Natoneks anprangerten und sich für Demokratie und Freiheit an der Universität aussprachen. Sie waren für den Rektor und den Studentenrat Anlass für eine öffentliche Erklärung.¹¹

Die Erklärung war mit initiiert vom stud. gewi. Werner Decker (SED), einem fanatischen politischen Gegner von Wolfgang Natonek. Er leistete die Unterschrift im Namen des Studentenrates. Die Festnahme Natoneks und die damit gezielt in Umlauf gebrachten Berichte über seine angebliche Agententätigkeit, beeinflussten die Wahlversammlungen der Fakultäten, bei denen die Kandidaten, welche keine SED-Mitglieder waren, von derselben bespitzelt wurden.

Ich selbst hatte in einer öffentlichen Wahlversammlung den Betrugsversuch der SED-Betriebsgruppe miterlebt. Dabei sollte der Leiter der 10er-Gruppe (Grundeinheit SED-Betriebsgruppe) für seine Gruppe wählen und somit 10 Stimmen abgeben. Dieses System wurde als massiver Verstoß gegen das in der Wahlordnung festgelegte geheime Wahlrecht bei Studentenratswahlen kritisiert.

Im Hinblick auf die Geheimhaltung der Gründe über die Verhaftung Natoneks und die versuchte Wahlmanipulation hatte ich u. a. gesagt: „Was moralisch schlecht ist, kann politisch niemals gut sein!“ Dieser Ausspruch wurde als feindliche Äußerung umfunktioniert. Die SED-Betriebsgruppe forderte danach vom Rektor meine Exmatrikulation, nachdem sie die Sperre meines Stipendiums bereits erreicht hatte. Der Rektor lehnte die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mich allerdings ab, weil in Artikel 11 der Sächsischen Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung verankert war.

Die Gesamtheit der Einschüchterungsmaßnahmen, beginnend mit der Verhaftung Wolfgang Natoneks und dem Verbot der LDP-Hochschulgruppe, verfehlte nicht ihren Zweck, wie sich im Ergebnisse der 3. Studentenratswahl vom 15. Dezember 1948 zeigte: 16 Mitglieder SED, sechs CDU, drei LDP und zwei parteilose Mitglieder. Durch Gewalt und Zwang hatte die SED damit ihre Vorherrschaft in der Studentenschaft für über 40 Jahre gesichert.

¹¹ Archiv der Universität Leipzig, Protokoll Senatssitzung vom 9.12.1948.

Dieses Ergebnis der Studentenratswahl hatte auch weitreichende Folgen innerhalb der Professorenschaft. Beispielsweise nahmen die Professoren de Boor, Nikisch und Weber Berufungen an Juristische Fakultäten in Westdeutschland an und verließen die Leipziger Universität. Mit den Gewaltmaßnahmen hatte die SED zugleich erreicht, dass diese bürgerlichen Professoren nicht mehr an der Juristischen Fakultät lehrten.

Im Nachgang des zwischen Deutscher Demokratischer Republik (DDR) und Bundesrepublik Deutschland (BRD) 1990 geschlossenen Einigungsvertrages, wurde Wolfgang Natonek, der 1956 aus der Haft entlassen wurde, durch die russische Generalstaatsanwaltschaft in vollem Umfang rehabilitiert. Begründung: Der Prozess war politisch motiviert. Diese Rehabilitation war eine späte Genugtuung. Danach nahm sich die Universität Leipzig des Schicksals Natoneks auch an und ehrte ihn 1992 mit der Verleihung einer Professur.

Aufbruch in eine neue Gesellschaft

Die Geschichte der Studentenräte

Günther Heydemann

Selbstverständlich nahmen politische Diskussionen im Alltag und in der Freizeit der Studenten in den Nachkriegsjahren breiten Raum ein. Der eben erst vergangene Krieg, der so massiv in das eigene Leben und das von Familienangehörigen, Verwandten und Bekannten eingegriffen hatte, der Zusammenbruch der NS-Diktatur und die völlige moralische Diskreditierung des Nationalsozialismus, die darauf folgende Besetzung und Besatzung, das Verhalten des sowjetischen Militärs, die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der von ihr gestützten KPD/SED, das in Zonen aufgeteilte Deutschland und dessen sich abzeichnende Spaltung – all das und vieles mehr bot ausreichend Stoff für Diskussionen, Meinungsstreit und die Suche nach eigener Positionierung. „In den ersten Nachkriegsjahren war ja eine große Diskussion darüber“, erinnert sich ein Student dieser Zeit, „wie läuft der politische Weg in Deutschland bzw. der späteren DDR“. Das bestätigte auch der frühere Leipziger Student Hans-Dietrich Genscher, der bis 1949 an der Alma Mater Lipsiensis Rechtswissenschaften studierte: „Es wurde sehr viel politisch diskutiert. Die Frage, wie nach der Katastrophe des Dritten Reiches 1945 der Neuanfang aussehen sollte, beschäftigte uns mehr als alles andere.“¹

Mochte das politische Interesse bei den Studenten je nach persönlicher Einstellung auch unterschiedlich ausgeprägt sein, der politischen Debatte entging niemand. Das sollte sich, wie gezeigt, nach wenigen Jahren auch auf die individuelle, studentische Freizeitgestaltung auswirken.

¹ In: *600 Jahre Universität Leipzig. Jubiläumsbeilage der Leipziger Volkszeitung vom 20.5.2009, S. 15 (aus einem Interview mit dem früheren Bundesminister des Auswärtigen).*

Auch der von der KPD/SED und der sowjetischen Besatzung, mit wachsendem Abstand zum Kriegsende, immer stärker propagierte Sozialismus als einzige politische Lösung für die Zukunft Deutschlands war ein intensiv diskutiertes Thema der damaligen politischen Auseinandersetzungen.

Nicht zuletzt trug aber auch die frühe Bildung politischer Studentengruppen an der Universität zu einer verstärkten politischen Debatte bei.² Unmittelbar nach der Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) am 21./22. April 1946, was im übrigen den entscheidenden Schritt zur Sicherung einer politischen Monopolstellung aller kommunistischen Kräfte in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) darstellte, schlossen sich auch die Studentengruppen beider Parteien an der Universität Leipzig zu einer einzigen zusammen. Ein halbes Jahr darauf, am 17. Oktober 1946, erfolgte die Gründung einer „Zentralen Betriebsgruppe der SED“, in welche die Studentengruppe integriert wurde. Fritz Behrens, der bei Gründung und Aufbau der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät („Gewifa“) nur wenige Monate später zu einer ihrer treibenden Kräfte werden sollte, wurde Politischer, Hubert Jusek Organisatorischer Leiter der Betriebsgruppe. Zu diesem Zeitpunkt gab es etwa 100 Studenten, die Mitglieder der FDJ und oftmals auch der SED waren.³

Die Konstituierung von FDJ-Gruppen in den einzelnen Fakultäten erfolgte indes erst danach; bezeichnenderweise war es hier wiederum die Gewifa, an der die erste FDJ-Gruppe im Juli 1947 entstand. Ein halbes Jahr später, am 27. November 1947, schlossen sich die verschiedenen Fakultätsgruppen der FDJ zur „FDJ-Studentengruppe“ zusammen. Schließlich wurde unter Führung der SED-Parteiorganisation am 25. März 1948 die „Zentrale Betriebsgruppe der FDJ“ an der Universität Leipzig gebildet. Mit einer Stärke von ca. 350 Mitgliedern, darunter auch einige nicht-studentische Universitätsangehörige, repräsentierte sie die politische

² Vgl. hierzu Thüsing, Andreas: *Der Leipziger Studentenrat 1947–1948*, in: Hehl, Ulrich von (Hrsg.): *Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952. (= Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe A: Bd. 3)*, Leipzig 1993, S. 497–522; dort besonders S. 502f.

³ Vgl. hierzu im Einzelnen das Kapitel I.7: *Die Etablierung der SED als Machtzentrum*.

Organisation all jener Studenten, die bereits Mitglied der SED waren oder für deren Politik eintraten.⁴

Die Formierung von politischen Gruppenvertretungen derjenigen Studenten, die den „bürgerlichen“ Parteien nahe standen, vollzog sich etwas später.⁵ Anfang 1946 entstand beim Kreisverband der CDU ein „Universitätsausschuss“, dessen Vorsitzender Hermann Mau wurde.⁶ Auf die Bildung einer entsprechenden studentischen Betriebsgruppe wurde jedoch – wie auch von Seiten der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) – verzichtet, um die Alma Mater Lipsiensis nicht zu einem „Schauplatz parteipolitischer Auseinandersetzungen“ zu machen; vielmehr sollte die Vertretung studentischer Interessen im Vordergrund stehen. Infolgedessen wurde eine LDP-Betriebsgruppe erst am 22. Oktober 1947 gegründet, deren Vorsitzender Wolfgang Natonek wurde. Die CDU folgte noch später und bildete am 18. Juni 1948 eine eigene Gruppe. Im Unterschied zur LDP gehörten dieser auch Wissenschaftler an, sodass neben dem studentischen Vorsitzenden Karl-Heinz Schollbach auch der Mitbegründer der Leipziger CDU nach Kriegsende, der damalige Bibliotheksrat und Dozent für Geschichte, Karl Buchheim, gleichberechtigter Vorsitzender wurde.⁷ Doch wie Andreas Thüsing zutreffend konstatiert hat, erreichten „weder die CDU- noch die LDP-Betriebsgruppe (...) jemals den Organisationsgrad und die politische Schlagkraft der SED-Gruppe“.⁸

⁴ *Ebenda*, S. 503.

⁵ *Ebenda*.

⁶ *Mau wurde 1951 erster Leiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, nachdem er als Vorsitzender der CDU-Hochschulgruppe an der Universität Leipzig im September 1947 von der SMAD verhaftet worden war. Es gelang dem Rechtsanwalt Dr. Martin Drucker jedoch, Mau nach kurzer Haft wieder frei zu bekommen, worauf dieser sofort in die amerikanische Besatzungszone flüchtete; vgl. Schmeitzner, Mike: Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen 1945–1950, (= Berichte und Studien, Nr. 47 des HAIT Dresden), Göttingen 2004, S. 151f. Mau konnte sein Amt jedoch nur ein Jahr ausüben, da er einem tragischen Verkehrsunfall zum Opfer fiel; vgl. Möller, Horst/Wengst, Udo (Hrsg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz, München 1999, S. 23f.*

⁷ *Vgl. u.a. dessen Memoiren: Buchheim, Karl: Eine sächsische Lebensgeschichte. Erinnerungen 1889–1972, Wengst, Udo/Pantenburg, Isabel F. (Bearb.), München 1996.*

⁸ *Thüsing, Studentenrat*, S. 506.

Unabhängig von der unterschiedlich schnellen Verfestigung ihrer politischen Organisationsstrukturen hatte sich nach Kriegsende ein „bürgerliches“ und ein „linkes“ Lager unter den Studenten herausgebildet. Aufgrund ihrer gegensätzlichen politisch-ideologischen Positionen blieben Meinungsverschiedenheiten und Konflikte nicht aus. Schon vier Wochen nach der Gründung eines provisorischen Studentenausschusses im September 1945 kamen erste politische Konflikte unter den Leipziger Studenten zum Ausbruch, noch bevor sich die unterschiedlichen politischen Gruppierungen enger organisiert hatten. Als die Vertreter von KPD und SPD den Ausschuss einem Kontrollrat unterstellen wollten, der mehrheitlich kommunistisch durchsetzt gewesen wäre, zogen die Mitglieder von CDU und LDP am 15. Oktober 1945 aus, was die Auflösung des Ausschusses bewirkte.⁹

Eine erste große Studentenversammlung am 25. Oktober 1945 im Pfauensaal des Leipziger Zoos, an der 500 Studenten teilnahmen, verlief von Anfang an höchst spannungsgeladen. Organisiert von der Kulturabteilung der KPD Leipzig, sprach der politische Leiter der Universitätsgruppe der KPD, Gerhard Mehnert, zum Thema „Der Student – heute“. Seine dezidierten Forderungen nach Herstellung eines engen Bündnisses zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse, der ausschließlichen Immatrikulation von antifaschistisch-demokratischen Studenten, der Übereinstimmung der sozialen Struktur der Studentenschaft mit der Sozialstruktur der Bevölkerung, der Bildung einer antifaschistisch-demokratischen Studentenvertretung und der Sicherung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechts der Studenten wurden ob ihrer einseitig kommunistischen Ausrichtung von einer Mehrheit der Studenten „mit Spott, Hohngelächter, Pfui-Rufen und lauten Missfallensäußerungen“ quittiert.¹⁰

Bei einer zweiten, wiederum im Pfauensaal durchgeführten und dieses Mal von den Universitätsgruppen der KPD und SPD gemeinsam organisierten Studentenversammlung am 29. November 1945, die unter dem Thema „Wann wird die Universität eröffnet?“ stand, kam es erneut zu lautstarken Auseinandersetzungen unter den anwesenden Studenten.

⁹ StadtA Leipzig, StVuR, Nr. 4560, Blatt 36ff.

¹⁰ Keller, Karl-Marx-Universität 1945-1976, S. 27.

Eine dritte Studentenversammlung, nunmehr organisiert von den städtischen Leitungen der CDU und LDP zum Thema „Politik und Studium“ am 13. Dezember 1945, führte postwendend zu Zwischenrufen und Störungen von jenen Studenten, die der KPD oder SPD nahe standen. Kaum weniger spannungsgeladen verlief die nur sechs Tage später durchgeführte, jetzt gemeinsame Versammlung aller Studentengruppen am 19. Dezember 1945 unter dem Motto: „Gibt es einen gemeinsamen Weg?“¹¹

Nahezu unmittelbar nach Kriegsende existierte demnach bereits eine unübersehbare politische Polarisierung in der Leipziger Studentenschaft. Als entscheidende Streitpunkte hatten sich zwei Probleme herauskristallisiert, die auch in der Folge brisant bleiben sollten: die Frage der konkreten Durchführung der Entnazifizierung und das Problem der Immatrikulation, insbesondere der Zulassung so genannter „Arbeiter- und Bauernstudenten“.

Gleichwohl war ein Studentenausschuss am 1. November 1945 neu gegründet und am 4. Dezember 1945 in „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Studenten (AdS) an der Universität Leipzig“ umbenannt worden. Damit war zunächst ein studentisches Gremium geschaffen worden, das trotz unübersehbarer Spannungen vornehmlich sachorientiert arbeitete und trotz bestehender großer politischer Meinungsunterschiede weitgehend „funktionierte“. Dazu trug sicherlich bei, dass die politischen Kräfteverhältnisse in etwa ausgewogen waren: Bei insgesamt 35 Mitgliedern des AdS gehörten 17 Studenten der SED an, zehn der CDU und sieben der LDP; ein Mitglied war parteilos. Mit dem Ziel, eine „wahre Volksuniversität“ schaffen zu wollen, verstand sich der AdS als Vereinigung aller „fortschrittlich gesinnten und konsequent antifaschistischen Studenten und Studentinnen“. Ihr vierköpfiger Vorstand, als „Studentenausschuss“ (StA) bezeichnet, organisierte die Arbeit von acht Referenten, die für verschiedene Sachgebiete zuständig waren.¹²

Allerdings blieben Konflikte nicht aus. Ende Oktober 1946 beschuldigte der Vorsitzende des Studentenausschusses, Gerhard Stiller (SED), Rektorat und Senat der Universität, sich nicht energisch genug mit der

¹¹ *Ebenda*, S. 28.

¹² *Vgl. Thüsing, Studentenrat*, S. 507.

weiteren Entnazifizierung des Lehrkörpers zu befassen und gleichzeitig die Einstellung unbelasteter, id est „fortschrittlicher“ marxistischer Wissenschaftler zu erschweren. Stiller hatte diese schweren Vorwürfe nach Einsicht in Personalakten erhoben, die bei der sächsischen Landesverwaltung lagen, wozu er überhaupt nicht berechtigt war. Eine entsprechende Resolution, von weiteren, der SED nahe stehenden Studenten unterzeichnet, erhob den Anspruch, im Namen des gesamten AdS zu sprechen, was jedoch nicht der Fall war, zumal sich die CDU- und LPD-Mitglieder davon ausdrücklich distanzieren. Ob es sich bei dem Vorstoß um eine von kommunistischen Kadern initiierte Kampagne gegen die Universitätsleitung handelte, lässt sich heute nicht mehr eindeutig rekonstruieren. Entscheidend ist vielmehr, dass der AdS einen offenen Brief an den Rektor richtete und die in der Resolution geäußerte Kritik vollständig zurücknehmen musste, wobei auch Stiller selbst unterzeichnete.¹³ Gleichwohl fühlten sich die CDU-Mitglieder des AdS in ihrem Vertrauen missbraucht und traten aus der Arbeitsgemeinschaft aus.

DER LEIPZIGER STUDENTENRAT UNTER WOLFGANG NATONEK 1947/48

Nachdem auf der 3. Tagung des Zentralrats der FDJ im September 1946 die Bildung von Studentenräten an den Universitäten und Hochschulen gefordert worden war, um „den Formierungsprozeß der demokratischen Kräfte unter den Studenten zu aktivieren“,¹⁴ hatte die Deutsche Verwal-

¹³ Die entscheidende Passage in diesem offenen Brief lautete: „Es kann daher der in der Resolution enthaltene, gegen die Universität gerichtete Vorwurf, nicht ernsthaft genug nach wissenschaftlich qualifizierten, politisch unbelasteten Lehrkräften gesucht zu haben, in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden (...). Wir sehen in Euer Magnifizenz und der Leitung der Universität die Gewähr dafür, dass die Belange der Studentenschaft in wissenschaftlicher und politischer Hinsicht in unserem Sinne vertreten werden.“ (Zit. ebenda, S. 509.; UAL R 46, Blatt 50).

¹⁴ Zit. nach Buchholz, Annett: Der Studentenrat an der Universität Leipzig 1945-1951, in: Das Hochschulwesen 1 (1990), S. 50-55; dort S. 51.

tung für Volksbildung ein „Vorläufiges Studentenstatut“ erlassen, das am 14. Februar 1947 in Kraft trat. Mit diesem Erlass wurde einmal mehr die enge Verbindung zwischen den Kadern der SED auf den unterschiedlichen Ebenen der SBZ deutlich. Doch bereits eine Woche zuvor, am 6. Februar 1947, waren Wahlen zum 21-köpfigen Studentenrat mit einer Wahlbeteiligung von 80,9 % durchgeführt worden, die höchst überraschender Weise zu einer „bürgerlichen“ Mehrheit im Rat geführt hatten: Den jeweils sechs studentischen Vertretern aus den Reihen von CDU und LDP standen zwar acht aus der SED gegenüber, doch zusammen mit einem parteilosen Vertreter verfügten CDU und LDP mit 13 zu acht Stimmen über eine klare Mehrheit.¹⁵ Wolfgang Natonek, der bereits in der Philosophischen Fakultät II mit dem zweithöchsten Stimmenanteil von 27,4 % in den Studentenrat gewählt worden war, wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Vertreter auch zu dessen Vorsitzenden gewählt.¹⁶

Zweifellos war der Ausgang der Studentenratswahlen für die SED ein herber Schlag, hatte sie doch ihre Kandidaten massiv unterstützt und eine entsprechende Wahlpropaganda betrieben, ganz abgesehen von der Initiierung der Studentenräte durch die FDJ selbst. Es fiel ihr daher äußerst schwer, zu akzeptieren, dass sie nicht die Mehrheit erlangt hatte. Entsprechend weigerte sie sich, die Wahl Natoneks zum Vorsitzenden anzuerkennen, und brachte das Argument vor, dass der Vorsitzende von der größten Fraktion im Studentenrat gestellt werden müsse – also von ihr. Da es sich jedoch um eine Personal- und nicht um eine Listenwahl gehandelt hatte, gemäß dem Vorläufigen Statut vom 14. Februar 1947, war diese Argumentation unhaltbar. Daraufhin lehnten die SED-Vertreter jede weitere Zusammenarbeit ab und brachten die Forderung vor, dass der Studentenrat nach dem Blockprinzip organisiert werden müsse. Dies hätte

¹⁵ Die Wahl fand auch in der Stadt Leipzig große Aufmerksamkeit, vgl. *StadtA Leipzig, StVuR, Nr. 1483, Blatt 4.7 mit Sammlung von entsprechenden Zeitungsausschnitten.*

¹⁶ *Natonek war zwei Monate nach Gründung der LDP, der Partei beigetreten, im November 1946 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands im Bezirksverband Leipzig und im Herbst 1947 Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands Sachsen geworden. Zum Motiv für seine Kandidatur vgl. Schulte, Volker: Der Fall Natonek – ein Fall SED. Im Gespräch mit dem Studentenratsvorsitzenden von 1947/48, in: Universität Leipzig. Mitteilungen und Berichte 4 (1992), S. 5f.*

den SED-Mitgliedern indes ein permanentes Vetorecht verschafft. Doch auch dieses Argument führte nicht weiter, weil der zum Schriftführer gewählte Helmut Ranft (CDU) sachlich nachvollziehbar versichern konnte, dass „es sich bei der Arbeit des Studentenrates um rein studentische und nicht um parteipolitische Arbeit“ handle.¹⁷ Schließlich erklärten sich die SED-Mitglieder widerstrebend zur Mitarbeit bereit. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Horst Zastrow (SED) und zum Kassenswart Karl-Heinz Rüfer (SED) gewählt.

Allein die Konstituierung des Leipziger Studentenrats zeigte somit, welche starke politische Spannungen von Anfang an existierten. Insofern blieb der sowjetischen Besatzungsmacht und den kommunistischen Kadern in der Landesverwaltung die „bürgerliche“ Dominanz im Leipziger Studentenrat ein Dorn im Auge. Schon im Mai hatte die kommunistisch durchgesetzte Sächsische Landesregierung nach „einer Unterredung mit Vertretern der SMAD“ in einem Schreiben an das Rektorat kritisiert, dass „der Studentenrat seine Aufgabe, die in erster Linie eine Erziehungsaufgabe zur Demokratisierung ist, nur mangelhaft erfüllt und er auch nicht die notwendige Unterstützung der Universitätslehrer“ habe.¹⁸ Mit Missfallen beobachteten die sowjetischen Besatzungsbehörden, dass der Studentenrat aufgrund seiner bürgerlichen Mehrheit eben nicht die gewünschte sozialistische „Erziehungsarbeit“ betrieb. Stattdessen veröffentlichte er selbstbewusst eine Erklärung, in der die Kritik zurückgewiesen wurde: „Die Zusammenarbeit im Vorstand des Studentenrates ist seit dem Tage der (...) Konstituierung jederzeit durchaus kollegial und kameradschaftlich gewesen. (...) (Die im; G.H.) Zuge der Erledigung der laufenden politischen und verwaltungstechnischen Arbeiten gelegentlich naturnotwendig auftretenden Meinungsverschiedenheiten sind jederzeit auf sachlicher, demokratischer Grundlage beseitigt worden.“¹⁹

In der Tat arbeitete der Studentenrat vorwiegend sachorientiert und sah seine eigentlichen Aufgaben in der allgemeinen Förderung des Stu-

¹⁷ Vgl. Thüsing, *Studentenrat*, S. 511; (UAL, R 48, Blatt 19).

¹⁸ Buchholz, *Studentenrat*, S. 52.

¹⁹ Thüsing, *Studentenrat*, S. 512; (UAL, R 48, Blatt 32).

diums, der Verbesserung der materiellen Lage der Studierenden sowie der Pflege des geistigen und kulturellen Lebens an der Universität.²⁰ Entsprechend war der Studentenrat in verschiedene Referate aufgeteilt, die sich um einzelne Sachgebiete kümmerten (Sozial-, Gesundheits-, Rechts-, Politik-, Sport-, Kultur-, Außen-, Presse- und Rundfunkreferat).²¹ Angesichts der zum Teil enormen wirtschaftlichen und sozialen Notlage der Studenten hatte das Sozialreferat die mit Abstand größte Aufgabe zu bewältigen. Es war auch deshalb permanent im Einsatz, weil es die Funktion des auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht im September 1945 aufgelösten Studentenwerks übernommen hatte.²²

Gleichwohl ließ sich die Politik nicht völlig ausklammern, vielmehr wurde sie erneut zum entscheidenden Konfliktpunkt. Wiederum war es die Frage des „Arbeiter- und Bauernstudiums“ – und damit das Problem der Immatrikulationsrichtlinien und ihrer Handhabung. Die kontroverse Debatte darüber im Studentenrat verlief parallel zu den entsprechenden zeitgleichen Auseinandersetzungen zwischen Rektorat und Senat sowie der Berliner Zentral- und Landesverwaltung. Vor allem war es das generelle Problem der Studienplatzreservierungen für „Arbeiterstudenten“ und deren automatische Immatrikulation nach erfolgreichem Abschluss der Vorstudienausbildung, was von der Mehrheit der Studenten und der Mehrheit des Studentenrates abgelehnt wurde. Doch ist in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass die Mehrheit von Studentenschaft und Studentenrat durchaus dafür war, bisher unterprivilegierten Schichten den Zugang zum Studium zu erleichtern bzw. bei gleicher Eignung und Begabung zwischen Arbeiter- und „bürgerlichen“ Studenten Ersteren den Vorzug zu gewähren. Wogegen man vielmehr mit Recht ankämpfte, war die pauschale Privilegierung von „Arbeiter- und Bauernstudenten“ und die damit verbundene Ideologisierung durch die SED, die in der Tat auf eine „Gegenprivilegierung“ hinauslief. Das Problem sollte sich schon bald zu einem tief greifenden Konflikt ausweiten.

²⁰ UAL, Studentenrat 3, Blatt 1.

²¹ Ebenda, Blatt 5a und b.

²² Vgl. hierzu: StadtA Leipzig, StV und R., Nr. 2582, Blatt 1.

Bereits seit längerem wurde dieses strittige Thema unter Leipziger Studenten, aber auch an allen anderen Universitäten in der SBZ heftig diskutiert. Doch war es Wolfgang Natonek, der sich bei einer Rede im Juni 1947 erstmals öffentlich gegen einseitige Privilegien für Arbeiterstudenten wandte, wodurch keine „historische Gerechtigkeit“ geschaffen, sondern altes Unrecht durch neues ersetzt werden würde. Abgesehen vom Inhalt muss diese Aussage den sowjetischen Besatzungsbehörden und den kommunistischen Funktionären in der Zentral- und Landesverwaltung besonders stark missfallen haben, zumal Natonek seine Äußerungen auf der ersten gesamtdeutschen Studentenkonzferenz in Halle (19.–22. Juni 1947) gemacht hatte.²³ Damit wurde die sowjetische bzw. kommunistische Bildungspolitik in der SBZ in einem entscheidenden Punkt massiv kritisiert.

Nur vier Wochen später fand eine vom Leipziger Studentenrat organisierte Allgemeine Studentenversammlung statt (23. Juli 1947), auf der die bestehenden Immatrikulationsbestimmungen vom 30. September und 12. Dezember 1945 der Deutschen Verwaltung für Volksbildung diskutiert wurden, die „Arbeiter- und Bauernstudenten“ den Zugang zur Hochschule besonders erleichterten. Auf der Versammlung wurde kritisiert, dass die Absolventen der Vorstudienanstalten automatisch immatrikuliert würden, während reguläre Bewerber nur nach Maßgabe ihrer Abiturnoten und in Abhängigkeit vom jeweils bewilligten Studienplatzkontingent Aufnahme an der Universität fänden. Vor allem die in der erregten Debatte provokante Bemerkung des Studenten Edgar Plätzsch, „er befürworte grundsätzlich das Arbeiterstudium, sei aber der Ansicht, dass Studenten aus innerer Berufung an die Universität kommen und nicht erst durch große Plakate mit der Nase darauf gedrückt werden müssten. Würde man aber das Zulassungsprinzip entsprechend der sozialen Schichtung des Volkes anwenden, so müssten wir neben den Arbeitern auch fünf Prozent Schwachsinnige an die Universität“ lassen, führte zu einem Eklat, der bald über die Alma Mater hinausreichte.²⁴

²³ Zit. nach Feige, Hans-Uwe: *Die Leipziger Studentenopposition (1945–1948)*, in: *DA 26 (1993)*, H. 9, S. 1057–1068, dort S. 1062.

²⁴ *Universität Leipzig (Hrsg.): Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945–1955, 2. ergänzte und verbesserte Aufl. Beucha 1998, S. 103–105, dort S. 103.*

Da Natonek nach einem Mehrheitsbeschluss der Versammlung Plätzsch nicht das Wort entzog, sondern ihn um eine Richtigstellung seiner Äußerung ersuchte, zogen die SED- und FDJ-Mitglieder unter den Studenten aus und bildeten eine eigene Versammlung. Der Vorfall zog sofort weite Kreise: Einer Unterschriftenliste von Studenten, die Plätzsch weiterhin ihr Vertrauen aussprachen, setzte der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) eine Resolution entgegen, in der Natonek scharf kritisiert wurde. Zudem fand der Vorfall in der Leipziger Presse großen Widerhall.²⁵

Durch die Auseinandersetzungen in der Studentenschaft wurde Natonek den Mitgliedern und Anhängern der SED bzw. FDJ zunehmend suspekt, sie bereiteten aber auch Rektorat und Senat Probleme.²⁶ Nach längerer Diskussion im Senat erhielt Plätzsch von Rektor Gadamer einen Verweis mit der Begründung: „Jeder Student, der zu hochschulpolitischen Fragen öffentlich Stellung nimmt, ist verpflichtet, die politische Lage innerhalb der Studentenschaft zu bedenken und alles zu vermeiden, was den Arbeitsfrieden innerhalb der Studentenschaft gefährdet.“²⁷

Das Problem der bestehenden Immatrikulationsbestimmungen war jetzt erst recht zum beherrschenden Diskussionsthema an der Universität geworden, verbunden mit einer breiten Kritik an der einseitigen Zulassungspraxis seitens der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in Berlin und vor allem des Sächsischen Bildungsministeriums in Dresden. Natonek geriet erneut in die Schusslinie, als er auf einem Parteitag der LDP in Bad Schandau am 1. Dezember 1947 die berühmte Feststellung traf: „Es gab einmal eine Zeit, in welcher der verhindert war zu studieren, der eine nicht-arische Großmutter hatte. Wir wollen nicht eine Zeit, in der es dem verhindert wird zu studieren, der nicht über eine proletarische Großmutter verfügt.“ In der inzwischen mehrheitlich von der SED kontrollierten Leipziger Volkszeitung wurde diese Äußerung folgendermaßen kommentiert: „Herr Natonek ist um Lippenbekenntnisse für die Demokratie

²⁵ Vgl. *ebenda* die entsprechenden Dokumente S. 106 u. S. 110–112.

²⁶ Vgl. UAL, R 1, Blatt 114ff., Protokoll der Sitzung des Senats am 20.8.1947. Zur Sitzung wurden die Studentenratsvorsitzenden Natonek und Zastrow in der Angelegenheit Plätzsch gehört.

²⁷ Vgl. *Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945–1955*, S. 109.

selten verlegen, aber seine wahre, dem Volksstudium geradezu feindliche Ideologie lässt sich noch besser durch seine wörtlichen Ausführungen (siehe oben: belegen; G.H.). (...) Herr Natonek schämt sich also nicht, die Zeit der barbarischen, faschistischen Rassenhetze mit der vom Standpunkt der Demokratie durchaus einwandfreien und berechtigten Förderung des Volksstudiums in einem Atemzug zu nennen."²⁸

Ganz abgesehen davon, dass Natoneks Kritik an den damals praktizierten Richtlinien völlig berechtigt war, hatte er selbst aus eigener Erfahrung gesprochen. Denn die Nationalsozialisten hatten seinen jüdischen Vater in die Emigration gezwungen und der Familie das gesamte Vermögen gesperrt, sodass er seine eigene Schulbildung nur unter größten Schwierigkeiten im Jahre 1938 an einem Leipziger Gymnasium abschließen konnte. Als Werkstudent hatte Wolfgang Natonek sodann zwei Semester Veterinärmedizin studiert, danach jedoch wieder abbrechen müssen, weil er als „Halbarier“ nicht zum Examen zugelassen worden wäre. 1940 zur Wehrmacht eingezogen, war er bereits ein Jahr später wieder aus dem gleichen Grund als „wehrunwürdig“ entlassen worden und hatte dann als Hilfsarbeiter bei einer Leipziger Autowerkstatt bis zum Kriegsende gearbeitet; der Aufforderung, dem Volkssturm beizutreten, war er nicht nachgekommen.²⁹ Zweifellos verkörperte er in hohem Maße den menschlich und politisch früh gereiften Studententyp, der für die Studentengeneration der Nachkriegszeit im damaligen Deutschland charakteristisch war. Hinzu kam allerdings noch seine persönliche Ausstrahlung; ruhig und sachlich zugleich, vertrat er klare politische Grundprinzipien und verfügte zudem über ein enormes Rednertalent. Das verschaffte ihm bei seinen Mitstudenten rasch hohes Ansehen.

Eigentlicher Anlass für seine dezidierten Aussagen auf dem LDP-Parteitag Anfang Dezember 1947 war ein Gesetzentwurf zur Gründung der

²⁸ Ebenda, S. 107.

²⁹ Vgl. Ebenda, S. 90f. *das Faksimile seines Lebenslaufes. Siehe ausführlich zu seinem und dem Lebenslauf seines Vaters, des Journalisten und Schriftstellers Hans Natonek (1892-1963), jüngst: Böttger, Steffi (Bearb.): Hans Natonek – Wolfgang Natonek. Briefwechsel 1946-1962, Leipzig 2008; dort S. 7-25 zu Hans Natoneks und S. 25-47 zu Wolfgang Natoneks Biographie.*

„Sozialen Studienhilfe“ gewesen, den die SED im Sächsischen Landtag nur wenige Wochen zuvor eingebracht hatte. Dem Entwurf zufolge, welcher im übrigen noch im gleichen Monat Gesetz wurde, sollte die Studienhilfe die soziale Betreuung von Studenten, einschließlich der Stipendienvergabe übernehmen. Das bedeutete, dass der Studentenrat eine seiner wichtigsten Aufgaben verlieren sollte; gleichzeitig wurde seine traditionelle Selbstverwaltung eingeschränkt. Seitens der SED war damit ganz eindeutig die Absicht verbunden, den „bürgerlichen“ Leipziger Studentenrat zu beschneiden und diesem wichtige Kompetenzen gerade dort zu nehmen, wo er den größten Rückhalt bei den Studenten besaß. Um seinen Protest dagegen auszudrücken, hatte der Leipziger Studentenrat am 20. November 1947 eigens eine Versammlung durchgeführt, auf der in einer entsprechenden Resolution die Befürchtung geäußert wurde, die Vergabe von Stipendien werde nun künftig ausschließlich nach politischen Kriterien erfolgen.³⁰

Solche leicht zu durchschauenden Vorgehensweisen trugen nicht gerade zur Reputation der SED und der FDJ unter den Studenten bei – im Gegenteil: Bei den am 12. Dezember 1947 stattfindenden Studentenratswahlen musste die SED eine noch schlimmere Niederlage einstecken als ein halbes Jahr zuvor. In dem inzwischen auf 30 Sitze vergrößerten Studentenrat erhielt die LDP elf, die CDU neun und die SED acht; zwei Mitglieder waren parteilos. Damit hatte die LDP, deren Vorsitzender ebenfalls Natonek war, ihren Anteil nahezu verdoppelt, was im übrigen auch darauf zurückzuführen war, dass zahlreiche frühere SPD-Mitglieder, die sich nicht der Zwangsvereinigung zur SED gebeugt hatten, inzwischen für die LDP stimmten bzw. für sie aktiv geworden waren, unter anderem auch Walter Nienhagen und sein Kreis. Aber auch die CDU hatte drei Sitze hinzugewonnen, während die SED stagnierte. Das Wahlergebnis war für alle beteiligten Parteien überraschend, wie Gerhard Schulz in seinem Tagebuch festhielt: „Die gestrigen Studentenratswahlen haben ein erstaunliches Ergebnis gebracht: Der Studentenrat, zu dem nun auch ich gehöre, ist beschlussfähig selbst ohne die Mitglieder der SED, die von der stärksten

³⁰ Feige, *Studentenopposition*, S. 1064.

zur schwächsten Fraktion zusammengeschmolzen sind, und ohne die Parteilosen. (...) Die Arbeit des kommenden Jahres dürfte nicht leicht sein. Die Gefahr einer Aufspaltung zwischen links und rechts ist stärker noch als bisher.“³¹ Es verwundert nicht, dass Natoneks Wiederwahl zum 1. Vorsitzenden des Studentenrats mit „anhaltendem Trampeln“ begrüßt wurde.³²

Auf einer internen Sitzung der SED-Landesleitung am 14. Februar 1948 zur Auswertung der Leipziger Studentenratswahlen mussten die Teilnehmer in einer Art Fehleranalyse einräumen, „dass diese von je höherer Stelle, umso katastrophaler beurteilt worden sind, d. h. am kritischsten vom Zentralsekretariat, etwas milder von Landesvorstand. (...) Wir haben geglaubt, die Universität von unten herauf erobern zu können.“ Nun müsse eine Änderung der Strategie erfolgen, um die Macht im Studentenrat zu erlangen: „Wir werden sowohl im Studentenrat als auch bei der Ausgestaltung unserer Wandzeitung die Hauptaufgabe darin sehen, einen Kampf zu führen, wie ihn Genosse Ackermann als zugespitzte ideologische Auseinandersetzung mit den faschistischen Elementen nannte. Es wird unsere Aufgabe sein, solche Elemente festzustellen und die entsprechende Säuberung vorzunehmen.“³³ Bereits in der Wortwahl kam die angestrebte, verschärfte Auseinandersetzung seitens der SED mit den „bürgerlichen“ Studenten zum Ausdruck, wurden diese doch nun mit „faschistischen Elementen“ gleichgesetzt.

Vorderhand besaß die bürgerliche Mehrheit, demokratisch gewählt und dadurch entsprechend legitimiert, allerdings die Vormacht im Studentenrat. Natonek sah überdies keinen Anlass, seine Grundüberzeugungen zu revidieren. Anlässlich des 3. Wartburgfestes der deutschen Studentenschaft im Mai 1948, von der FDJ organisiert, wiederholte er in einer Rede als gewählter Vertreter der Leipziger Studenten seine kritischen Äußerungen zur einseitigen Privilegierung der Arbeiter- und Bauernstudenten an

³¹ Wengst (Hrsg.), *Gerhard Schulz*, S. 137; Eintragung vom 13.12.1947.

³² Vgl. *Ebenda*, f.

³³ *Sächs.HStAD, SED-Landesleitung 11856, Nr. A/558, Protokoll der Sekretariats-sitzung am 14.2.1948 zu dem Punkt: Die Studentenratswahlen und die Lage an der Universität Leipzig, Blatt 009f.*

den Universitäten der SBZ und düpierte damit erneut die Veranstalter. Deren Missfallen war umso größer, weil bei dem Treffen auch Studenten aus den Westzonen teilgenommen hatten.³⁴

Das Problem der Zulassungsbedingungen zum Studium verlor auch in der Folge nicht seine Brisanz – im Gegenteil: Im Sommersemester 1948 kam es darüber zu heftigen Auseinandersetzungen im Leipziger Studentenrat, die schließlich zu dessen Spaltung führten. Nachdem die bürgerliche Mehrheit der Studenten in einer Resolution an das Dresdener Volksbildungsministerium sich erneut für faire und dementsprechend ausgewogene Zulassungskriterien ausgesprochen hatte, ohne im übrigen so genannte Arbeiter- und Bauernstudenten abzulehnen, waren die SED- bzw. FDJ-Mitglieder aus Protest dagegen ausgezogen und hatten einen eigenen Studentenrat konstituiert. Die Spaltung des bisherigen Studentenrats ließ sich nicht mehr überbrücken, obwohl sich gerade Natonek als dessen 1. Vorsitzender intensiv darum bemühte, dessen Einheit wieder herzustellen.³⁵ Auf seine Initiative hin hatte der „bürgerliche“ Studentenrat noch einmal ausdrücklich in einer Erklärung betont: „Wenn vorgeschlagen ist, dass die Begabtesten aller Volksschichten zum Studium zugelassen werden sollen, so sind damit ganz selbstverständlich auch und ganz besonders die begabtesten Arbeiter- und Bauernkinder gemeint.“³⁶

Längst hatten die Auseinandersetzungen im Leipziger Studentenrat überregionale, politische Bedeutung gewonnen, auch und nicht zuletzt, weil dieser eine demokratisch legitimierte Alternative zur angestrebten sozialistischen Transformation der Universitäten und Hochschulen seitens der SED verkörperte. Tatsächlich war der Leipziger Studentenrat einer der letzten noch demokratisch gewählten und damit legitimierten Institutionen in der SBZ, was seine überregionale Bedeutung erklärt. Die berechnete Kritik einer breiten Mehrheit von Studenten an der einseitigen „Brechung des bürgerlichen Bildungsprivilegs“, wie sie von der SED bzw. FDJ angestrebt wurde, die letztlich auf eine Gegenprivilegierung hinauslief,

³⁴ Vgl. Böttger (Hrsg.), *Hans Natonek – Wolfgang Natonek, Briefwechsel*, S. 33.

³⁵ Vgl. *Ebenda*, S. 33f.

³⁶ *Zit. nach Thüsing, Studentenrat*, S. 518, Anm. 117 (UAL, Rektorat 119, Blatt 50-55, Blatt 52).

diskreditierte nicht nur deren eigene Hochschulpolitik, sondern auch die Partei selbst. An eine umfassende politisch-ideologische Erziehung der gesamten Studentenschaft im Sinne des Marxismus-Leninismus war jedenfalls zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu denken; vielmehr verloren FDJ und SED zunehmend an Rückhalt in der Studentenschaft sowie an Mitgliedern. Auch politisch war der Kampf gegen die bürgerliche Mehrheit im Studentenrat derzeit nicht zu gewinnen, denn weder verfügten FDJ und SED im Hinblick auf das Arbeiter- und Bauernstudium über hinreichend überzeugende Argumente, noch standen in ihren Reihen Persönlichkeiten, die Natonek Paroli bieten konnten. Aus Sicht der Partei musste daher bei den anstehenden Wahlen zum Studentenrat im Dezember 1948 eine erneute, womöglich noch größere Niederlage befürchtet werden – mit unübersehbaren Folgen für die Akzeptanz der SED bzw. FDJ unter der Studentenschaft und die Fortsetzung ihrer Hochschulpolitik. Da eine politische Lösung auf demokratischem Wege jedoch nicht mehr realisierbar schien, blieb nur noch eine brachiale. Ohnehin hatte die Partei bereits seit Herbst 1947 in Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration eine härtere Gangart eingeschlagen, die unverkennbar im Zeichen des Stalinismus stand.³⁷

Seit seiner Wiederwahl im Dezember 1947 wurde Natonek angesichts seiner Popularität unter der Leipziger Studentenschaft von der örtlichen Sowjetischen Militäradministration (SMA) genau beobachtet, wie wir aus einer der wenigen sowjetischen Quellen, die seit 1990 eingesehen werden konnten, inzwischen wissen.³⁸ Ihm wurde vorgeworfen, die Jugend „reaktionär“ zu missbrauchen. Doch das betraf ihn nicht allein. Wie Gerhard Schulz, ebenfalls LDP-Mitglied im Studentenrat, in seinem Tagebuch festhielt, wurde auch er ab Ende Oktober von der Kriminalpolizei ständig überwacht.³⁹

³⁷ Schon im September 1947 war der Kreis um den Vorsitzenden der Leipziger Hochschulgruppe der CDU, Dr. Hermann Mau, verhaftet worden; vgl. Schmeitzner, *Junge Union*, S. 95 u. 151f.

³⁸ Vgl. Quartalsbericht für das 4. Quartal 1947 des Leiters der Informationsabteilung der SMA Leipzig, Oberstleutnant Schipkov, an den Leiter der Informationsabteilung der SMAD, Oberstleutnant Kuzminov, vom 25.12.1947 (GARF, f.7212, op. 1, d.202,1.181f.), zit. nach Ebenda, S. 95, Anm. 248.

³⁹ Wengst (Hrsg.), *Gerhard Schulz*, S. 185; Tagebucheintrag vom 1.11.1948.

In der Nacht vom 12. zum 13. November 1948 wurde Natonek, zusammen mit 20 weiteren Studenten, meist Mitgliedern der LDP-Hochschulgruppe, auf offener Straße verhaftet. Dem neu gewählten Rektor der Universität, Johannes Friedrich, seit knapp zwei Wochen erst im Amt, der nach Erhalt dieser Nachricht am nächsten Morgen sofort zum Leipziger Polizeipräsidenten geeilt war, um sich nach dem Verbleib Natoneks und der übrigen Studenten zu erkundigen, wurde keine Auskunft erteilt.⁴⁰ Stattdessen marschierten noch am gleichen Tag Polizeikolonnen mit Gewehren und roten Fahnen, begleitet von Schalmeikapellen, durch die Leipziger Innenstadt, um zu demonstrieren, dass Gegner der SED mit harten Maßnahmen zu rechnen hatten.⁴¹ Die Vorgehensweise der SMA und der SED stellte nicht nur einen Akt völliger staatlicher Willkür, sondern auch einen Bruch jeglicher demokratischer Prinzipien dar – letztlich bedeutete sie aber auch einen Offenbarungseid der SED und FDJ, weil man weder mit politischen noch mit demokratischen Mitteln in der Lage war, die anstehenden Studentenratswahlen in Leipzig zu gewinnen.

Die jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Festnahmen zwangen nun auch die Studenten in den Widerstand. Nur einen Tag nach der Verhaftung kursierte bereits ein anonymes Flugblatt an der Universität, das – unterzeichnet von der „ersten Widerstandsgruppe der Universität Leipzig“ – die eigentlichen Ursachen für das Vorgehen der sowjetischen und deutschen Kommunisten präzise erfasste. Unter der Überschrift „Quo usque tandem?“ hieß es: „In Anbetracht der bevorstehenden Studentenratswahlen liegt die Vermutung nahe, dass die verhafteten Kommilitonen, insbesondere der Kommilitone Natonek, ausgeschaltet worden sind, um zu verhindern, dass bei den Studentenratswahlen erneut eine freiheitliche Mehrheit im Vorstand entsteht. Es ist ebenfalls naheliegend, dass diese neue Verhaftungswelle den Zweck verfolgt, den bisherigen passiven Wider-

⁴⁰ Vgl. Böttger (Hrsg.), *Hans Natonek – Wolfgang Natonek, Briefwechsel*, S. 37.

⁴¹ Blecher, Jens/Wiemers, Gerald (Hrsg.): *Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten 1945 bis 1955. Von der Universität in den GULAG. Studentenschicksale in sowjetischen Straflagern 1945 bis 1955, (= Veröffentlichung des Universitätsarchivs Leipzig, Bd. 5), 2. durchgesehen u. erweiterte Aufl. Leipzig 2005, S. 47.*

stand der Mehrzahl aller Studenten der Universität Leipzig zu brechen und alle wahrhaft demokratischen Regungen noch mehr zu unterdrücken.“ Couragiert wurde weiter festgestellt: „Wir freiheitlichen Studenten nehmen von diesem neuen Willkürakt mit lodernder Empörung Kenntnis und erklären, dass wir alle Akte grausamer Verschleppung, gewaltsamer Unterdrückung und Freiheitsberaubung auf das schärfste verurteilen!“ Und an die Adresse der SED gewandt hieß es: „Allen Kommilitonen aber, die aus egoistischen Gründen, aus Verblendung, aus Unwissenheit oder „Idealismus“ der SED beigetreten sind, rufen wir zu: Denkt nach über die Versprechungen, die man Euch macht, denkt nach über die hinter uns liegende Zeit der Nazi-Diktatur! Vergleicht die Terrormethoden von einst und jetzt!“⁴²

Natürlich änderte das nichts am nun eingeschlagenen Kurs unnachsichtiger, politischer Repression. Schon am 18. November 1948 wurde Rektor Friedrich zusammen mit dem 2. Vorsitzenden des Studentenrats zur sowjetischen Kommandantur bestellt, wo ihnen mitgeteilt wurde, dass „an der Universität Vorkommnisse geschehen seien, welche die schärfste Missbilligung der Kommandantur hervorriefen. Es sollte unbedingt dafür gesorgt werden, dass derartige Dinge nicht wieder geschehen.“⁴³ Gemeint war nicht die Verhaftung, sondern die LDP-Hochschulgruppe. Über den Verbleib von Wolfgang Natonek und der übrigen Studenten erhielten sie keinerlei Auskunft. Die erste und einzige Nachricht, welche über den Verhafteten veröffentlicht wurde, erschien erst am 21. Februar 1949 im Presseorgan der SMAD, der „Täglichen Rundschau“, mit der dürren Information, dass der Student Wolfgang Natonek wegen illegaler Verbindung zu westlichen Stellen zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sei.⁴⁴ Tatsächlich erfolgte seine Verurteilung aber erst am 30. März 1949!

Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Ereignisse verliefen die Wahlen zum Leipziger Studentenrat am 9. Dezember 1948 im Sinne der SED. Ohnehin hatte der SED-Landesvorstand beim sächsischen Volksbil-

42 Vgl. *Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945-1955*, S. 115 (zit. nach Faksimile).

43 Zit. nach Böttger (Hrsg.), *Hans Natonek – Wolfgang Natonek, Briefwechsel*, S. 36.

44 Vgl. *Ebenda*.

dungsministerium schon zuvor eine Änderung des Wahlstatuts erwirkt, der zufolge die Fakultäten nur noch jeweils drei Vertreter stellen durften. Das verschaffte der SED den Vorteil, dass die großen Fakultäten, die von ihr und der FDJ als „bürgerlich“ eingeschätzt wurden, nun erheblich weniger Kandidaten in den Studentenrat entsenden durften.

Nach der Verhaftung Natoneks⁴⁵ (20. November 1948) war die Hochschulgruppe der LDP mit ihren rund 600 Mitgliedern umgehend aufgelöst wurden und den Studenten unter ihnen, die bisher Stipendien bezogen, wurden diese aberkannt, was für viele faktisch das Ende des Studiums bedeutete. Nur einen Tag nach der Verhaftung Natoneks hatte auch Gerhard Schulz erfahren, „dass mein Stipendium vollkommen gestrichen worden ist. Als Begründung wurde angegeben, dass meine Tätigkeit im Studentenrat im Dienste der Spaltung gestanden habe.“⁴⁶ Der seit Mitte Oktober 1948 im Amt befindliche Kurator der Universität, ohnehin nur ein Handlanger der Partei, verbot darüber hinaus vier bürgerlichen Studenten die Kandidatur zum Studentenrat, für die ausnahmslos SED-Mitglieder nachrückten.⁴⁷

All das zeigte die erwünschte Wirkung, wie Gerhard Schulz in seinem Tagebuch festhielt, war „die Zahl der Verhaftungen doch über das Wochenende erneut gestiegen. Kein Wunder, dass sich allmählich zunehmende Depression in der Studentenschaft bemerkbar macht. Die alte Kampffront beginnt abzubröckeln, obwohl es offensichtlich ist, dass die augenblickliche Aktion sich lediglich gegen die LDP richtet.“⁴⁸ Nun erhielt die SED mit 16 von insgesamt 27 Sitzen endlich die absolute Mehrheit im Studentenrat.⁴⁹ Damit hatte der Studentenrat als demokratisch gewähltes Gremium aufgehört zu existieren, obwohl er gerade in der Zeit vom Februar 1947 bis November 1948 eine enorme politisch-demokratische Vitalität ent-

45 Siehe: *Faksimile: Haftbefehl Wolfgang Natoneks*, in: *Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945-1955*, S. 116.

46 Wengst (Hrsg.), *Gerhard Schulz*, S. 187; *Tagebucheintrag vom 13.11.1948*.

47 Vgl. hierzu im Einzelnen: *Thüsing, Studentenrat*, S. 519f.

48 Wengst (Hrsg.), *Gerhard Schulz*, S. 187; *Tagebucheintrag vom 15.11.1948*.

49 *Das Wahlergebnis hinsichtlich der bürgerlichen Studentenvertreter kann nicht mehr eindeutig rekonstruiert werden; nach unterschiedlichen Angaben erhielt die CDU entweder sechs oder acht Sitze, die LDP zwei oder drei Sitze, Parteilose einen bzw. zwei Sitze; vgl. ebenda, S. 520, Anm. 127.*

faltet hatte – mit zunehmender Bedeutung und Wirkung über die Leipziger Universität hinaus. Allerdings war er gerade auch deswegen zum Stein des Anstoßes für die SMAD und die SED geworden. Dass die brachialen Maßnahmen, wie beabsichtigt, einschüchternde Wirkung zeigten, kam in einer Erklärung zum Ausdruck, die Rektor Friedrich und der 2. Vorsitzende des Studentenrates gemeinsam herausgaben; dort hieß es: „Rektor, Senat und Studentenrat der Universität haben mit wachsender Sorge von dem verantwortungslosen Treiben einzelner Gruppen Kenntnis genommen, die in den letzten Wochen das friedliche Einvernehmen der aufbauwilligen demokratischen Kräfte und das Verhältnis vertrauensvoller Zusammenarbeit der Universität mit der Besatzungsmacht zu stören versuchen. Gewiss ist diese offenkundig im Dienste außenstehender Kräfte in die Öffentlichkeit getragene Hetze das Werk verantwortungsloser Einzelgänger und daher von vorneherein zum Scheitern verurteilt.“⁵⁰ Dass dies eine völlige Verunglimpfung Natoneks und der LDP-Hochschulgruppe darstellte und die Tatsachen auf den Kopf stellte, muss kaum hervorgehoben werden. Ganz eindeutig hatte sich auch das Rektorat inzwischen dem Druck gebeugt. Zudem erließ das Ministerium für Volksbildung in der DDR bereits am 30. Dezember 1949 eine neue Wahlordnung für studentische Vertretungen, in denen die Wahlausschüsse für die Kandidatenaufstellung nur noch aus Vertretern der Massenorganisationen bestanden. Schließlich beschlossen die Vorsitzenden der Studententräte in der DDR am 1. August 1950 die Auflösung der Räte, zumal deren Aufgaben nun von den Hochschulgruppen der FDJ übernommen wurden.⁵¹ Jedwede politische Opposition war zu diesem Zeitpunkt an den Universitäten der DDR nur noch im Geheimen möglich, was im übrigen inzwischen für die gesamte DDR galt.

Wolfgang Natonek durchlitt inzwischen das Schicksal tausender politisch Verfolgter in der SBZ/DDR. Zunächst in ein Gefängnis des Narodny Kommissariat Wnutrennich Del (NKWD) in Dresden gebracht, fiel es der

⁵⁰ *Faksimile: Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945-1955, S. 114.*

⁵¹ *Vgl. Thüsing, Studentenrat, S. 520f.*

sowjetischen Besatzungsmacht schwer, ihm ein „strafwürdiges“ Vergehen anzulasten. Wie üblich wurden die Verhöre nachts durchgeführt, um die Inhaftierten physisch und psychisch zu zermürben. Das bewegte sich nicht nur an der Grenze zur Folter, tatsächlich wurde dabei auch häufig systematisch gefoltert. Schließlich führte ein Zufall zur erwünschten „Begründung“ einer Straftat: In einem vertraulichen Gespräch hatte ein Bekannter, der inzwischen wegen angeblicher Spionage verurteilt worden war, Natonek gegenüber geäußert, dass auf der Leipziger Messe weniger Aussteller vertreten gewesen seien, als offiziell seitens der SED verkündet worden war. Zudem hatte er von Natonek eine vergünstigte Berechtigung für Bahnfahrten erhalten.⁵² Das bedeutete für den NKWD die Unterlassung einer Anzeige sowie die Begünstigung von Spionagetätigkeit, worauf Natonek von einem Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde.⁵³ Das Urteil basierte auf dem berühmterbüchtigten § 58 des Strafgesetzbuches der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR), nach dem bereits Millionen von sowjetischen und anderen Staatsbürgern verurteilt wurden. Es entbehrte jeglicher rechtlichen Grundlage, das Prozessverfahren selbst war eine Farce. Daher war es auch nicht überraschend, dass die oben genannte Notiz in der „Täglichen Rundschau“ über Natoneks bereits erfolgte Verurteilung schon am 21. Februar 1949 erschien, obwohl das „Urteil“ selbst erst fünf Wochen später, am 30. März 1949 verkündet wurde.

Jahre danach schilderte Natonek in einem Brief an seinen in die USA emigrierten Vater erstmals die Umstände seiner Verhaftung und Verurteilung: „Zu meiner Inhaftierung: die wirklichen Gründe waren rein politischer Natur. Es war, vom Standpunkt des SED-Systems gesehen, untragbar, dass die Führung der Studentenschaft der größten mitteldeutschen Universität noch länger in nicht-kommunistischer Hand lag. Wir waren damals keineswegs blinde oder fanatische Gegner des bolschewistischen Systems. Aber wir fühlten uns aufgerufen, offensichtliches Unrecht – zum

⁵² Es handelte sich vermutlich um Dieter Rackwitz, der aller Wahrscheinlichkeit nach später hingerichtet worden ist; vgl. Böttger (Hrsg.): Hans Natonek – Wolfgang Natonek, Briefwechsel, S. 52, Anm. 66.

⁵³ Vgl. Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945–1955, S. 16.

Beispiel böswillige Verleumdung von Professoren, die nie dem nazistischen Regime Unterstützung gewährt hatten – oder die gewaltsame Infiltration ausschließlich marxistischen Gedankenguts in die Universität zu verhindern. Zulassungsbestimmungen zum Studium, Lehrplangestaltung, Stipendienverteilung usw. waren damals heißumstrittene Fragen, ebenso Freiheit von Lehre und Forschung und die Frage der demokratischen Um-erziehung der akademischen Jugend. Zur Bestürzung der SED, die monatelang zuvor gegen uns heftig intrigiert hatte, wurde ich im Dezember 1947 von einer überwältigenden Mehrheit wiedergewählt. Als man mich im Herbst 1948 festnahm, wussten die sowjetischen Vernehmungsoffiziere eigentlich nichts Rechtes mit mir anzufangen. Man ‚suchte‘ nach Gründen. Da unser Wirken legal war, fiel es schwer, etwas zu finden. Schließlich wurde ich, nach vielen Monaten in GPU-Kellern, beschuldigt, einen ehemaligen Kommilitonen nicht angezeigt (!) zu haben, der angeblich wirtschaftliche Meldungen nach Westdeutschland weitergegeben hatte. (Natürlich hatte ich ihn nicht angezeigt, und hätte es auch nicht getan, wenn ich etwas davon gewusst hätte.) Das reichte aus, um mich zu 25 Jahren Zwangsarbeit zu verurteilen. Ich war glücklich, dass es gelang, anderen Kameraden der Studentenführung, die stark gefährdet waren, ein gleiches Schicksal zu ersparen. (...) Du siehst, von ‚handfesten Terrorakten‘ war nicht einmal bei den Russen die Rede. Man hatte mich ‚unschädlich‘ gemacht, ein ‚Fall‘ war konstruiert, wobei es allerdings seltsam war, dass man sich mit einer solchen Bagatelle begnügte (denn ich habe Hunderte von Fällen erlebt, wo Menschen die nie mit einem Amerikaner zusammengekommen waren, sich selbst der unwahrscheinlichsten Spionage beschuldigten, nur um der Qual physischer und psychischer Zermürbung ein Ende zu bereiten) – aber schließlich reichte ja auch die ‚Unterlassung einer Anzeige‘ aus, um mich für Jahre verschwinden zu lassen. Ich weiß, dass sich um die damaligen Vorfälle viele Legenden gebildet haben, die ich nun auf die – zuweilen ernüchternde – Wirklichkeit reduziere.“⁵⁴

⁵⁴ Böttger (Hrsg.): Hans Natonek – Wolfgang Natonek, Briefwechsel, S. 134f.

Was er in diesen knapp acht Jahren seiner Haft erlebte und erlitt, verschwieg er seinem Vater allerdings. Nach seiner Verurteilung wurde Natonek in das sowjetische Speziallager Bautzen, das berüchtigte „Gelbe Elend“, gebracht. In den völlig überfüllten Zellen mit ca. 7.000 bis 8.000 Gefangenen waren die hygienischen Umstände katastrophal, ebenso wie die medizinische Versorgung; zudem war die Ernährung durchweg völlig unzureichend. Typhus, Hungerödeme und Verwahrlosung waren daher eine häufige „Begleiterscheinung“.⁵⁵ Nach Überführung der durch die Sowjetischen Militärtribunale Verurteilten (sogenannte „SMT-Verurteilte“) in die Aufsicht der Volkspolizei Anfang 1950 wurden die Essensrationen noch einmal gekürzt, was zu zwei Hungerstreiks im März 1950 führte. Der zweite Streik am 31. März 1950 wurde von der Volkspolizei brutal niedergeschlagen, „Unterkünfte unter Wasser gesetzt, Wehrlose und Kranke niedergeschlagen, (die) mit zum Teil schweren Verletzungen bewusstlos liegen (blieben), die Haftanstalt Bautzen wurde von Hundertschaften umstellt.“⁵⁶ Erst zwei Jahre nach seiner Verhaftung, im November 1950, erhielt Christa Göhring, Wolfgang Natoneks Verlobte und spätere Ehefrau, die in unerschütterlicher Treue zu ihm hielt, erstmals die Erlaubnis, ihn zu besuchen; von da an war dies einmal im Vierteljahr jeweils für eine halbe Stunde möglich. Seine Überführung von Bautzen in die Haftanstalt Torgau, ebenfalls zuvor ein sowjetisches Speziallager, im Mai 1951 führte keineswegs zu einer Verbesserung der Haftbedingungen, vielmehr wurden diese noch einmal durch weitere Schikanen verschärft (Sträflingskleidung, eingeschränkter Postverkehr). Immerhin wurde seine Haftzeit auf acht Jahre verkürzt. Doch zu den zwei großen Amnestien im Jahre 1954, zum ersten Todestag Stalins und dem 5. Jahrestag der Gründung der DDR, gehörte er nicht. Schließlich führten mehrere Gnadengesuche am 10. März 1956 zu seiner Entlassung. Nach Leipzig zurückgekehrt,

⁵⁵ Siehe hierzu detailliert: Liebold, Cornelia/Pampel, Bert (Bearb.): *Hunger – Kälte – Isolation. Erlebnisberichte und Forschungsergebnisse zum sowjetischen Speziallager Bautzen 1945–1950*, Dresden 1997; sowie Liebold, Cornelia (Bearb.): *Kassiber aus Bautzen. Heimliche Briefe von Gefangenen aus dem sowjetischen Speziallager 1945–1950*, Dresden 2004.

⁵⁶ Vgl. Böttger (Hrsg.): *Hans Natonek – Wolfgang Natonek, Briefwechsel*, S. 41.

heiratete er zwei Wochen später seine Verlobte. Da er jedoch als Staatenloser entlassen worden war, verlangten die Behörden der DDR von ihm eine „befristete und ständig neu einzuholende Aufenthaltsgenehmigung“.⁵⁷ Somit widerfuhr ihm ein Schicksal, das schon sein Vater unter den Nationalsozialisten erlitten hatte. Aufgrund dessen konnte Wolfgang Natonek die Absicht, sein Studium in Leipzig abzuschließen, nicht umsetzen. Natonek stieß im übrigen auch bei Hans Mayer auf völliges Unverständnis für seine Lage, als er ihn in einem Gespräch darum bat, sich dafür einzusetzen, sein Studium fortsetzen zu können: „Seine (Hans Mayers) Worte habe ich noch sehr deutlich in Erinnerung, nicht weil sie mich verbittert haben, sondern weil ich sie schon wieder komisch fand: Wir ziehen einen Schlusstrich. Sie ziehen einen Schlusstrich unter das Kapitel. Unser Angebot ist: Sie bleiben in der DDR. Sie gehen nach Berlin. In Berlin wird etwas für sie getan. Unter einer Bedingung: Sie dürfen nicht den Eindruck erwecken, ein Märtyrer zu sein.“⁵⁸

Angesichts solcher Auspizien und Umstände zog Wolfgang Natonek es im Juni 1956 vor, mit seiner Frau nach Göttingen zu „fliehen“, das sich zunehmend zu einem Zentrum von Studenten entwickelt hatte, welche die SBZ/DDR aus den verschiedensten, meist jedoch politischen Gründen hatten verlassen müssen. Inzwischen 37 Jahre alt, konnte er an der dortigen Universität sein Studium der Germanistik und Philosophie fortsetzen und 1962 mit ausgezeichnetem Ergebnis abschließen. In Göttingen bleibend, wurde er Lehrer am dortigen Max-Planck-Gymnasium bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1984.

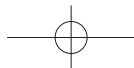
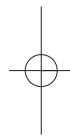
Zweifellos markierte Natoneks Verhaftung im November 1948 eine Zäsur in der Geschichte der Universität Leipzig, denn von nun an konnte es keinen Zweifel daran geben, dass es für die sowjetische Besatzungsmacht, zusammen mit den Kadern der SED, kein Pardon mehr gab, sie

⁵⁷ Vgl. Ebenda, S. 41–47.

⁵⁸ Ebenda, S. 45f. (Zit. nach Jürgen Serke, *Böhmische Dörfer. Wanderungen durch eine verlassene literarische Landschaft*, Wien 1987, S. 129). Auch Gerhard Schulz' Urteil über Mayer fällt mit: „Der lebendige kleine und eitle Mann“ kaum günstiger aus; vgl. Wengst (Hrsg.), *Gerhard Schulz*, S. 238; Tagebucheintrag vom 5.2.1950.

vielmehr ganz bewusst massive Repressionsmaßnahmen durchführte, um vor weiterer politischer Opposition abzuschrecken. Schon verbale Kritik konnte gefährlich werden. Natoneks demokratische Grundüberzeugung, die nicht zuletzt aus dem persönlichen Erleben und Erleiden der NS-Diktatur resultierte, ist indes bis heute von bleibendem Wert: „Wenn ich eine Schlussfolgerung aus der schlimmen Zeit des Nationalsozialismus ziehen wollte“, so seine innerste Überzeugung, „in der ich, Sohn des emigrierten Schriftstellers Hans Natonek, als ‚staatenlos‘ eingestuft war und mit meiner Mutter bittere Not litt, dann war es die, Zivilcourage zu zeigen, damit sich so etwas oder ähnliches nicht wiederholt. Aber Zivilcourage, das war mir klar, konnte ich nicht von anderen, sondern nur von mir selbst fordern.“⁵⁹

59 Schulte, *Der Fall Natonek*, S. 5.



Selbstvergessene Elite?

Der StudentInnenRat der Universität Leipzig seit 1989

Bastian Lindert

Wolfgang Natonek sollte man in Leipzig kennen. Schließlich ist er nicht nur Thema der Belter-Dialoge 2010, sondern auch Namensgeber des Preises, den die Vereinigung der Freunde und Förderer der Universität Leipzig e.V. seit 1996 für hervorragende Leistungen und besonderes gesellschaftliches Engagement für die Universität verleihen. Zudem müsste die Erinnerung an ihn die aktuelle Generation der Studierendenvertreterinnen und -vertreter stark beeindrucken, vielleicht sogar als Leitbild dienen. Der Vorsitzende des Studentenrates von 1947 und 1948 ist höchst engagiert für den demokratischen Wiederaufbau der Universität eingetreten und hat sich vehement gegen die Bevorzugung bestimmter Gruppen verwahrt. Das oft zitierte Wortspiel von der nichtarischen und nichtproletarischen Großmutter¹ ist angesichts der Umstände in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bemerkenswert und Ausdruck einer Überzeugung, die sich vor allem aus Natoneks Biographie speist. Der Ausgrenzung und Flucht des Vaters 1937 sowie der daraus folgenden unsicheren Lebenslage der ganzen Familie folgt die Ausgrenzung des

¹ „Wenn ich sage, wir befürworten ein Arbeiterstudium, so heißt das nicht, dass die soziale Herkunft unbedingt ein ausschlaggebender Faktor sein soll. Es gab einmal eine Zeit, in der der verhindert war zu studieren, der eine nichtarische Großmutter hatte. Wir wollen nicht eine Zeit, in der es dem verhindert wird zu studieren, der nicht über eine proletarische Großmutter verfügt.“ *Aus der Rede Natoneks vom 24. Oktober 1947 auf dem LDP-Landesparteitag in Bad Schandau. Vgl. Thüsing, Andreas: Der Leipziger Studentenrat 1947–1948, in: Hehl, Ulrich von: Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952 (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe A, Bd. 3), Leipzig 2005 (im folgenden: Thüsing, Studentenrat), S. 516.*

Sohnes erst in der NS-Zeit, dann in der SBZ und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).² Für seine Haltung hat Natonek in den acht Jahren in Bautzen einen hohen Preis zahlen müssen. Angesichts seiner Lebensgeschichte und seines Verhaltens könnte man meinen, dass sich die heutigen Studierendenvertreter in besonderer Weise für diese Person interessieren müssten. Tun sie aber nicht. Natonek ist in der Studierendenschaft eher unbekannt. Im Rahmen des Jubiläums ist er in Publikationen der Universität aufgetaucht³ und wird jedes Jahr zur Immatrikulationsfeier erwähnt, wenn der genannte Preis übergeben wird. Ansonsten wird die „Causa Natonek“ von der jüngeren Generation für wenig relevant gehalten.

Das hat sicherlich eine Reihe von Gründen – von Geschichtsvergessenheit bis zu allgemeinem Desinteresse. Eine gravierende Ursache liegt aber darin, dass sich die beiden Institutionen, Studentenrat (StuRa) von damals und heute, nicht nur im Namen unterscheiden. Der StudentInnen-Rat der Universität Leipzig, der 1989 als erste frei und geheim gewählte Studentenvertretung in der DDR gegründet wurde, steht nicht in der Tradition des letzten freigewählten Studentenrates der SBZ von 1947/48. Zum einen spielen parteipolitische Orientierungen in der heutigen Institution viel weniger eine Rolle als in der SBZ. Zum anderen sind im Rahmen der Gründung 1989 keine Bezüge zur Vorgängerorganisation erkennbar. Weder in den Akten aus der Frühzeit noch aus Gesprächen mit den Gründern lassen sich Hinweise auf die Zeit vor 1950 finden. Angesichts der allgemeinen Verhältnisse in der DDR sowie der besonderen Vorkommnisse Ende der 1940er Jahre, wie etwa der Verhaftung Natoneks und einiger seiner Kommilitonen sowie der Manipulation der Wahlen 1948, ist eine Kontinuität über den totalitären Staat hinweg auch schwer vorstell-

² Ausführlich zum Lebenslauf von Vater und Sohn im Vorwort sowie aus den Briefen: vgl. Böttger, Steffi: *Hans Natonek – Wolfgang Natonek. Briefwechsel 1946–1962*, Leipzig 2008, S. 7-53.

³ 2008 wird Natonek in der Schriftenreihe „Jubiläen“ anlässlich des 60. Jahrestages seiner Verhaftung (12. November 2008) vorgestellt. Vgl. *Rektor der Universität Leipzig (Hrsg.): Jubiläen 2008. Personen, Ereignisse, Leipzig 2008*, S. 77–81.

bar. Somit ist der StuRa von 1989 als eine Neugründung zu verstehen, auch wenn sich die konkreten Aufgaben gleichen. Die Aufgaben von damals und heute lassen sich als Förderung des Studiums und des kulturellen Lebens sowie Verbesserung der materiellen Lage der Studierenden zusammenfassen. Die Herausforderungen der Nachkriegszeit und der Friedlichen Revolution sind sich also ähnlich. Somit stellt die studentische Selbstverwaltung – verstanden als Gestaltung der unmittelbaren Lebenssituation von Studierenden an ihrer Hochschule – eine zeitlose Aufgabe und Herausforderung für die Studierenden dar.

GRÜNDUNG DES STURA

Diese Herausforderung nahmen die Studierenden 1989 unter einer ähnlichen Bedrohungslage in Angriff, wie seinerzeit Natonek. Repressionen waren zu befürchten, die Erfahrungen damit nach 40 Jahren real-existierendem Sozialismus sehr real. Die Sorge vor einer „chinesischen Lösung“ spukte auch den Studierenden dieser Zeit in den Köpfen herum.⁴

Allerdings hatte die Identifikation mit dem System bei den DDR-Studierenden im Vergleich zu den Vorjahren bereits extrem abgenommen, so dass ein gewisses Reform- oder Aktions-Potential vorhanden war. Die Studierenden stürmten jedoch nicht voran, sondern verhielten sich – ebenso wie die gesamte Hochschule – zunächst sehr zurückhaltend und abwartend. Erst unter dem Eindruck des 9. Oktobers nahmen die Veränderungen innerhalb der Karl-Marx-Universität an Fahrt auf. In der Hochschule waren die Studierenden die erste Gruppe, welche die bestehenden Strukturen – insbesondere das Vertretungsmonopol der Freien Deutschen Jugend (FDJ) – ändern wollten.⁵ In einer Koordinierungsgruppe wurden

⁴ Vgl. Behrens, Jens: „Lebenssinn und konkrete Hoffnung“, in: Lindner, Bernd/Grüneberger, Ralph (Hrsg.): *Demonteure. Biographien des Leipziger Herbst, Bielefeld 1992* (im folgenden: Behrens, Biographien), S. 229.

⁵ Pasternack, Peer: *Die StuRa-Story. Studentische Interessenvertretung in Ostdeutschland seit 1989*, in: Pasternack, Peer/Neie, Thomas (Hrsg.): *stud.ost 1989–1999. Wandel von Lebenswelt und Engagement der Studierenden in Ostdeutschland, Leipzig 2000* (im folgenden: Pasternack, *StuRa-Story*), S. 30.

erste Diskussionen über eine Alternative zu diesem Monopol geführt. Zwar wurden auch diese Vorgespräche von der Staatssicherheit ausspioniert, die Studierenden blieben aber unbehelligt. An der zweiten Veranstaltung am 17. Oktober nahmen bereits Studierende aller Sektionen teil. Das neue Modell der studentischen Selbstverwaltung wurde am 23. Oktober erstmals vorgestellt. Und schon auf der ersten und konstituierenden Sitzung des StuRa wurde es von den demokratisch gewählten SektionssprecherInnen angenommen.⁶ Das war am 9. November, dem Tag der Maueröffnung und nur einen Monat nach der Initialzündung des Vorhabens am 9. Oktober.

Die Leit motive der Gründerinnen und Gründer waren relativ einfach und klar:⁷

- Öffentlichkeit und damit Transparenz von Gremien und Entscheidungen,
- basisdemokratisches Entscheidungsmonopol,
- konsequente Sachorientierung in Abgrenzung zur FDJ, Begrenzung der Amtszeiten, um einem Funktionärswesen vorzubeugen.

Mit der Rätestruktur grenzten sich die Studierenden nicht nur zur FDJ ab, sondern ganz bewusst auch gegenüber dem westdeutschen Modell der studentischen Interessenvertretung, den Allgemeinen Studierendenausschüssen (AStA). Nach Meinung der damaligen Vertreter spiegelte sich im westdeutschen Modell die politische Kultur oder Unkultur des Landes wider, welche nicht erstrebenswert sei. Stattdessen sollten originär studentische Interessen vertreten werden, ohne jeglichen ideologischen Überbau.

⁶ Die Wahlen zu den Sektionssprechern und -sprecherinnen waren innerhalb kürzester Zeit organisiert worden. Vgl. zuletzt: Pasternack, Peer: Basisdemokratie mit Funktionären. Die StuRa-Gründung und der Uniumbau 1989ff, in: PoWision 2009, Heft 2, S. 64.

⁷ Dazu vor allem: Koordinierungsgruppe zur Gründung einer Studentenvereinigung an der Karl-Marx-Universität (KMU) Leipzig vom 25. Oktober 1989, in: StudentInnenRat der Universität Leipzig (Hrsg.): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Uni Leipzig zwischen Herbst 89 und Abwicklung (Textsammlung, unkommentiert), Leipzig 1991 (im folgenden: Eine Uni wendet sich), S. 13.

Gemäß dem basisdemokratischen Selbstbild sollten alle Studierenden der Universität ihre Vertretung legitimieren. Die Urabstimmung über das Modell fand vom 10. bis 17. Januar 1990 statt und brachte eine überwältigende Mehrheit für das Projekt StuRa: Auf die Frage, ob der StuRa die legitime Interessenvertretung für die Studierenden sein sollte, antworteten 93 % mit Ja, die Satzung wurde von 72 % bestätigt. An der Abstimmung beteiligten sich 73 % der 8.800 stimmberechtigten Studierenden,⁸ prozentual so viele wie seither nie wieder.⁹ Damit war das Modell beschlossen. Entscheidende Weichen waren aber bereits vorher gestellt worden. Am 7. November hatte es Gespräche zwischen dem Rektorat und der Koordinierungsgruppe gegeben, welche die Gründung vorbereiten sollte. Danach erhielt der StuRa vom damaligen Rektor Horst Hennig den Status eines „Experiments mit Verbindlichkeiten“. Mit dieser Aussage wurde der StuRa als Interessenvertretung der Studierenden anerkannt und damit Verhandlungspartner des Rektorates.¹⁰ Der StuRa konnte demnach seine Arbeit aufnehmen.

Kontakte zur FDJ bestanden weiterhin, da sie rein formal noch die studentische Vertretung innehatte. Nach gemeinsamen Beratungen veranstalteten beide Institutionen einen Universitätstag am 13. Dezember 1989. Auf dieser Veranstaltung, auf der ursprünglich über eine Reform der FDJ abgestimmt werden sollte,¹¹ wurden letztlich dem StuRa die bisherigen Kompetenzen der FDJ inklusive der finanziellen Mittel übertragen. Damit war die neue Institution auch wirtschaftlich handlungsfähig. Hinzu kamen Ausstattungsgegenstände, die durch Westkontakte den Weg nach Leipzig

8 *Ergebnis der Urabstimmung vom 18. Januar 1990 (Archiv StuRa). Die Auswertung enthält neben der Gesamtauswertung auch die Auswertung nach Sektionen.*

9 *Die Wahlbeteiligung an den Fachschaftsratswahlen lag 2009 bei 22,6 %. Seit 1993 (Beginn der Dokumentation durch das Wahlamt der Universität) ist die Beteiligung nie über 25 % gestiegen. Vgl. Fochtmann, Daniel/Mitterle, Alexander: Krisensymptome – Demokratiesymptome, in: PoWision 2009, Heft 2, S. 86–92.*

10 *4. Info der 2. Koordinierungsgruppe zur Gründung des Studentenrates der KMU vom 8. November 1989, in: Eine Uni wendet sich, S. 15.*

11 *Gemeinsame Erklärung von Studentenrat und FDJ-Kreisleitung der KMU, ohne Datum (Archiv StuRa).*

fanden (z.B. eine Kopiermaschine) und den StuRa in die Lage versetzten, Positionen auch durch eigene Flugblätter zu verbreiten. In einer Vereinbarung mit der Universität vom 21. Februar 1990 wurden schließlich Aufwandsentschädigungen und Stellen, die auf den StuRa übergingen, festgelegt, sowie die Räume der FDJ übergeben.¹²

Damit war die Gründung der Institution StuRa weitgehend abgeschlossen, auch wenn Mitspracherechte weiterhin eingefordert und durchgesetzt werden mussten. Innerhalb von fünf Monaten hatten die Studierenden – sicherlich im Kontext der Friedlichen Revolution und damit einer allgemeinen institutionellen Neuorientierung und Verunsicherung, aber dennoch aus eigener Kraft – ein eigenes Modell ihrer Interessenvertretung entwickelt, aufgebaut, legitimiert und arbeitsfähig gemacht. Das ist als beachtliche Leistung zu werten, da es sich zum einen um eine ergebnisoffene Situation handelte, in der es keine Garantie für den Erfolg gab. Zum anderen, weil sich die Studierenden ohne wirtschaftlichen Anreiz an die Arbeit machten, also ehrenamtlich tätig waren. Für einige der Beteiligten ermöglichte die Arbeit nicht mehr als zwei bis drei Stunden Schlaf pro Nacht.

Die Motivation für dieses überbordende Engagement speiste sich aus dem Wunsch nach einer Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Damit war aber nicht automatisch die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland (BRD) gemeint. Vielmehr sollte eine Reform der Hochschule im Rahmen der DDR begonnen werden, in Form eines Dritten Weges. Einer der Gründer erinnerte sich, dass man sich von „Zwängen der Alternativlosigkeit gerade erst befreit habe“.¹³ Damit war aber bereits ein Missverständnis zwischen dieser Gruppe der Studierenden und einem Teil der Leipziger Bevölkerung angelegt, die auch zu Konfrontation führte.¹⁴

¹² Protokoll zur Übernahme der Rechte und Pflichten durch den Studentenrat vom 21. Februar 1990 (Archiv StuRa).

¹³ Behrens, *Biographien*, S. 246.

¹⁴ So am Rande einer Großdemonstration der Deutschen Sozialen Union (DSU) am 18. Februar 1990, an der auch Theo Waigel und Eberhard Diepgen teilnahmen. Parallel hatten die Studierenden unter dem Titel „Grenzen-lose Zukunft statt nationaler Vereinigung“ zum „2. DDR-BRD-StudentInnenkongreß“ vom 16.–18. Februar nach Leipzig geladen. Vgl. auch: *Eine Uni wendet sich*, S. 24–28.

In der Rückschau diagnostizieren die Aktiven der Zeit einen nur sehr kurzen Zeitraum von vier bis fünf Monaten, in denen die gesellschaftlichen Akteure große Gestaltungskraft und die Studierenden an der Universität besonderen Einfluss hatten. Einem Ehemaligen scheint es in der Rückschau, als habe das Rektorat Anfang 1990 „keine Rolle Klopapier“ ohne die Zustimmung des StuRa gekauft.

Innerhalb der Universität ging es zu dieser Zeit hoch her, gegenseitige Verdächtigungen über Systemverstrickungen, Streit um Demokratie, Struktur und Transparenz usw. schlugen hohe Wellen und die Studierendenvertreter waren mitten drin und übten sich in Kritik.¹⁵ Allerdings fiel bereits hier auf, dass die Anzahl der Personen, welche die neugewonnene Gestaltungsfreiheit innerhalb der Universität nutzen wollten, recht schnell zurückging. Es blieben eine Handvoll Leute übrig, die versuchten den Aufgaben und Anforderungen gerecht zu werden.¹⁶ In der neuen Freiheit war das Engagement an der Hochschule plötzlich nur noch ein Teil einer Lebenswelt, in der sich an allen Ecken und Enden neue Möglichkeiten und Angebote auftaten. Bis heute ist die Anzahl der Personen, die im StuRa aktiv mitarbeiten, überschaubar geblieben.

Auch wenn die neuen Landesgesetze noch nicht geschrieben waren – das Sächsische Hochschulgesetz trat erst 1993 in Kraft¹⁷ – hatte sich der StuRa etabliert und nahm die Interessenvertretung an der Universität Leipzig wahr. Der Alltag der Studentischen Selbstverwaltung und der hochschulpolitischen Interessenvertretung begann mit allen damit verbundenen Höhen und Tiefen.

¹⁵ Eine umfangreiche Dokumentation zu den Tätigkeiten des StuRa und der Studentenvertretungen und zu den Ereignissen Anfang der 1990er Jahre findet sich in *Eine Uni wendet sich* (Vgl. Anm. 7) und im *Reader des StuRa zur Abwicklung 1990*. Weitere Betrachtungen zu dieser Zeit finden sich in dem Sammelband *stud.ost* (vgl. Anm. 5) sowie in der vom StuRa verlegten Zeitschrift *hochschule ost* (heute: *die hochschule*).

¹⁶ Vgl. auch: Pasternack, *StuRa-Story*, S. 34–35, S. 52–53.

¹⁷ Zur Entwicklung der sächsischen Hochschulgesetzgebung vgl. Franz, Anja/Burkhardt, Anke: *Gesetzliche Grundlagen. Die Hochschulgesetze der ostdeutschen Länder im Vergleich*, in: Pasternack, Peer (Hrsg.): *Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost, Leipzig 2007*, S. 49–78, hier S. 75/76.

RAHMEN UND TÄTIGKEITEN DER STUDENTISCHEN SELBSTVERWALTUNG

Nach dieser relativ detaillierten Darstellung der Gründung soll es im Folgenden vor allem um die Rahmenbedingungen für studentische Selbstverwaltung, deren Tätigkeitsfelder und die Entwicklung des StuRa gehen.¹⁸

Der StuRa besteht und handelt im Rahmen der Universität Leipzig. Universitäten sind Institutionen in der Gesellschaft, die nach speziellen Regeln funktionieren und sich autonom organisieren. Die Freiheit von Forschung und Lehre, die akademische Selbstverwaltung, Hierarchie und Rituale sowie das gesellschaftliche Ansehen der Institution gehören zu den Besonderheiten. Leipzig ist zudem eine Universität die aus vier Gruppen besteht, von denen die Studierenden zwar quantitativ die größte Gruppe darstellen, nicht aber in Sachen Einfluss und Mitsprache. Daneben ist die Studierendenschaft nicht homogen,¹⁹ sondern setzt sich aus vielen jungen Leuten mit unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammen, die sich in unterschiedlichen Fächern mit den jeweiligen Fächerkulturen bilden und ausbilden lassen. Außerdem ist die Universität für den Großteil von ihnen lediglich eine Durchgangsstation, d.h. sie rechnen mit einem weiteren Wechsel des räumlichen wie gesellschaftlichen Umfeldes.

Dementsprechend findet studentische Selbstverwaltung unter erschwerten Bedingungen statt, von denen ich zwei herausheben möchte: Erstens sind Studierende Amateure in den Bereichen Selbstverwaltung und Interessenvertretung (mit Ausnahmen). Dennoch stehen sie in Dekanat, Rektorat, Ministerium und Landtag zumindest teilweise Politik- und Verwaltungsprofis gegenüber (mit Ausnahmen). Die Studierenden sind

¹⁸ Die folgende Darstellung ist angeregt durch einen Vortrag von Henning Schulze auf einem Treffen der sächsischen Studierendenschaften Ende April 2010 in Dresden.

¹⁹ Zur sozialen Zusammensetzung der Studierenden vgl. aktuell die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (<http://www.sozialerhebung.de/> [Zugriff: 31.05.2010]). Zur politischen Zusammensetzung vgl. Bargel, Tino: Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, BMBF (Hrsg.), Berlin 2008, besonders S. 13–20.

sowohl in kommunikativer Hinsicht wie auch in der Verfügbarkeit und Nutzung von Ressourcen meist unerfahren und damit unterlegen. Da es sich um ein zusätzliches, ein ehrenamtliches Engagement handelt, können diese Defizite auch zeitlich kaum kompensiert werden. Zweitens sind die Motive der aktiven Studierenden sehr verschieden. Die niedrige Einstiegsschwelle und das soziale Umfeld ziehen höchst unterschiedliche Typen an. Dazu gehören beispielsweise Personen, die eine politische Karriere vorbereiten, Idealisten, aber auch Personen, die einfach nur sozialen Anschluss suchen. Darf man den Organisationssoziologen glauben, so ist dies nicht ungewöhnlich. Somit kann die Institution StuRa in seinem Charakter sowie seinen Aufgaben und Zielen nicht als homogen eingestuft werden. In der Folge nehmen die Aktiven, in der Regel die Amtsträgerinnen und Amtsträger, den StuRa in einer Art Dauernotstand wahr, in der es ständig und an allen Ecken und Enden brennt. Dieses Gefühl dürfte allerdings jedem Ehrenamtlichen bekannt sein, der sich mit Kraft und Überzeugung für etwas einsetzt.

Formal ist der StuRa seit 1993 eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Universität. Er gehört also einerseits dazu, ist aber andererseits wirtschaftlich wie politisch weitgehend unabhängig. Gleichzeitig unterliegt er der Rechts- und Finanzaufsicht der Hochschule.²⁰ Die Organe der Studierendenschaft sind Fachschaftsräte und der StuRa. In der Regel werden in den Fakultäten oder Instituten Fachschaftsräte gewählt, aus deren Mitte Mitglieder mit freiem Mandat in das StuRa-Plenum entsandt werden. Die Anzahl der Entsandten hängt von der Größe der Fachschaft ab.²¹ Das StuRa-Plenum ist verbindendes Element und rechtssetzende Instanz, eine Konstante über die vergangenen 20 Jahre und das höchste Gremium der Studierendenschaft. Aus der Mitte des Plenums werden Amtsträgerinnen und Amtsträger gewählt, die über einen bestimmten Zeitraum diese Funktion wahrnehmen (früher ein halbes, jetzt ein ganzes Jahr).²² Oftmals

²⁰ SächsHSG vom 10. Dezember 2009 § 24 Abs. 2 und § 29 Abs. 3–5.

²¹ Ebenda § 25 und 26. Die genaue Verteilung der Sitzung regelt der StuRa in seiner Satzung selbst. Vgl. Satzung der StudentInnenschaft der Universität Leipzig vom 9. September 2009 (im folgenden: Satzung StuRa), § 20.

²² Vgl. Satzung StuRa, § 12 und 13.

und fälschlicherweise werden nur die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger als StuRa wahrgenommen. Noch in der Anfangszeit, während der Abwicklungsproteste 1990/91 hat sich der Begriff der „Etage“ eingebürgert. Gemeint waren diejenigen, die in den Räumen des StuRa in der 2. Etage des alten Hauptgebäudes tätig waren. Der Begriff drückte die Auffassung aus, dass es sich dabei um eine Funktionselite handelte, die dem alltäglichen Leben entrückt sei. Formal sind die Amtsträgerinnen und Amtsträger aber eher als die Exekutive des StuRa zu verstehen.

Um den aktuellen Anforderungen in Verwaltung und Hochschulpolitik zu genügen, hat der StuRa 1998 ein Ausschussmodell eingerichtet. Neben einem Haushaltsausschuss wurde ein Arbeitsausschuss gegründet. Die Ausschüsse sollten zum einen die kontinuierliche Arbeit zwischen den Sitzungen des Plenums sicherstellen und zum anderen bestimmte Inhalte vorbereiten. Die Entscheidungen und Empfehlungen sollten zudem die Sitzungen des Plenums erleichtern und entschlacken und gleichzeitig Raum für Diskussionen schaffen.²³

Zur Finanzierung seiner Aufgaben erhält der StuRa seit dem ersten Hochschulgesetz 1993 Beiträge der Studierenden, die mit dem Semesterbeitrag erhoben werden. Zuvor waren die AmtsträgerInnen und Mitarbeiter sowie der Etat über die Universität finanziert worden. Die Mittel unterliegen dem Gebot der sparsamen Haushaltsführung und sie dürfen nur so hoch sein, wie zur Erfüllung der Aufgaben notwendig ist. Gerade diese Formulierung im Gesetz führt immer wieder zu heftigen Debatten um den Einsatz und die Verwendung der Mittel wie auch den Umgang mit dem Semesterbeitrag.

Die Aufgaben und Arbeitsfelder der studentischen Vertretung sind im Grunde durch das Sächsische Hochschulgesetz vorgegeben: Hochschulpolitische Interessenvertretung, soziale Unterstützung, kulturelle und sportliche Angebote sowie politische Bildung.²⁴ Das Gesetz bot und bietet aber

²³ Vgl. *Vorschläge zur Neugestaltung der Struktur und Arbeitsweise der Studentischen Selbstverwaltung (SSV) an der Universität Leipzig vom 13. Juni 1996 (Archiv StuRa)*, S. 9–12.

²⁴ *SächsHSG § 24 Abs. 3.*

immer neue Spielräume. Unbestritten wurde und wird die Hochschulpolitik als wichtigstes Thema der studentischen Selbstverwaltung angesehen. Bereits in der Gründungszeit des StuRa in Leipzig galt die Hochschulpolitik als einer der wichtigsten Profilierungsbereiche. Prinzipiell beschäftigten sich die Studierenden mit allen die Hochschulen betreffenden politischen Bereichen wie zum Beispiel Finanzierung und Gesetzgebung, Hochschullandschaft, aber auch innere Hochschul-Organisation sowie inneruniversitäre Demokratie und Mitbestimmung. Proteste, Streiks und Demonstrationen sind die häufigsten und bekanntesten Ausdrucksformen, sie bilden eine Konstante im studentischen Handeln. In der Zeit des Umbruchs, in der die gesamte Hochschule in Bewegung war, betraf das vor allem den Bereich der „geistigen Erneuerung“, Ehrenerklärungen, Personalentscheidungen, Ende 1990 dann die Abwicklung. Seit den Abwicklungsprotesten sind in Leipzig vor allem die Bafög-Proteste 1995/96, der „Lucky Strike“ 1997 und der konstruktive Streik 2003/04 gut dokumentiert.²⁵ Trotz dieser Prominenz ist die Hochschulpolitik das am schwersten nachhaltig zu bearbeitende Themenfeld, weil es an Breite und Tiefe kaum zu bewältigen ist.

Von Beginn an betätigten sich die jungen Hochschulpolitiker und -politikerinnen in den neuen Bundesländern auch überregional – wohl wissend, dass nur eine möglichst große Vernetzung politische Schlagkraft mitbringen würde. Derartige Initiativen sind auf bundesdeutscher Ebene bisher immer gescheitert oder nur begrenzt wirkungsvoll gewesen. Der westdeutsche Studierendenverbund „Vereinigte Deutsche Studentenschaften“ (vds) war 1990 aufgrund interner Streitigkeiten zerbrochen. Auch die ostdeutsche Initiativen „Konferenz der StudierendenRäte“ von 1990 bis 1992 und das „Ostdeutsche Studierenden Treffen“ (OST) von 1996-2000 zerfielen wieder.²⁶ Besser verlief die Zusammenarbeit auf Länderebene im Rahmen der Konferenz Sächsischer Studentenschaften (KSS), die 1990 gegründet wurde (1993 im Gesetz) und durch welche die

²⁵ Vgl. vor allem die Beiträge von Pasternack, Bretschneider und Ehl/Schulze, in: *PoVision 2009, Heft 2. Dazu kommt ein großer, wenn auch ungeordneter Bestand im Archiv des StuRa.*

²⁶ Vgl. Pasternack, *StuRa-Story*, S. 40-43, S. 45-47, S. 49-52.

StudentInnenRäte bis heute zumindest landesweit aktiv werden konnten. Der Beitritt zum „Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften“ (fzs), der sich als „Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland“ versteht,²⁷ hat der Leipziger StuRa zwar mehrfach ange-dacht, aber aufgrund der hohen Kosten und der geringen Einflussnahme nicht realisiert.

Die Grundhaltung des StuRa war es immer auch eine Politik gegen Benachteiligung und Diskriminierung zu machen. Bereits in der Präambel der ersten Satzung von 1990 findet sich der Hinweis auf Antirassismusarbeit. Damit rückten immer wieder Minderheiten ins Zentrum des Interesses: Ausländische Studierende, Frauen, Homosexuelle, studentische Eltern und Behinderte. Darin spiegeln sich die sehr konkreten Bemühungen, die Lebens- und Studiensituation von speziellen benachteiligten Gruppen zu verbessern. Hinzu kamen Schwerpunkte, welche die Studierenden betrafen, aber auch gesellschaftliche Relevanz besaßen, zum Beispiel Ökologie und Verkehr oder nachhaltige Mobilität und Datenschutz. Diese Darstellung soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass jeder der obengenannten Punkte eine breite und meist auch lange Diskussion über die Arbeit, das Wesen und die Aufgaben der studentischen Selbstverwaltung nach sich zog. Kein neuer Schwerpunkt wurde ohne interne Diskussionen und Auseinandersetzungen beschlossen.

Obwohl der Hochschulpolitik von der Studierendenschaft immer wieder eine Vorrangstellung eingeräumt wurde, dürfen die kulturellen und sozialen Arbeitsfelder sowie das breite Serviceangebot des StuRa nicht ausgeblendet werden. Kulturell stellt der StuRa nicht nur für die Universität, sondern auch für die Stadt Leipzig eine Bereicherung da. Neben den kleineren Parties von StuRa und Fachschaftsräten wurden auch Großprojekte wie das Campusfest, die Internationale Studentische Woche und der Christopher-Street-Day auf den Weg gebracht und jährlich veranstaltet. Zudem bildet der StuRa eine Plattform für studentische Projekte und Vereinigungen, die einen institutionellen Rahmen brauchen, und betreibt nebenbei Kulturförderung. Der soziale Schwerpunkt knüpft an den Proble-

²⁷ Vgl. Homepage des Freien Zusammenschlusses von Studentinnenschaften (FZS) (http://www.fzs.de/ueber_uns/index.html [Zugriff: 21.05.2010]).

men und Herausforderungen des studentischen Alltags an. Bereits kurz nach dem Umbruch organisierte der StuRa die Kurzzeitbetreuung für Kinder im so genannten Kinderladen, ein Angebot das später an das Studentenwerk übergang. Genauso geht das Semesterticket auf eine Initiative des StuRa zurück und wird seit 1996 bis heute von diesem begleitet. Neben einer ganzen Reihe von Beratungsangeboten (Rechtsrat, Lebensberatung, Sozialberatung, studentische Studienberatung, Bafög-Beratung) spielt auch der Service, zum Beispiel der Campusservice (Kopierstube, Faxservice, Technik- und Materialverleih) eine große Rolle, auch wenn dieser von den Studierenden oft nicht als Angebot des StuRa wahrgenommen wird.

ENTWICKLUNGEN UND PROBLEME

Die Aktivität des StuRa zeigt sich unter anderem in dem dynamischen Ausbau seiner Struktur. Der gesetzliche Auftrag des Sächsischen Hochschulgesetzes (zum Beispiel Kultur und Sport) und das Alltagsgeschäft der Studentischen Vertretung (zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit und Finanzen) bilden die Kernanforderungen. Darüber hinaus zeichnet sich die strukturelle Entwicklung durch die Bereitschaft aus, ganz dezidiert neben den gesetzlichen Aufgaben immer wieder neue und eindeutig gesellschaftspolitische Ansätze zu verfolgen und an der Hochschule zum Thema zu machen. Die Gründung des Referates für Frauen- und Lesbenpolitik (1992) war ein solches Thema, welches sich in der Gesellschaft zu dieser Zeit erst langsam durchsetzte, an der Hochschule noch gar nicht auf der Tagesordnung stand.²⁸

Mit Ökologie und Verkehr (1997), Antirassismus (2004), nachhaltiger Mobilität und Datenschutz (beide 2009) folgten weitere Themen, die an der Universität von Bedeutung sind, aber über den Rahmen der Hochschule hinausragen. Damit zeichnet sich die Struktur des StuRa durch

²⁸ Vgl. Wagner, Suse: *Frau sein allein ist noch kein Problem. Studentinnen(politik) zwischen 1989 und 2000*, in: *stud.ost (wie Anm. 5)*, S. 74-81, zur Gründung besonders S. 74-76.

eine fortschreitende Differenzierung der Themenfelder in Form von Referaten aus, so dass heute 17 Referenten und Referentinnen inhaltlich tätig sind.

Gleichzeitig unterliegt die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung einem Zwang zur Spezialisierung und Professionalisierung. Die Erwartungen und Anforderungen von außen – zum Beispiel von Rektorat, Verwaltung, Öffentlichkeit – und von innen – zum Beispiel von Fachschaftsräten und Studierenden – fordern vom StuRa heute einen relativ hohen Grad an Professionalität und ein umfangreiches verwaltungstechnisches Wissen. Die Entwicklung bis zum heutigen Stand kann am besten anhand des Finanzreferates abgelesen werden, des einzigen „echten“ Verwaltungsreferates. Beim Vergleich zum Beispiel der Haushaltspläne von 1992 und 2009 fällt der Unterschied schon zahlenmäßig auf: Damals reichten sechs Seiten aus, der aktuelle Haushaltsplan umfasst 27 Seiten. Vor allem durch Druck von außen (Rechnungshof-Prüfungen 1998 und 2003 sowie die jährliche Prüfung der Innenrevision der Universität) sind die Anforderungen an die Finanzverwaltung gestiegen und damit auch an den oder die Finanzreferenten und -referentinnen. Da es sich bei den Mitteln des StuRa um öffentliche Mittel handelt, erfordert der Umgang mit ihnen auch von rechtlicher Seite Sorgfalt und Sparsamkeit. Der verantwortliche Umgang mit den Geldern der Studierenden wurde und wird zudem immer wieder heftig diskutiert und verlangt von den Amtsträgern und Amtsträgerinnen im StuRa und in den Fachschaftsräten ein umfangreiches finanztechnisches Fachwissen. Um diese und andere Anforderungen erfüllen zu können, werden in der neueren Zeit Schulungen durch den StuRa angeboten. Fachschaftsarbeit, Finanz-Einweisung, Senats-Schulung und Workshops zur Arbeit in der Studienkommission sind inzwischen Bestandteil einer besseren Vorbereitung von engagierten Studierenden auf ihre Ämter.

Dabei steht die Struktur des StuRa der Tendenz zur Professionalisierung im Prinzip entgegen. Der häufige personelle Wechsel, unzureichende Einarbeitungen oder Übergaben und die bewusst niedrig gehaltene Einstiegsschwelle erschweren die Bewahrung von Kenntnissen und Arbeitsweisen und gefährden so fortwährend die Kontinuität der Arbeit. Dennoch hat der StuRa seine beständige Erneuerung festgeschrieben.

Bereits in den Entwürfen vor der Gründung findet sich die Bestimmung, dass die AmtsträgerInnen nur ein Jahr lang amtieren sollen. Dies gilt heute nur noch für die SprecherInnen und Sprecher. ReferentInnen und Referenten dürfen sich mehrfach wiederwählen lassen, aber auch hier ist die Fluktuation sehr hoch. Hintergrund der Festschreibung ist die bereits erwähnte Abgrenzung zum westdeutschen Modell und dem damit verbundenen Funktionärswesen.

Das Leipziger Verfahren hat einen Vorteil und einen Nachteil: Als Vorteil ist sicherlich zu werten, dass der StuRa in den verantwortlichen Positionen mit verlässlicher Regelmäßigkeit neue frische Köpfe hat, welche die Institution mit neuen Ideen bereichern und gestalten können. Der Nachteil ist die fehlende Nachhaltigkeit der Arbeit, die zum Teil in fehlenden Möglichkeiten und mangelndem Engagement der Studierenden,²⁹ zum Teil in der hohen Fluktuation in den Ämtern ihre Ursache hat. Die häufigen Wechsel haben immer wieder zu Wissens- und Kontaktverlusten geführt, wodurch neue Generationen teilweise wieder von vorne anfangen mussten. Dieses Problem wurde und wird bis heute dadurch aufgefangen, dass sich immer wieder Studierende langfristig im Dunstkreis des StuRa aufgehalten haben, manche bis zu zehn Jahre. Sie konnten aushelfen, Tipps geben und so für eine gewisse Kontinuität sorgen. Gerade hier ist zu sehen, dass sich aus der aktuellen Studienreform eine besondere Schwierigkeit für den StuRa ergibt. Denn die neue Studienstruktur dürfte ein derartig langfristiges Engagement deutlich erschweren.

Die fehlende Nachhaltigkeit und beständige Erneuerung führt zudem dazu, dass der StuRa in einer anhaltenden Strukturdebatte steckt. Nach der Satzung, die 1990 von der Urabstimmung legitimiert worden war, wurde bereits 1992 eine neue Satzung verabschiedet. Weitere Diskussionen gab es 1995/96, als eine erste Kommission ins Leben gerufen wurde, um die organisatorischen Probleme zu lösen. Seither sind immer wieder Strukturkommissionen tätig gewesen, etwa in den Jahren 2000,

²⁹ Vgl. Bretschneider, Falk: *Eine kurze Geschichte vom langen Atem. Was studentischer Politik in Deutschland fehlt*, in: Gützow, Frauke/Quaißer, Gunther (Hrsg.): *Hochschule gestalten. Denkanstöße aus Hochschulpolitik und Hochschulforschung*, Bielefeld 2004, S. 153–162.

2003, 2005, 2007. Im vergangenen Jahr ebenso wie im Frühjahr 2010 haben solche Kommissionen Vorschläge erarbeitet, wie der StuRa seinen inneren Widersprüchen und den veränderten Gegebenheiten in der neuen Studienstruktur begegnen könnte.

SELBSTVERGESSENE ELITE?

Der StuRa – eine Selbstvergessene Elite also? Ungeachtet der Tatsache, dass der Elite-Begriff massiv umstritten ist,³⁰ muss anerkannt werden, dass die Mitgliedschaft im StuRa den Amtsträgern und Amtsträgerinnen Zugang zu Ressourcen verschafft, bestimmte Privilegien bereithält und einen gewissen Status innerhalb der Hochschule mit sich bringt.

Trotz der unterschiedlichen Einstiegs-Motivation der StuRa-Mitglieder, sind auch gemeinsame politische Ansichten und Überzeugungen im Rahmen der festgelegten Arbeitsbereiche zu erkennen. Aus diesen Gemeinsamkeiten auf einen spezifischen Habitus der Amtsträger und Amtsträgerinnen zu schließen wäre aber voreilig. Hinzu kommen das Fehlen formaler Zugangsschranken – selbst gerade immatrikulierte Erst- und Zweitsemester können StuRa-Sprecher oder Sprecherinnen werden und sind es auch geworden – und eines Protege-Systems. Ob der StuRa unter diesen Bedingungen tatsächlich als Elite anzusehen ist, muss daher an dieser Stelle offen bleiben, auch wenn die Wahrnehmung sicherlich eine andere ist.

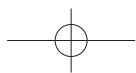
Selbstvergessen sind die engagierten StuRa-Mitglieder aber auf keinen Fall. Obwohl der bereits erwähnte Begriff „Etagé“ eben diese Konnotationen von weltvergessen, gedankenlos und entrückt widerspiegelt, sind sie doch in den meisten Fällen eher unpassend. Der StuRa ist die einzige Institution an der Universität, die einen direkten und engen Kontakt zu den Studierenden hat und sich sehr engagiert für deren Bedürfnisse und Belange einsetzt. Dabei sind die Themen und Gegenstände der

³⁰ Vgl. hier wohl am bekanntesten Hardtmann, Michael: *Elitesoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt/Main 2008.

StuRa-Arbeit meist sehr konkret. Jedoch handelt es sich nicht nur um Massenthemen. Da sich der StuRa seit seiner Gründung das Engagement für Minderheiten und sozial Schwächere zur Aufgabe gemacht hat, arbeitet er auch oft an und mit Einzelbeispielen oder Präzedenzfällen. Dass diese Arbeit oft zu Kritik an den bestehenden Verhältnissen und dem Massenbetrieb führt, liegt daher nahe.

Die Akteure des StuRa zeichnen sich also nicht nur durch eine hohe intrinsische Motivation und eine oft außerordentliche Leistungsbereitschaft aus, sondern insbesondere durch eine große soziale Verantwortung. Ausländerpolitik, Gleichstellung und Antirassismus sind Beispiele für die politischen Schwerpunkte, aber auch die vielen Beratungsangebote illustrieren diese Haltung. Im Zentrum der StuRa-Tätigkeit steht damit das Engagement für das Gemeinwohl.

Die Ziele und Aktivitäten des StuRa im Rahmen der zeitlosen Aufgabe und Herausforderung der studentischen Selbstverwaltung sind also (in den allermeisten Fällen) weder weltfremd noch selbstvergessen, nur in einigen Punkten für die Universität ein wenig unbequem. Dies eint sie mit ihrem berühmten Vorgänger, auch wenn sich das Umfeld verändert hat.



Politische Erwartungen der nächsten Akademikergeneration

Europäische Perspektiven und der Bologna-Prozess

Siegfried Gehrmann

Als Mitte der 1980er Jahre ungarische und tschechische Intellektuelle unter dem Stichwort „Mitteleuropa“ Erwartungshorizonte an ein neues, blockübergreifendes Europa formulierten, taten sie dies im Zeichen eines kulturhistorisch fundierten Europabegriffs, der gegen die politische Aufteilung in Ost- und Westeuropa gerichtet war. Dieser Gedanke war damals von enormer politischer Sprengkraft: er stellte zum einen das Machtmonopol der kommunistischen Partei in Frage und forderte indirekt einen Systemwechsel ein; zum anderen wurde „Westeuropa“ dazu aufgefordert, sich aktiv für das Kulturprojekt Europa einzusetzen, das aus Sicht der Dissidenten immer auch Gesamteuropa umfasste.¹

Ich erwähne diese mittlerweile historische Debatte, um deutlich zu machen, dass Diskussionen über „europäische Perspektiven“ keine rein akademischen Angelegenheiten sind, sondern dass sie tief in gesellschaftliche und politische Strukturen eingreifen können, zumal wenn sie – wie in den 1980er Jahren – von fundamentalen Umwälzungsprozessen begleitet sind. In einer solchen Situation befinden sich derzeit die Transformationsstaaten des sogenannten „Westbalkans“. Sie unterliegen Modernisierungsprozessen, die mit Blick auf den Beitritt zur Europäischen Union mit weitreichenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Veränderungen verbunden sind.

¹ Vgl. hierzu exemplarisch die Essays: Konrád, György: *Der Traum von Mitteleuropa*; Kundera, Milan: *Die Tragödie Mitteleuropa*, in: Busek, Erhard/Wilfinger, Gerhard (Hrsg.): *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents*, Wien 1986.

Wie platzieren sich die nachwachsenden Akademikergenerationen dieser Region in diesem Prozess? Welche Zukunftserwartungen haben sie? Verbinden sie diese mit Europa und wenn, von welchen europäischen Perspektiven lassen sie sich leiten? Oder – um es auf die gegenwärtigen Hochschulreformen herunterzubrechen – wie beurteilen Studierende den Bologna-Prozess? Was erwarten sie von der Universität? Mit welcher Bildung glauben sie ihre Zukunft bewältigen zu können und in welcher Beziehung steht diese zu Europa?

Im Folgenden werde ich versuchen, diesen unterschiedlichen Erwartungshorizonten in vier Schritten nachzugehen. Zunächst werden für die Region Südosteuropa charakteristische Diskurse über Europa skizziert, die einen allgemeinen Orientierungsrahmen für die nachfolgende Analyse liefern. Vor diesem Hintergrund werden in einem zweiten Schritt Zukunftserwartungen von Studierenden vorgestellt, die in den Jahren 1999 bis 2010 in Form von Aufsätzen über Europa und über persönliche Zukunftswünsche niedergelegt wurden. In einem dritten Schritt wird dargelegt, welche Folgen sich auf Basis der in diesen Aufsätzen ermittelten Befunde für Bildung und Ausbildung ergeben und inwieweit der Bologna-Prozess auf die hier geäußerten Erwartungshaltungen eingeht. Abschließend wird in einem vierten Schritt der Frage nachgegangen, wie sich das politische Engagement der Studierenden zu den europäischen Perspektiven ihrer Zukunftserwartungen verhält und ob dieses die gegenwärtige Hochschulreformdebatte zu beeinflussen vermag.

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN 1 – EUROPADISKURSE

Verfolgt man die Kommentare und die Berichterstattung der Medien in Kroatien – ähnliche Meinungsbilder sind auch in Serbien und Bosnien-Herzegowina zu finden – wird von Europa vor allem immer dann geredet, wenn notwendige Transformations- und Modernisierungsprozesse begründet und politische Rahmenbedingungen verändert werden sollen, wenn von der ökonomischen Krise und ihrer Lösung die Rede ist oder wenn im Zusammenhang mit der EU vor drohenden Identitäts- oder Souveränitätsverlusten gewarnt wird. In diesem Umfeld lassen sich drei grund-

legende Europadiskurse identifizieren, die für die gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den „Westbalkan“-Staaten charakteristisch sind:²

1. Der Modernisierungsdiskurs: Damit ist gemeint, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als alternativlose Modernisierungsstrategie angesehen wird, um staatliche, ökonomische und politische „Normalität“ zu erreichen und den Lebensstandard zu heben. Gleichzeitig erwartet man von der Europäischen Union Hilfen und finanzielle Unterstützungen, um die mit den Transformationsprozessen verbundenen, umfassenden gesellschaftlichen Strukturveränderungen zeitnah bewältigen zu können.
2. Der Europaskeptische Diskurs: Dieser betont die mit der Globalisierung und dem europäischen Einigungsprozess verbundenen Ängste und Bedenken hinsichtlich der Erhaltung kultureller Identität und der erst vor kurzem erworbenen, staatlichen Souveränität. Europaskeptisch wird ferner vermerkt, dass die EU mit „doppelten“ Maßstäben arbeite, wenn einerseits Strukturveränderungen als Voraussetzung für den Beitritt zur Europäischen Union verlangt werden, andererseits eben diese von den „Alt“-EU-Ländern selbst nicht immer durchgeführt werden. Im Rahmen dieser Bedenken bleibt jedoch die EU eine zentrale Zukunftsoption.
3. Ein nationalistischer Diskurs: Hier wird der Modernisierungsprozess, welcher mit der Europäischen Union verbunden ist, grundlegend abgelehnt, weil er zum Ausverkauf des Landes führe und „volksfremde“ Werte propagiere. Im Kontext dieses Diskurses werden alte Machtstrukturen weitgehend erhalten und ihre Träger zum Beschützer der Nation vor ausländischen Mächten. Gleichzeitig wird die eigene Nation zum Kern eines authentischen, moralischen und volksnahen Europa aufgewertet, während die Europäische Union das dekadente Europa repräsentiert.

² Vgl. hierzu auch die bei Džihic/Nadjivan/Paić/Stachowitsch (2006) dargelegten Europa-Bilder in Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina.

Erwartungshorizonte der nächsten Akademikergeneration sind in den „Westbalkan“-Staaten in diese drei Diskursebenen vielfach verwoben. Sie bilden gleichsam die Folie, vor der sich die Erwartungen und europäischen Perspektiven der nächsten Generation entfalten und mit denen sie sich direkt oder indirekt auseinandersetzen.

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN 2 – EUROPABILDER UND ERWARTUNGSHORIZONTE

Die nachfolgenden Angaben entstammen Aufsätzen, die Studierende in Lehrveranstaltungen an den Universitäten Sarajevo und Zagreb sowie an zwei Universitäten in Deutschland, Siegen und Münster, zu dem Thema „Hoffnung Europa“ im Zeitraum von 1999/2000 bis 2008/2009 geschrieben haben.³ Die Studierenden erhielten ohne Vorankündigung in den Seminaren die Aufforderung, in 45 Minuten niederzuschreiben, was Ihnen zu dem Thema „Hoffnung Europa“ einfällt. Die Aufsätze waren anonymisiert. Jedem Studierenden war es frei gestellt, wie viel, worüber und was er schreiben will. Die Aufgabenstellung selbst war freiwillig. Die Studierenden waren zu fast 90 % weiblich. Ein dritter Aufsatzzyklus im Jahr 2010 an der Universität Zagreb fragte ausschließlich nach den persönlichen Zukunftserwartungen der Studierenden und ihren Bewertungen des Bologna-Prozesses.

³ Die Aufsätze wurde in meinen Lehrveranstaltungen geschrieben – an der Universität Sarajevo: germanistische Abteilung der Philosophischen Fakultät; an der Universität Zagreb: Lehrstuhl für Deutschlehrerbildung – Interkulturelle Germanistik der Fakultät für Lehrerbildung; an der Gesamthochschule-Universität Siegen: Germanistik des Fachbereichs Sprach-, Literatur- und Medienwissenschaften; an der Universität Münster: Institut für Erziehungswissenschaft.

EUROPÄISCHE ERWARTUNGSHORIZONTE IM AKADEMISCHEN JAHR 1999/2000

Sarajevo: Die mit „Europa verbunden Hoffnungen“ der Studierenden in Sarajevo wurden nach der Häufigkeit ihrer Nennung geordnet, wobei eins für sehr häufig bis vier für eher selten gesetzt wurde: Am häufigsten wurden dabei Reisefreiheit, Mobilität ohne Visum und Grenzöffnungen genannt, an zweiter Stelle politische und ökonomische Stabilität, eine Verbesserung des Lebensstandards, um nicht migrieren zu müssen sowie Hilfszusagen von den reichen Ländern und am dritthäufigsten Völkerverständigung, mehr Toleranz und Begegnung mit anderen Kulturen. Eher selten wurde dagegen Europa als Garant für Frieden genannt.

Mit letzterem hängt der Vorwurf der Studierenden zusammen, dass Europa im Krieg zu lange zugeschaut und den Krieg in Bosnien-Herzegowina nicht verhindert habe. Europakritisch wird ebenfalls vermerkt, dass Europa ein Zusammenschluss der reichen und mächtigen Länder sei, die darüber wachen, wer dazu gehöre und wer nicht; ferner, dass durch die Dominanz der starken Länder in Europa die kleinen Länder in ihrer Identität bedroht seien, und dass Westeuropa kaum wirkliches Interesse an Bosnien-Herzegowina habe. Dies sähe man schon daran, dass die meisten Westeuropäer trotz aller Kriegsberichterstattung nicht wüssten, wo Bosnien-Herzegowina liege.

Zagreb: Die Ergebnisse 1999/2000 in Zagreb waren in der Art der Äußerungen ähnlich, jedoch unterschiedlich in der Häufigkeit der Nennungen und in der Kritik an Europa. An die erste Stelle setzten die Studierenden Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung des Lebensstandards. Europa wird in diesem Zusammenhang als Sinnbild für Wohlstand und politische Stabilität gesehen und die europäische Integration als einzig mögliche Modernisierungsstrategie bewertet, um diesen Wohlstand zu erreichen. Hierzu sei es aber nötig, dass Europa Hilfen anbiete, um die wirtschaftlichen und politischen Probleme zu lösen. Dann folgten Erwartungen hinsichtlich Reisefreiheit, Grenzöffnungen und Mobilität und mit knappem Abstand als dritthäufigste Nennung Europa als Garant für Frieden, Völkerverständigung, Toleranz und kulturellen Austausch.

Europakritisch wird, wie schon in Sarajevo, von einigen Studierenden die Angst vor Identitätsverlust und Ausbeutung des Landes durch ausländische Investoren vermerkt sowie das Desinteresse der westeuropäischen Bevölkerung an Kroatien, die immer noch nicht wisse, dass Kroatien nicht mehr zu Jugoslawien gehöre. Im Unterschied zu Sarajevo ist die Kritik der Studierenden in Zagreb an Europa signifikant schwächer und die positiven Bilder und Erwartungen überwiegen, während sich positive und negative Europabilder bzw. die Enttäuschungen über Europa bei den Studierenden in Sarajevo fast die Waage hielten.

In *Siegen* stieß das Thema 1999/2000 insgesamt auf nur geringes Interesse. Nur wenige Studierende beteiligten sich an der Aufgabenstellung. Zu den am häufigsten genannten Erwartungshorizonten zählten hier Völkerverständigung, das Europa der kulturellen Vielfalt sowie Heterogenität als Entwicklungschance. Dann folgte das Europa der Friedenssicherung, während Grenzöffnung und Reisemöglichkeiten kaum eine Rolle spielten. Die EU-Erweiterung wurde von den Studierenden grundsätzlich begrüßt, wobei aber Europa den ärmeren Ländern helfen müsse.

EUROPÄISCHE ERWARTUNGSHORIZONTE IM AKADEMISCHEN JAHR 2008/09

Im akademischen Jahr 2008/09 liegen Vergleichsmaterialien von Studierenden der Universitäten Zagreb und Münster vor. Interessanterweise haben die Studierenden in Zagreb 2008/09 fast identische Erwartungen und Ängste wie schon ihre Generation neun Jahre zuvor; ihre Prioritäten haben sich aber verändert. So stand wiederum an erster Stelle die Erwartung eines höheren Lebensstandards, der vor allem mit Hilfe von ausländischen Investitionen als Grundlage für die Sicherung von Arbeitsplätzen erreicht werden könne. An die zweite Stelle trat jetzt jedoch der Aspekt der Völkerverständigung und der Zuwachs an Toleranz durch das Kennenlernen anderer Kulturen, während Reisefreiheit – 1999/2000 noch auf Platz zwei – und Friedenssicherung nur noch von wenigen Studierenden als Erwartungshorizont genannt wurden.

Wie schon bei dem ersten Aufsatzzyklus werden Ängste und Bedenken hinsichtlich der Dominanz der großen Kulturen und Staaten in Europa geäußert, welche die kleinen Kulturen und Staaten in ihrer Identität bedrohen. Gar nicht mehr genannt wird dagegen das Desinteresse des „Westens“ an Kroatien und nur von einer Studentin werden Bedenken hinsichtlich einer möglichen Ausbeutung des Landes durch die EU und ausländischen Investoren geäußert.

Münster: Für die deutschen Studierenden stand 2008/2009 dagegen die Erwartung, dass Europa als Ort der kulturellen und sprachlichen Vielfalt zu mehr Völkerverständigung, kulturellem Austausch und Toleranz führe an erster Stelle. Europa wird als Chance für die Entwicklung eines gemeinsamen Kulturbewusstseins gesehen. An zweiter Stelle kamen Erwartungen hinsichtlich der Erweiterung der EU. Diese wird nachdrücklich befürwortet und soll zur Stabilisierung der Beitrittsländer beitragen. Weniger häufig wird Europa dagegen mit Friedenssicherung oder Mobilität in Verbindung gebracht, obwohl betont wird, dass die Möglichkeit, Arbeitsplätze in anderen Ländern der Europäischen Union zu finden, zu den großen Vorteilen des europäischen Einigungsprozesses zähle. Kritisch wird vermerkt, dass der Ost-West-Gegensatz in Europa immer noch nicht aufgehoben sei und Osteuropa in den Medien fast ausschließlich im Kontext von Krisen vorkomme. Zwei Studentinnen äußerten sich dahingehend, dass sie sich noch nie Gedanken über Europa gemacht haben und sie noch nie jemand im Studium danach gefragt habe, was Europa für sie bedeute.

PERSÖNLICHE ZUKUNFTSERWARTUNGEN IM AKADEMISCHEN JAHR 2009/2010

In einer dritten Befragung aus dem Jahr 2009/2010 wurden Studierende aus drei unterschiedlichen Jahrgangsguppen für das Lehramt Deutsch als Fremdsprache in Zagreb⁴ danach befragt, was sie sich von ihrer persön-

⁴ Befragt wurde das dritte, vierte und fünfte Studienjahr am Lehrstuhl für Deutschlehrerbildung – Interkulturelle Germanistik der Fakultät für Lehrerbildung der Universität Zagreb. Der Studiengang bildet Deutschlehrer/innen für die Primar-

lichen, näheren Zukunft erwarten. Hierbei trat an die erste Stelle, weit vor allen anderen Meinungsäußerungen, die Sorge um den Arbeitsplatz, der Wunsch eine Familie zu gründen, dass Lehrer künftig besser bezahlt werden und in der Öffentlichkeit mehr Respekt für ihren Beruf erhalten sollten sowie die Hoffnung auf zukünftige Aufstiegschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten im Beruf. Eine Studentin fasste dieses Meinungsbild in der charakteristischen Formel zusammen, nach Studienabschluss ein „ganz normales Leben“ führen zu wollen: „Auto, Haus, Urlaub, Familie“, was aber mit dem derzeitigen Lehrergehalt nicht möglich sei.

Auch Europa tauchte in den Stellungnahmen auf, allerdings weitaus weniger prominent, und wenn, dann im Zusammenhang mit dem erwarteten Beitritt Kroatiens zur EU und der damit verbundenen Hoffnung, dass sich der Lebensstandard erhöhen werde und „Europa“ mithelfen könne, die Wirtschaftskrise zu überwinden und den Demokratisierungsprozess in Kroatien zu vertiefen. Ferner wurde die Erwartung geäußert, dass der europäische Integrationsprozess für diese Generation auch neue Arbeitsplätze im europäischen Ausland schaffen werde. Nur zwei Studierende sprachen in diesem Kontext davon, dass man sich auch politisch für seine eigenen Ziele engagieren müsse. Allerdings stand die Mehrheit, wie eine nachfolgende Diskussion zeigte, dem politischen Prozess skeptisch bis ablehnend gegenüber.

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN 3 – BOLOGNA-ERWARTUNGEN UND BOLOGNA-KRITIK

Fasst man die Ergebnisse zu den Erwartungen der Studierenden in den beiden untersuchten Zeitabschnitten zusammen, zeigt sich, dass zwischen den Studierendengruppen aus allen drei Ländern eine erstaunliche Kontinuität hinsichtlich der mit Europa verbundenen Erwartungshorizonte besteht. So werden Europa und der europäische Einigungsprozess durch-

stufe und Sekundarstufe I der achtjährigen einheitlichen Grundschule (osnova škola) in Kroatien aus. Alle drei Jahrgänge sind bereits in das neue Bachelor-Master-System der Bologna-Reform integriert. Die Studierenden waren zu fast 100% weiblich.

weg positiv beschrieben. Kulturaustausch, Toleranz und kulturelle Begegnung werden von allen Studierenden direkt mit Europa verbunden und als sehr wichtig erachtet, auch für die eigene, persönliche Entwicklung. Insbesondere in der deutschen Vergleichsgruppe wird Europa zu einem Ort der Überwindung von Intoleranz und Vorurteilen bzw. werden die Erhaltung und Förderung kultureller Vielfalt durch Europa als Entwicklungschance für die eigene Gesellschaft begriffen. In diesem Kontext wird auch die Erweiterung der EU von den deutschen Studierenden als positiv und notwendig erachtet. Für die Studierenden in Zagreb und Sarajevo ist der europäische Einigungsprozess darüber hinaus noch Gewähr für eine Überwindung der Wirtschaftskrise und der Verbesserung des eigenen Lebensstandards. Gleichzeitig werden aber auch Bedenken vor einer EU-Integration geäußert, die mit der Angst vor Identitäts- und Souveränitätsverlusten einhergeht. Diese Ängste stellen jedoch nicht die EU-Perspektive selbst in Frage, vielmehr beleuchten sie kritisch die Tragweite des Integrationsprozesses für das eigene Land und blicken von hier aus auf „doppelte“ Maßstäbe bei der Beurteilung der Beitrittsfähigkeit zum Beispiel Kroatiens durch die „Alt“-EU-Staaten. Von den eingangs genannten Europadiskursen dominiert bei den Studierenden aller drei Länder „Europa als Modernisierungsdiskurs“. Was dagegen gänzlich fehlt ist ein nationalistischer Diskurs. Weder bei den Studierenden in Sarajevo noch in Zagreb spielte dieser Diskurs eine Rolle. Fragt man dagegen nach den persönlichen Zukunftserwartungen, ohne Europa als Thema vorzugeben, werden europäische Perspektiven ausschließlich als Modernisierungserwartungen geäußert.

Mit welchen Erwartungen betrachten Studierende in diesem Kontext die Zukunft ihres Studiums? Und wie bewerten sie den Bologna-Prozess, der aus ihrer Perspektive den europäischen Hochschulraum öffnen und neue Arbeitsplätze in Europa schaffen soll?

Die Lehramtsstudierenden in Zagreb, die sich in den Aufsätzen aus dem Jahr 2009/2010 zu dieser Thematik äußerten, gaben hierzu auf den ersten Blick ein scheinbar eindeutiges Bild. Mit der weiteren Entwicklung des Bologna-Prozesses⁵ erwarten sie,

⁵ Der Bologna-Prozess befindet sich in Kroatien im fünften Jahr der Durchführung. Im Herbst dieses Jahres schließen die ersten Master-Studiengänge ab. In Kroa-

- dass erstens die Möglichkeiten, ein Semester im Ausland zu studieren, steigen, ihre Diplome wie auch einzelne Studienleistungen zukünftig international anerkannt werden, und dass sich dadurch ihre Arbeitsmarktchancen im europäischen Ausland erhöhen;
- dass zweitens die Studienbedingungen besser werden, d.h. kleinere Lerngruppen, zeitliche Freiräume, die auch selbständiges Lernen ermöglichen, eine Verringerung der Anzahl der Prüfungen, eine Integration von berufsbezogenen Weiterbildungsmöglichkeiten im Studium wie zum Beispiel das studienbegleitende Erlernen von Fremdsprachen, sowie klare und stabile Regelungen des gesamten Studienverlaufs;
- und dass drittens Studienangebote, die sich bislang nicht ausreichend an den konkreten Studienbelastungen orientieren, sowohl inhaltlich als auch methodisch überarbeitet werden und der Berufsbezug verstärkt wird.

Vor dem Hintergrund dieser Wünsche und Erwartungen wird die Durchführung des Bologna-Prozesses radikal kritisiert: Er wird zwar als „gute Idee“ bezeichnet und damit grundsätzlich befürwortet, weil er viele der oben angesprochenen Erwartungen enthalte, allerdings, so die überwiegende Meinung der Studierenden, werden diese Versprechungen gegenwärtig kaum umgesetzt.

Kritisiert wird, mit Blick auf Kroatien, dass die Curricula eben nicht wie erwartet reformiert, sondern dass die alten Studiengänge, jetzt als BA- oder MA-Studiengänge ausgewiesen, inhaltlich häufig einfach weitergeführt werden. Ebenso seien die Prüfungsverpflichtungen und die

tien sind alle Lehrer bildenden Studiengänge als wissenschaftliche Masterstudiengänge ausgewiesen, in der Regel in der Abstufung 3+2. Für das Lehramt der Primarstufe wurde jedoch ein sogenannter integrierter, fünfjähriger Masterstudiengang ohne BA-Zwischenstufe eingeführt. Im Rahmen der Deutschlehrer- und Englischlehrerbildung für die Primar- und die achtjährige Grundschule (osnova škola) gilt ebenfalls diese Regelung. Alle anderen Lehrer bildenden Studiengänge durchlaufen zunächst einen dreijährigen polyvalenten BA-Studiengang, auf den die eigentliche, zweijährige Lehrer bildende MA-Phase aufbaut. Zur Entwicklung der Fremdsprachen- und Deutschlehrerbildung in Kroatien im Rahmen des Bologna-Prozesses, vgl. exempl. Gehrmann/Petravić (2005); Gehrmann (2007).

Präsenzzeiten an der Universität gegenüber früher noch einmal angestiegen, so dass kaum noch Zeit für selbständiges Arbeiten bliebe. In diesem Kontext wird auch das System der Leistungspunkteverteilung in Frage gestellt, da es nicht dazu geführt habe, dass von den Lehrenden Studienanforderungen in Form von Leselisten und Seminaraufgaben mit den im Lehrplan angekündigten Zeit- und Arbeitsvolumina für jede Lehrveranstaltung, den sogenannten „workloads“, abgeglichen würden; vielmehr seien die Anforderungen trotz höchst unterschiedlich ausgewiesener Arbeitsbelastungen für einzelne Lehrveranstaltungen gleich geblieben oder aber sie würden nach der Logik des Gesamtstundenplans für ein Fachstudium und nicht nach den verlangten Leistungsanforderungen im Studium verteilt. Vor allem aber, so die Kritik der Studierenden, ist es durch die Bologna-Reform nicht zu einer Erhöhung der Mobilität gekommen. Entweder seien hierzu in einem inhaltlich zu eng geführten Studienprogramm keine ausreichenden Zeitkontingente vorhanden oder es gäbe Schwierigkeiten, im Ausland erworbene Studienleistungen anerkannt zu bekommen, wenn Unterschiede zwischen den Studienprogrammen der aufnehmenden und entsendenden Institution zu groß seien. Es wird befürchtet, dass dann versäumte Studienleistungen mit erheblichen Zeiteinbußen an der Heimathochschule nachgeholt werden müssten. Insgesamt, so die Meinungsbilder der Studierenden, seien sie „Versuchskaninchen“ in einem Reformprozess, der in Kroatien von den Universitäten zu schnell und ohne eingehende Erprobung durchgeführt worden sei und der deshalb ständige Nachjustierungen und Regeländerungen hervorrufe.

Was heißt dies für die gegenwärtige Hochschulreform und die europäischen Perspektiven des Studiums? Und in welcher Beziehung stehen Zukunftserwartungen der Studierenden mit den in den Aufsätzen explizit oder implizit dargelegten Bildungs- und Ausbildungsansprüchen?

Legt man die hier vorliegenden Meinungsbilder zugrunde ergibt sich folgendes Bild:

1. Die Studierenden erwarten von der Universität Bildung, die sie dazu befähigt, die mit dem europäischen Einigungsprozess einhergehenden neuen Erfahrungen wie Kulturaustausch, das Kennenlernen anderer

Sichtweisen, interkulturelle Begegnung, Völkerverständigung und Toleranz besser zu verstehen und dieses Verstehen für sich, für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und für die Gesellschaft, in der sie leben, nutzen zu können. Dieser Aspekt berührt Kernbestandteile eines reflexiven Umgangs mit den Herausforderungen des europäischen Prozesses. Als solcher weist er sowohl auf die Mobilität nach außen als auch auf die Multikulturalisierung der Gesellschaft im Inneren. Der Wunsch, Fremdsprachen studienbegleitend zu erlernen, oder zumindest ein Semester im Ausland zu verbringen, hat deshalb nicht nur den Charakter, das Studienprofil für einen zunehmend internationaler werdenden Arbeitsmarkt zu schärfen, sondern er ist auch auf die Aneignung von interkulturellen Kompetenzen und den Umgang mit Heterogenität gerichtet, auf eine Ausrichtung von universitärer Bildung, die Europa als Ganzes meint und die kulturell fundiert ist. Eine solche Bildung, welche die Gesamtperson des Studierenden im Blick hat und durch Wissenschaft zu bilden sucht, braucht jedoch Zeit und Zeitkontingente im Studium für selbständiges Lernen, auch für ungezieltes und suchendes Lernen. Genau dies wird von den Studierenden eingefordert und in der Umsetzung des Bologna-Prozesses durch zu enge Lehrpläne in Frage gestellt. Um allerdings die europäische Dimension der Hochschulreform zu stärken, wird es nicht ausreichen, Zeitfenster für Mobilität zu öffnen und ansonsten alles beim Alten zu belassen, sondern es müssten vor allem Curricula reformiert und in Richtung neuer, europäisch orientierter Anforderungsprofile entwickelt werden. Eben dies fordern die Grundlagen-Dokumente des Bologna-Prozesses, wenn sie von einer europäischen Dimension der Hochschulbildung sprechen;⁶ dies erwarten auch die Studierenden, wenn sie Zukunftserwartungen formulieren; dies wird zur Zeit jedoch nicht oder nicht ausreichend an den Universitäten umgesetzt.

⁶ Vgl. hierzu exemplarisch die „Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister“ vom 19. Juni 1999 in Bologna, in der als eines von sechs Zielen der Hochschulreform angegeben wird: „Förderung der erforderlichen europäischen Dimensionen im Hochschulbereich, insbesondere in Bezug auf Curriculum-Entwicklung, Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Mobilitätsprojekte und integrierte Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogramme“.

2. Die Studierenden erwarten von der Universität ebenso eine gezielte berufliche Vorbereitung, die sie für den nationalen und internationalen Arbeitsmarkt qualifiziert. Ihnen schwebt ein Studium vor, das sich modular und interdisziplinär verzahnt, in immer wieder neuen Kombinationen, auf unterschiedliche berufliche Anforderungen richtet, das im Ausland vertieft und durch neue Erfahrungen angereichert wird und so die eigenen Berufschancen verbessert. Dieser Wettbewerbsgedanke durchzieht alle Meinungsbilder. In diesem Kontext werden auch die neuen modularisierten BA- und MA-Studiengänge grundsätzlich befürwortet, und zwar nicht allein, weil sie die Voraussetzungen für Mobilität während des Studiums erhöhen, sondern weil sie als international anerkannte Abschlüsse die Konkurrenzfähigkeit auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt verbessern. Das heißt: die Studierenden haben hier sehr genau im Blick, wie zentral Mobilität für ihr zukünftiges Berufsleben sein wird und sie verlangen von der Universität, die hierfür notwendigen Studienbedingungen, -strukturen und -inhalte zur Verfügung zu stellen. Kritisiert wird, dass genau dies nicht hinreichend geschieht.

Warum ist dann, könnte man fragen, in den Aufsätzen der Studierenden so wenig von einem politischen Engagement die Rede, Einfluss auf die Umsetzung des Bologna-Prozesses in eben diese Richtung zu nehmen? Lassen Sie mich zum Schluss auf diese Frage eingehen sowie auf einen kleinen Ausblick zur fehlenden europäischen Dimension in der Umsetzung des Bologna-Prozesses.

EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN 4 – POLITISCHES ENGAGEMENT UND BOLOGNA-PROZESS

Zunächst ist evident, dass das Nachdenken über Europa und den europäischen Einigungsprozess die Zukunftserwartungen der Studierenden tatsächlich tiefgreifend beeinflusst. Die Studierenden sehen in dem zusammenwachsenden Europa eine Entwicklungschance für sich und für die Modernisierung der eigenen Gesellschaft. Dieser Gedanke bestimmt auch die Einschätzungen des Bologna-Prozesses durch die Zagreber Studierenden. Dieser wird kritisiert, weil er die versprochenen europäischen Moderni-

sierungspotentiale nicht eingelöst hat. Europa wird in diesem Kontext zu einer Referenzebene der Kritik, an der nationalstaatliche Entwicklungen gemessen werden. Vor diesem Hintergrund beobachten die Studierenden die Umsetzung der Hochschulreform, aber sie fordern von sich kein politisches Engagement. Stattdessen kritisieren sie punktuell und hoffen, dass die erwünschten Effekte im weiteren Verlauf des europäischen Integrationsprozesses sich mit der Zeit von selbst einstellen werden.

Diesem im Kern unpolitischen Zugang zu ihren Zukunftserwartungen steht auf der anderen Seite die Bereitschaft der Studierenden gegenüber, sich in der Frage der Studiengebühren politisch zu engagieren und, wie im letzten Jahr an vielen Fakultäten in Kroatien geschehen, für deren Abschaffung zu streiken.⁷ Dieses Engagement zielt jedoch nicht auf Strukturfragen einer europäischen Dimensionierung der Hochschulreform, sondern auf die soziale Dimension des Zugangs zur Universität und auf Finanzierungsfragen zur Behebung dieses Problems.

Mit dieser Engführung des politischen Engagements wird jedoch nicht mehr erfasst, worin das konzeptuelle Grundproblem des Bologna-Prozesses besteht und wo Handlungsräume liegen. So ist der Bologna-Prozess

⁷ *In Kroatien waren Studiengebühren bis vor kurzen an Quoten gebunden, die bei Einschreibung für jeden einzelnen Studiengang Jahr für Jahr festgelegt wurden. Wer unterhalb dieser Quote lag, studierte gebührenfrei. Streiks kamen auf, als die Überlegung angestellt wurde, Studiengebühren flächendeckend für alle Studierenden einzuführen. Dagegen stand die Forderung der Studierenden für ein grundsätzlich kostenloses Studium über die gesamte Studiendauer. Nach den Streiks wurde folgende Regelung eingeführt: Der Studienbeginn ist für alle Studierenden studiengebührenfrei. Anschließend wird die Studiengebührenbefreiung an die Leistung der Studierenden gebunden; d.h. wer alle vorgeschriebenen Leistungspunkte erfüllt, zahlt weiterhin keine Studiengebühren, die anderen dagegen anteilig, je nach Anzahl der nicht erbrachten Leistungspunkte. Die streikenden Studierenden lehnen diese Koppelung von Studiengebührenbefreiung und Leistungspunkten ab. Die mit dem Bologna-Prozess eingeführten dreijährigen Promotionsstudiengänge sind dagegen durchgängig kostenpflichtig mit Studiengebühren von durchschnittlich 1300 _ pro Semester. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise ist die öffentliche Meinung gegen eine völlige Aufhebung von Studiengebühren. Von den in den Aufsätzen befragten Studierenden wurden zwar die zu hohen Kosten des Studiums bemängelt, aber nur vier Studierende sprachen sich für ein grundsätzlich kostenloses Studium ohne Leistungspunktebemessung aus.*

zwar im Sinne der Erwartungshaltungen der Studierenden darauf ausgerichtet, Berufsbefähigung als Ziel des Studiums mit einer europäisch dimensionierten Bildung zu verbinden. In der Praxis der Umsetzung dominiert jedoch die Ausbildungsseite dieses Prozesses, seine auf unmittelbaren Aufwendungsbezug, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und Kostenreduktion zielende Dimension.

Diese Einseitigkeit erklärt, warum Bachelor-Studiengänge so häufig als dreijährige, berufsfeldorientierte Studiengänge konzipiert werden, während die Bologna-Dokumente von einem mindestens dreijährigen Bachelor-Studium sprechen und sich Berufsbefähigung durchaus auch breiter anlegen lässt als „berufliche Professionalisierung“ im Sinne allgemeiner, berufsvorbereitender wissenschaftlicher Problemlösungskompetenzen⁸ oder warum Mobilitätshindernisse immer öfter an der Schnittstelle curricularer Unterschiede zwischen den Studiengängen entstehen. Mobilitätshindernisse dieser Art sind nicht zufällig, sondern treten, systemisch bedingt, immer dann gehäuft auf, wenn die Modularisierung von Studiengängen dazu genutzt wird, immer höhere Spezialisierungs- und Ausdifferenzierungsgrade von Studienprofilen und Modulkombinationen zu erreichen. Damit werden Alleinstellungsmerkmale generiert, um die Wettbewerbsfähigkeit von Studienangeboten zu erhöhen. Geht diese Entwicklung ungebremst weiter, besteht die Gefahr, dass der europäische Hochschulraum für die Studierenden zunehmend mobilitätsuntauglich zu werden droht, weil ihm die Äquivalente zu den ebenfalls hoch spezialisierten Studiengängen an den Heimatuniversitäten verloren gehen.⁹ Mo-

⁸ Vgl. hierzu: Gerholz/Sloane (2008), Teichler (2005, 2006).

⁹ Zum Verhältnis von Marktlogik, der Herausbildung einer Kultur der Distinktion und der hierin sichtbar werdenden Widersprüchlichkeit des Bologna-Prozesses, auf einer universellen Ebene Vergleichbarkeit und Einheit herzustellen und gleichzeitig auf individueller Ebene diese durch Profilbildung und Konkurrenz zwischen Studiengängen und Universitäten wieder aufzulösen, vgl. auch Keller, (2008: 52ff.), Dainat (2007: 92 f.). Dass hierdurch auch ein Problem der Anerkennung von Äquivalenzen zwischen konkurrierenden Hochschulen entsteht, weil ECTS-Punkte zwischen unterschiedlich „gerankten“ Universitäten als nicht mehr gleichwertig erscheinen, darauf wurde bereits in einer vom BMBF in Auftrag gegebenen Studie von Alesi et al. (2005:138) hingewiesen.

dularisierung könnte dagegen auch genutzt werden, die Einheit des Studiums in Europa zu betonen und die Studierenden über interdisziplinäre Vernetzungen von Fachbereichen für die vielfältigen Herausforderungen des europäischen Einigungsprozesses in einer globalisierten Welt zu sensibilisieren.

Dass dies in der Studiengangsentwicklung nicht oder zu wenig geschieht, hängt unter anderem damit zusammen, dass die Universitäten offenbar nicht mehr über einen Einheit stiftenden Bildungsbegriff verfügen, der imstande wäre, Ausbildung und Bildung so aufeinander zu beziehen, dass daraus ein einheitlicher, europäischer Bildungsauftrag der Universitäten entsteht.¹⁰ Universitäten, und darin liegt das eigentliche Dilemma, verhalten sich, aus „betriebswirtschaftlicher“ Sicht, funktional richtig, wenn sie Unterschiede betonen und die Vereinseitigung der Berufsbezogenheit von Studiengängen vorantreiben, sie stärken dadurch ihre Marktpräsenz und erhöhen ihre Konkurrenzfähigkeit auf einem nationalen wie internationalen Bildungsmarkt. Aus „volkswirtschaftlicher“, europäischer Sicht betrachtet, unterlaufen sie damit jedoch das Ziel des Bologna-Prozesses, in dem sie den gerade erst im Entstehen befindlichen europäischen Hochschulraum kompetitiv wieder auflösen und ihm, bis auf die ökonomische, auf Anwendbarkeit und Berufsbefähigung setzende Seite des Prozesses, die gemeinsame Grundlage entziehen. Bezogen auf diese ökonomische Seite, kann jedoch langfristig kein europäischer Hoch-

¹⁰ Vgl. hierzu mit unterschiedlichem Akzent die Forderung nach einer europäischen oder kosmopolitischen Bildung als Grundlage der Universität bei Beck (2004) bzw. die Kritik an dem Verlust eines einheitlichen Bildungsauftrages der Universitäten bei Liessmann (2006). Pointiert hierzu Langewiesche (2007:95): „Die gegenwärtige überall verordnete Öffnung der universitären Entscheidungsgremien nach aussen in die Gesellschaft hinein muss es ausschließen, den Bildungswert eines Faches als ein Kriterium bei (...) Entscheidungszwängen zu berücksichtigen, weil nämlich in einer Gesellschaft, in der es keinen Konsens gibt, was Bildung bedeutet, die Vermittlung von Bildung nicht als ein gewichtiges Kriterium für die Leistungsmessung in der Universität dienen kann. Das wäre eine gänzlich unrealistische Erwartung. Die Auswahlkriterien einer Universität (...) können nicht im Widerspruch stehen zu den Wertvorstellungen in der Gesellschaft. Anders gesagt, scharf, vielleicht polemisch zugespitzt: Eine Gesellschaft ohne Bildungsidee verlangt nach einer Universität ohne Bildungsanspruch“.

schulraum aufgebaut werden. Dieser ist Teil eines europäischen Einigungsprozesses, der fundamental auf gemeinschaftsstiftende Bildung angewiesen ist.

Was wäre zu tun? Die Kritik der Studierenden am Bologna-Prozess ist hier eindeutig. Legt man die hier vorgestellten Meinungsbilder zugrunde, wäre zum einen der Ausbildungsauftrag der Universitäten wieder an einen Bildungsauftrag der Universität zurückzubinden, der an die Gesamtpersönlichkeit der Studierenden gerichtet ist. Berufsbezug als Teilziel des Studiums wäre dann insgesamt breiter zu fassen als ausschließlich auf bestimmte Tätigkeitsfelder; er müsste vielmehr dazu befähigen, sich methodisch, theorie- und kontextbezogen sowie im Rahmen einer Disziplin mit anwendungsrelevanten Problemen auseinandersetzen und diese wissenschaftlich-reflexiv bearbeiten zu können. Dies wird für viele Fachgebiete mit einer Ausweitung des BA-Studiums auf vier Jahre einhergehen müssen, zumal wenn Mobilität eingeplant wird und auf diese während des Studiums vorbereitet werden soll.

Zum anderen wäre eine Verdichtung der europäischen Zusammenarbeit im Hochschulwesen anzustreben, um kooperativ an einem Bildungsbegriff zu arbeiten, der Gesamteuropa im Blick hätte. Hierbei sollten die gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und ökonomischen Grundlagen dieses Projektes berücksichtigt werden, die dann den curricularen Entwicklungen und den unterschiedlichen Profilbildungen an den Universitäten als einheitsstiftendes Moment zugrunde gelegt werden könnten. Dies würde wiederum ermöglichen, dass die zunehmende Spezialisierung der Studiengangsentwicklung in Europa wieder auf ein für die Förderung von Mobilität beherrschbares Maß zurückzuführen ist. Der Blick auf die Anforderungen des europäischen Einigungsprozesses könnte hier ein Korrektiv sein, um dieser Arbeit eine Richtung und eine gemeinsame Basis zu geben.

Universitäten werden dies, und darin liegt ein weiteres Dilemma, nicht ohne weiteres tun. Sie setzen zwar auf internationale Kooperation, aber hier in erster Linie, um über Zusammenschlüsse Wettbewerbsvorteile zu generieren und nicht um an einem europäischen Bildungsbegriff zu arbeiten. Was die Umsetzung des Bologna-Prozesses so komplex und widersprüchlich macht, ist, dass dabei zahlreiche weitere Grundfragen einer

Universitätsreform mit verhandelt werden, die nicht unmittelbar mit dem Bologna-Prozess zusammenhängen, dessen Wahrnehmung aber nichts desto weniger maßgeblich bestimmen. Hierzu gehört die Frage einer institutionellen Reform der Universität in Richtung Management- und Wettbewerbsstrukturen ebenso wie die Frage des Leitbildes der Universität, bei der sich zur Zeit zwei sich scheinbar gegenseitig ausschließende Leitbilder gegenüber stehen: die Universität als Wirtschaftsunternehmen, die als „entfesselte Hochschule“ (Müller-Böling 2000) markt- und konkurrenzfähig ist und in erster Linie anwendungsbezogene Studiengänge generiert, sowie die Universität als forschende und lehrende Anstalt im Sinne Humboldts, die das Erkennen Wollen als von Wirtschaft und Staat gleichermaßen befreite Erkenntnissuche in den Vordergrund rückt (vgl. exemplarisch Morkel 2000; 2002; Mittelstraß 2003).¹¹ Da es hier auch um eine Wertedebatte sowie um gesellschaftliche Zielvorstellungen geht, mit anderen Worten: um das, was universitäre Bildung im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses und im Kontext der Globalisierung leisten soll, und welches Konzept von Universität diesen Herausforderungen angemessen ist, ist unter den hochschulpolitischen Akteuren in diesen Fragen kaum Konsens zu erwarten. Vielmehr ist mit weiteren Zuspitzungen zu rechnen. Die Entflechtung dieser verschiedenen Diskussionsstränge und deren Verlagerung auf eine europäische Ebene, die nicht mehr das Einzelinteresse in den Vordergrund stellt, sondern dieses in ein europäisches Bildungskonzept integriert, könnte hier Abhilfe schaffen. Aber hiervon müssten die verschiedenen hochschulpolitischen Akteure zunächst einmal überzeugt werden.

Was die hier befragten Studierenden dagegen von der Universität erwarten, lässt sich knapp zusammenfassen: sie erwarten berufliche Orientierung und Bildung durch Wissenschaft und sie erwarten beides in Richtung einer transnationalen, europäischen Fundierung. Bildung, Ausbildung und europäische Perspektiven sind aus Sicht der Studierenden ein zusammenhängender Komplex, der sich nicht ohne Substanzverlust für das Gesamte auflösen oder sich unterschiedlichen Studiengängen und

¹¹ Zu den Auswirkungen beider Modelle auf die Hochschulstruktur der Transformationsgesellschaften Mittelost- und Südosteuropas, vgl. Gehrmann (2006).

-abschlüssen zuordnen lässt. Was die Studierenden weniger bedenken, ist die zentrale Rolle einer europäischen Dimensionierung der gegenwärtigen Hochschulreformen; diese bildet nicht nur die Klammer, innerhalb derer Bildung und Ausbildung aufeinander bezogen werden können, ohne gegeneinander ausgespielt zu werden, sondern sie bildet auch die Basis dafür, um Umsetzungsprobleme des Bologna-Prozesses im Sinne der Studierenden zu reduzieren.

Damit komme ich zum Schluss und zu der Frage, warum an dieser Stelle, der europäischen Dimensionierung von Bildung und Ausbildung, kein politisches Engagement der Studierenden entsteht.

Europa, und darin liegt ein Kernproblem für die Entstehung von politischem Engagement, vermittelt sich für die Studierenden nicht unmittelbar. Wenn in den Aufsätzen von europäischen Perspektiven die Rede ist, dann in Form von personalisierten Lebensentwürfen, von Erwartungen und Hoffnungen, die mit dem europäischen Integrationsprozess verbunden werden, deren Erfüllung aber von den Studierenden als Teil einer vom europäischen Prozess ausgehenden umfassenden, gesellschaftlichen Modernisierung in die Zukunft verlegt wird. Europäische Perspektiven erzeugen daher auch bei den Studierenden keine direkte persönliche Betroffenheit, wie etwa die Frage der Studiengebühren; mit anderen Worten: Die europäischen Grundlagen universitärer Bildung und Ausbildung sind für die Studenten politisch nicht unmittelbar handlungsrelevant.

Ein solches politisches, handelndes Engagement der Studierenden wird aber notwendig sein, will man den Bologna-Prozess in Richtung Europa voranbringen und ihn nicht auf die „ökonomische“ Seite dieses Prozesses reduzieren.

Die Pointe der Geschichte ist nun, dass die Umsetzungsprobleme des Bologna-Prozesses die Studierenden in Europa näher gebracht haben. Sie alle stehen vor ähnlichen Problem- und Fragestellungen. Damit entsteht die Chance, dass sich in Zukunft eine studentische europäische Öffentlichkeit herausbilden wird, welche die Arbeit an der zukünftigen Bildung und Ausbildung zunehmend auch als europäische Angelegenheit begreift und sich in dieser Hinsicht politisch einmischen wird. Ob dies zeitnah geschieht oder erst, wenn eine einseitig, auf Berufsbezug und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Universität von den kulturellen

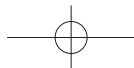
Anforderungen des europäischen Einigungsprozesses eingeholt wird und eben nicht zukunftsfähige Qualifikationsprofile für die Bewältigung dieser Anforderungen generiert, wird eine der Zukunftsfragen sein, die an die nächste Generation heranzutragen ist.

Ich bin mir aber sicher, dass es geschieht. Für alles andere ist der europäische Einigungsprozess einfach zu weit fortgeschritten. Es muss deshalb darum gehen, den Bologna-Prozess in seinen beiden Aspekten, Bildung durch Wissenschaft und berufliche Professionalisierung, zukünftig in Richtung eines europäischen Bildungsauftrages der Universitäten weiter zu entwickeln. Ein wichtiger Bündnispartner wird hierbei das Europäische Parlament sein, dessen Grundanliegen eben diese europäische Dimensionierung von Bildung und Ausbildung in Europa ist, auf die der europäische Einigungsprozess auf Dauer nicht verzichten können.

Literatur

- Alesi, Bettina/Bürger, Sandra/Kehm, Barbara/Teichler, Ulrich: *Stand der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen im Bologna-Prozess in ausgewählten Ländern Europas im Vergleich zu Deutschland. Endbericht. Bonn 2005: Bundesministerium für Bildung und Forschung.*
- Beck, Ulrich: *Vorwärts zu „Humboldt 2“.* In: *Die Zeit*, Nr. 47, 11.11.2004, www.zeit.de/2004/47/Essay_Beck_Beck (eingesehen 23.4.2010).
- Busek, Erhard/Wilfinger, Gerhard (Hrsg.): *Aufbruch nach Mitteleuropa. Rekonstruktion eines versunkenen Kontinents*, Wien 1986: Edition Atelier.
- Dainat, Holger: *Die Germanisten in Europa: ratlos. Über disziplinäres Driften in Zeiten der Studien- und Hochschulreform*, in: Bollenbeck, Georg/Wende, Waltraud (Hrsg.): *Der Bologna-Prozess und die Veränderung der Hochschullandschaft*, Heidelberg 2007, S. 89-103.
- Džihić, Vedran/Nadživan, Silvia/Paić, Hrvoje/Stachowitsch, Saskia: *Europa-verflucht-begehrt. Europavorstellungen in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Serbien*, Wien 2006.: Braumüller.
- Gehrmann, Siegfried: *Bologna und die Folgen: Mutmaßungen über den europäischen Hochschulraum.* In: Bracht, Ulla (Hrsg.): *Leben-Texte-Kontexte. Festschrift für Dieter Keiner zum 66. Geburtstag*, Frankfurt/Main 2006: Peter Lang, S. 189-204
- Gehrmann, Siegfried: *Mehrsprachigkeit, Sprachenpolitik und DaF-Lehrerbildung im Wandel.* In: *Germanistentreffen Deutschland Süd-Ost-Europa*, Bonn 2007: DAAD, S. 181-202
- Gehrmann, Siegfried/Petravić, Ana: *Reformvoraussetzungen und -Perspektiven der Deutschlehrerbildung in Kroatien.* In: *Zagreber Germanistische Beiträge*, 14 (2005), S. 191-213.

- Gerholz, Karl-Heinz/Sloane, Peter: *Der Bolognaprozess aus curriculärer und hochschuldidaktischer Perspektive – Eine Kontrastierung von beruflicher Bildung und Hochschulbildung auf der Bachelor-Stufe*. In: *Berufs- und Wirtschaftspädagogik-onlinebwp@14*. Juni 2008, www.bwpat.de/ausgabe14/gerholz_sloane_bwpat14.shtml (eingesehen 23.4.2010)
- Keller, Felix: *Nomaden des wissenschaftlichen Feldes. Über die neue Geometrie des Wissens und die Kunst des Navigierens*. In: Schultheis, Franz/Cousin, Paul-Frantz/Roca i Escoda, Marta (Hrsg.): *Humboldts Albtraum. Der Bologna-Prozess und seine Folgen*, Konstanz 2008: UVK, S. 47–62
- Langewiesche, Dieter: *Chancen und Perspektiven: Bildung und Ausbildung*. In: Hügli, Anton/Küchenhoff, Joachim/Müller, Werner (Hrsg.): *Die Universität der Zukunft. Eine Idee im Umbruch?*, Basel 2007: Schwabe, S. 88–100.
- Liessmann, Konrad Paul: *Theorie der Unbildung*, Wien 2006: Zsolnay.
- Mittelstraß, Jürgen: *Universität als Lebensform*. In: Killius, Nelson/Kluge, Jürgen/Reisch, Linda (Hrsg.): *Die Bildung der Zukunft*, Frankfurt/M. 2003: Suhrkamp, S. 256–260.
- Morkel, Arnd: *Die Universität muß sich wehren. Ein Plädoyer für ihre Umgestaltung*, Darmstadt 2000: Primus.
- Morkel, Arnd: *Wider die Instrumentalisierung der Universität*. In: *die Hochschule* 2/2002, S. 27–40.
- Müller-Böling, Detlef: *Die entfesselte Hochschule*, Gütersloh 2000: Bertelsmann Stiftung.
- Teichler, Ulrich: *Berufliche Relevanz und Bologna.-Prozess*. In: Welbers, Ulrich/Gaus, Olaf (Hrsg.): *The Shift from Teaching to Learning*, Bielefeld 2005: Bertelsmann, S. 314–320.
- Teichler, Ulrich: *Berufliche Relevanz und berufliche Orientierung des Studiums im Wandel*, 2006; http://www.oefg.at/text/veranstaltungen/studienzulassung_qualitaet/Beitrag_Teichler.pdf (eingesehen 23.4.2010)



Zwischen Bilden und Gebildetwerden

Der mündige Student als Homo politicus

Klaus Dicke

Einer der ohne Zweifel gebildetsten Absolventen der Leipziger Universität, den es immer in die Politik zog, der aber immer wieder und letztlich tragisch an ihr scheiterte, hat uns in seinen Memoiren eines der vielschichtigsten und interessantesten Lehrstücke zum Thema „Zwischen Bilden und gebildet Werden. Der Student als homo politicus“ hinterlassen. Im Winter 1889 wechselte der neuadlige, kosmopolitisch erzogene Jura-Student Harry Graf Kessler von Bonn nach Leipzig. „Ich wollte den Nationalökonom Brentano, den Psychologen Wundt, den Professor der Kunstgeschichte Anton Springer hören“, begründet er 1935 rückblickend seinen Studienortwechsel.¹ Keiner der juristischen Brotgelehrten findet Erwähnung, die Bologna-Welt war noch weit weg.

Kessler schreibt eine Autobiographie seiner Bildung. Über die Stimmung unter den Leipziger Studenten heißt es dort: „Wir jungen Menschen genossen einerseits die neue Ungebundenheit und wollten andererseits am Aufbau einer von überlebten Anschauungen gereinigten Welt tätig teilnehmen. [...] Etwas sehr Großes, das alte, kosmopolitische, noch vorwiegend agrarische und feudale Europa, die Welt der schönen Frauen, galanten Könige und dynastischen Kombinationen, das Europa des 18. Jahrhunderts und der Heiligen Allianz, wurde alt und krank, neigte sich zum Sterben; und etwas Neues, Junges, Kräftiges, noch Unvorstellbares kündigte sich an. [...] Die Wüste, die zu jedem Messias gehört, war in unseren Herzen; und plötzlich erschien über ihr wie ein Meteor Nietzsche“. Hier geht die Schilderung der fin-de-siècle-Stimmung einher

¹ Graf Kessler, Harry: *Gesichter und Zeiten. Erinnerungen*, Berlin 1962, S. 214. Die folgenden Zitate ebd. S. 229, S. 251.

mit einer psychologisch sehr einfühlsamen Beschreibung spezifischer Studentendispositionen: Ungebundenheit hier, Rettung der Welt – und nichts weniger! – dort, hier Sehnsucht nach Orientierung und dort die „Offenbarung“ Nietzsches.

Und politisch? „Im März 1891 forderte mich der Prinz Heinrich XXXI. Reuss auf, einen studentischen Aufruf für Bismarck zu unterzeichnen. Etwas zögernd tat ich es, obwohl ich, wie ich ausdrücklich bemerkte, nicht für die Einmischung von Studenten in politische Fragen sei und im Konflikt zwischen Bismarck und dem Kaiser nicht auf Seiten Bismarcks stünde. Aus den Beratungen über diesen Aufruf entstand der Plan einer besonderen Huldigung durch Überreichung eines silbernen Humpens“. Kessler lässt sich überreden, an der Ehrung teilzunehmen. „Nietzsche stand mit seinem ‚guten Europäertum‘ zu Bismarcks Politik in einem schroffen Gegensatz“; Kessler kehrt enttäuscht nach Leipzig zurück mit dem „Gefühl, [Bismarck] könne den jungen Deutschen keinen Lebenszweck mehr bieten“.² Er hatte in Nietzsche, wie die Bismarck-Episode zum Teil elegisch beschreibt, seinen Lebensstern gefunden. Keine Einmischung von Studenten in die Politik als Maxime hier und Enttäuschung über mangelnde visionäre Potenz der Politik dort. Politikverdrossenheit schon im Kaiserreich – ist sie am Ende gar studententypisch?

Ich möchte diesen Einstieg mit den Memoiren Kesslers nicht nur als Hommage an Leipzig verstanden wissen; sie geben vielmehr in gewisser Weise eine Gliederung für unser Anliegen vor: Zunächst ist das Thema „Student und Politik“ in seiner historischen Entwicklung seit dem Ende des Kaiserreiches zu skizzieren (I.), um einerseits einen historischen Vergleichspunkt für die Gegenwartsanalyse zu finden sowie Kontinuitäten und Spezifika der Gegenwart herauszuarbeiten. Andererseits sollen sowohl das Wirken Wolfgang Natoneks als Vorsitzender des Leipziger Studentenrates als auch die Entwicklung einer professionalisierten politischen Bildung an den Universitäten geschichtlich eingeordnet werden. Im zweiten Teil werde ich versuchen ein politisches Soziogramm der heutigen Studentengeneration zu entwickeln (II.), um im abschließenden Teil, vor

² Grupp, Peter/Graf Kessler, Harry: *Eine Biographie*, Frankfurt a.M./Leipzig 1999, S. 44.

allem auch im Blick auf die Situation der Bildung generell und der politischen Bildung im Speziellen, einige Schlussfolgerungen für die universitäre Praxis zu ziehen (III.).

I. STUDENT UND POLITIK IN DER DEMOKRATIE

Das Thema „Student und Politik“ gehört nicht nur in meinem Fach, der Politikwissenschaft, zu den prominenten Themen einschlägiger Forschung und Publizistik, sondern steht in gewisser Weise auch unmittelbar an der Wiege einer universitären Politikwissenschaft. Für ersteres erinnere ich an so herausragende Beispiele wie Max Webers Vorlesung „Der Beruf zur Politik“, Alfred Webers Vortrag „Student und Politik“ von 1947 oder die für die 68er-Bewegung so wichtige Untersuchung von Habermas, von Friedeburg und anderen Autoren zur politischen Einstellung der Studierenden, die 1961 unter eben dem Titel „Student und Politik“ veröffentlicht wurde.³ Auch Hannah Arendts Büchlein über Macht und Gewalt, eine Auseinandersetzung mit den Studenten von Berkeley, die gegen den Vietnamkrieg und den Kapitalismus protestierten,⁴ gehört in diesen Kontext. Und für die Entstehung der Politikwissenschaft als Universitätsfach in Deutschland gingen sowohl in der Frühzeit der Weimarer Republik als auch in der Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland entscheidende Impulse von Programmen der politischen Bildung an den Universitäten aus, die gerade von Studenten getragen und unterstützt wurden. Ich gehe im Folgenden nur auf einige wenige Stationen ausführlicher ein.

Anders als im Kaiserreich waren Studenten in der Weimarer Republik mit dem 20. Geburtstag Wahlbürger. Zudem setzten sich Frontstellungen der Revolutionsjahre 1918/1919 in den Universitäten fort. Das Ergebnis

³ Weber, Max: *Der Beruf zur Politik*, in: Winckelmann, Johannes (Hrsg.): *Soziologie, universalgeschichtliche Analysen, Politik*, Stuttgart 1973, S. 167 ff.; Weber, Alfred: *Student und Politik. Ein Vortrag*, in: *Die Wandlung 2 (1947)*, S. 283–294; Habermas, Jürgen/Friedeburg, Ludwig von/Oehler, Christoph/Weltz, Friedrich: *Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewusstsein Frankfurter Studenten*, Neuwied 3. Aufl. 1969.

⁴ Arendt, Hannah: *Macht und Gewalt*, München 3. Aufl. 1975.

waren drei Momente einer beachtlichen Politisierung der Studentenschaft in der Weimarer Zeit: Erstens dehnten sich die Parteilinien auf studentische Gruppierungen an den Universitäten aus und forderten den überkommenen Grundsatz „studiosus taceat in politicis“ massiv heraus. Parteigebundene Studentenorganisationen wurden aktiv; Kessler etwa hat sich zu Beginn der 20er Jahre über das Fraktions-Taktiker-Gehabe eines Studentensprechers, übrigens der Sohn von Hugo Preuss, mokiert.⁵ Zweitens traten insbesondere linke und liberale Studentengruppierungen mit heftig geführten Auseinandersetzungen gegen die aus der alten Welt überkommenen Korporationen an, die sich ihrerseits ganz überwiegend bis hin zur Organisation als Bürgerkriegs-Partei, als reaktionäre Statthalter des Ancien Regime, republikfeindlich und zunehmend völkisch-deutschnational gerierten. Gegen die Philister-Verachtung der Korporationen setzten linke Studentengruppierungen auf den Schulterchluss der Studierenden mit der Arbeiterschaft.⁶ Drittens machte sich schon 1919/1920, spätestens aber nach dem Kapp-Putsch 1920 und dem Rathenau-Mord 1922, eine republikfreundliche, liberale Tendenz geltend, die auf eine Stabilisierung der jungen Weimarer Demokratie durch ein umfassendes Programm politischer Bildung an den Universitäten drängte. Beispielsweise hat Wilhelm Röpke 1920 in Marburg, im Auftrag der im Vorjahr in Würzburg gegründeten Deutschen Studentenschaft, eine Denkschrift zur professionell abgesicherten staatsbürgerlichen Erziehung an den deutschen Universitäten verfasst und bis in den Reichstag hinein politisch vertreten.⁷ Er will Parteipolitik zwar aus der Universität heraus-

5 Graf Kessler, Harry/Reintal, Angelika (Hrsg.): *Das Tagebuch 1880–1937, 7. Band*, Stuttgart 2007, S. 540.

6 Für Jena vgl. John, Jürgen: *Zum Wirken kommunistischer Studenten in Jena 1922/23. Die kommunistische Studentengruppe an der Universität Jena und das Kartell der Deutschen Republikanischen Studentenschaft*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 31 (1983), S. 607–625.

7 Dazu: Dicke, Klaus: „Die zur Ermittlung des Kollektivwillens allerdings unerlässlichen Parteien“. *Anmerkungen zur Wahrnehmung politischer Parteien in der Weimarer Republik*, in: Liedhegener, Antonius/Oppelland, Torsten (Hrsg.): *Parteiendemokratie in der Bewährung. Fs. für Karl Schmitt, Baden-Baden 2009*, S. 37–46.

halten, die Studierenden jedoch durch Veranstaltungen zur politischen Bildung auf ihre Rolle als verantwortliche Staatsbürger im guten republikanischen Sinne vorbereiten. Im Kern war dies der erste Plan zur Einrichtung einer demokratischen Politikwissenschaft an den Universitäten, die jedenfalls in ersten Ansätzen sowohl durch die Gründung der Hochschule für Politik in Berlin als auch durch die Einrichtung politikdidaktischer Lehrstühle an Pädagogischen Hochschulen – in Halle etwa kurzzeitig durch Adolf Reichwein besetzt – implementiert wurden.

Die letztendliche Erfolglosigkeit dieser Bemühungen ist bekannt. Allerdings sei darauf hingewiesen, dass sich nicht wenige Mitglieder der politischen und wissenschaftlichen Elite der jungen Bundesrepublik Deutschland aus den politisch aktiven Studierenden der frühen zwanziger Jahre rekrutierten – Arnold Bergsträsser, Gustav Heinemann und Wilhelm Röpke seien nur exemplarisch genannt.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gewann der Gedanke einer politischen Umerziehung der Deutschen rasch an Boden. Den Universitäten wurde hierbei eine Schlüsselstellung zugewiesen, wobei die Amerikaner, Briten und Franzosen in den Westzonen auf ihre Erfahrungen mit einer bereits etablierten akademischen Disziplin Politikwissenschaft zurückgreifen konnten. Von entscheidender Bedeutung war auch, dass sich die studentische Selbstverwaltung im Zuge der Wiedereröffnung der Universitäten in Deutschland rasch formieren und überregional im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) organisieren konnte und den genannten Bestrebungen vorbehaltlos zustimmte. Es klingt für heutige Ohren nahezu unglaublich, wenn es in einem Protokoll der Westdeutschen Rektorenkonferenz von 1949 heißt: „Die Ausführungen von cand. iur. Bennigsen-Foerder zu diesem Punkt ergaben volle Übereinstimmung zwischen den Auffassungen der Rektoren und denen der Studenten“.⁸ Gerade in den politischen Ambitionen – und das muss unterstrichen werden – ging es der organisierten Studentenschaft damals um die Universität und ihre gesellschaftliche Rolle als demokratiestabilisierende Institution. Bis in

⁸ *Westdeutsche Rektorenkonferenz, Protokoll der Rektorenbesprechung in Tübingen am 11.–13.10.1949, S. 15.*

die fünfziger Jahre hinein war die politische Bildung der Studierenden ein Leitthema der Hochschulpolitik und es waren vor allem die Kultusbürokratien Hessen und Baden-Württemberg, die zur Verfolgung dieses Ziels die Gründung des Universitätsfachs Politikwissenschaft voranbrachten und förderten.⁹

Es verdient hervorgehoben zu werden, dass die ursprüngliche Intention der letztlich erfolgreichen Einführung dieses Fachs diejenige einer allgemeinen politischen Bildung der Studierenden, etwa im Rahmen eines Studium generale, war. Nicht Partei- und Tagespolitik, wohl aber Grundkenntnisse des politischen Systems, der Verfassung und politischen Geschichte, der sozialen Realität im Lande und der Stellung Deutschlands in der Weltpolitik sollten Gegenstand dieses Fachs sein. Die Auseinandersetzung über die Frage, ob eine solche Unterrichtung obligatorisch eingerichtet und allgemeines Prüfungsfach werden sollte oder freiwillig zu erfolgen habe, wurde spätestens mit einem Memorandum der Westdeutschen Rektorenkonferenz von 1955¹⁰ zugunsten der Freiwilligkeit entschieden.

Äußerlich betrachtet war es vor allem diese Frage, in der die Entwicklung in den Westzonen und der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) seit etwa 1948 auseinander gingen. Was die inhaltlichen Debatten angeht, so kann ich nach Kenntnisnahme der Äußerungen Wolfgang Natoneks als Vorsitzender des Leipziger Studentenrates¹¹ nur mit großem Bedauern eine Forschungslücke konstatieren: Es wäre sicher erhellend, die Debatten um die politische Bildung der Studierenden an

9 Zur Gründungsgeschichte der Politikwissenschaft in diesem Zusammenhang statt anderer: Behrmann, Günter C.: *Die Verselbständigung der Wissenschaft von der Politik: Gründung und Begründung einer neuen Fachwissenschaft*, in: Acham, Karl u.a. (Hrsg.): *Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren*, Stuttgart 1998, S. 443–478; Bleek, Wilhelm: *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001, S. 265 ff.; Gagel, Walter: *Geschichte der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989/90*, Wiesbaden 3. Aufl. 2005.

10 *Empfehlungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz für die politische Bildung und Erziehung an den Universitäten und Hochschulen*, in: Neuhaus, Rolf (Bearb.): *Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959*, Wiesbaden 1961, S. 65–68.

11 Vgl. die Collage aus seinen Briefen von Steffi Böttger, in diesem Band S. 11 ff.

den Universitäten der späteren DDR mit denen in den Westzonen zu vergleichen – im Falle Natoneks ganz gewiss mit erheblichem Ertrag für Reflexionstiefe und Klarheit politischen Engagements und politischer Bildung an der Universität. Die Entwicklung jedoch, die im marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium mündete,¹² war das exakte Gegenteil dessen, was Natonek im Sinn hatte, mag uns aber, und deshalb ist deren historische Aufarbeitung wertvoll, vor Augen führen, wie schmal der Grat ist zwischen einer politischen Bildung, die zu einem „verantwortungsbewussten Handeln zum Wohle des Ganzen“ hinzuführen sucht und einer indoktrinierenden Zwangsveranstaltung.

Es war rückblickend wie ein Fanfarenstoß zum Auftakt der Studentenrevolte der achtundsechziger Jahre, dass Jürgen Habermas, Ludwig von Friedeburg und andere 1961 eine empirische Untersuchung der politischen Einstellung von Frankfurter Studierenden vorlegten,¹³ die, gelinde gesagt, ernüchternde Ergebnisse lieferte. „Schweigende Anpassung“ – dieser Befund hat Jürgen Habermas zu einem flammenden Plädoyer für politische Partizipation motiviert, das der Studie als theoretische Einleitung vorangestellt wurde. Dass dann Ende der sechziger Jahre in den Studentenprotesten in der Tat eine breite Protest- und Partizipationsbewegung sichtbar wurde, ist aber weniger in der Theoriegeschichte als vielmehr in handfesten politischen Faktoren begründet, wengleich die Verbreitung neomarxistischer Theorien eine wichtige Rolle spielte. Es handelte sich um eine zumindest alle westlichen Staaten umfassende Studentenbewegung, die im Protest gegen den Vietnamkrieg, in antikapitalistischer Gesellschaftskritik, Demonstrationen gegen Studien- und Hochschulreformen, in Deutschland zusätzlich durch die Ablehnung der Notstandsgesetzgebung und Kritik an mangelnder Bewältigung des Nationalsozialismus mehr als reichlich allgemeinpolitische Nahrungsquellen fand. Übriges hat auch das damals neue Leitmedium Fernsehen eine nicht unwichtige Rolle gespielt. Dass Willy Brandt mit der Parole „mehr

¹² Zur Entwicklung in Jena ausführlich: Ploenus, Michael; „... so wichtig wie das tägliche Brot“. Das Jenaer Institut für Marxismus-Leninismus 1945–1990, Köln/Weimar/Wien 2007.

¹³ Oben Anm. 3.

Demokratie wagen“ 1972 einen fulminanten Wahlsieg erringen konnte und bald basisdemokratische Bürgerbewegungen in Erscheinung traten, rechtfertigt im Rückblick durchaus, dass einige Politikwissenschaftler von einer „partizipatorischen Revolution“ in Deutschland sprechen.¹⁴

Lassen Sie mich die historische Skizze hier beenden und zusammenfassend einige Punkte festhalten:

Erstens ist eine Politisierung der Studierenden zweifellos ein Signum des 20. Jahrhunderts, das in einem ganz offensichtlichen Zusammenhang mit der Verankerung der Demokratie in Deutschland steht. Institutionell schlägt sich dies zum einen mit der Herausbildung der verfassten Studentenschaft und der Gründung parteipolitisch ausgerichteter und anderer politischer Hochschulgruppen samt den dazugehörigen publizistischen Aktivitäten und zum andern mit Anstrengungen zur Institutionalisierung einer politischen Bildung an Hochschulen nieder. Letzteres ist in Deutschland eine der Wurzeln des neuen Universitätsfachs Politikwissenschaft.

Zweitens lassen sich in der Weimarer Republik, nach 1945 und nach 1968 Hochzeiten studentisch-politischen Engagements beobachten, die sich freilich erheblich voneinander unterscheiden. Die demokratischen Gehversuche in der frühen Weimarer Republik wurden sehr bald von einer national-chauvinistischen, mehr und mehr völkisch orientierten und vor allem in Korporationen organisierten studentischen Wortführerschaft erdrückt, oftmals mit nicht geringer Resonanz in der Professorenschaft. Die den Aufbau studentischer Selbstverwaltung tragenden Studierenden nach 1945 zeichneten sich, ebenso wie die Demokraten der frühen Weimarer Republik, durch eine hohe Identifikation mit der Universität aus, während dies für die Studentenbewegung nach 1967 gerade nicht der Fall war – im Gegenteil: „der Muff von 1000 Jahren“ galt ihnen als Inbegriff zur Überwindung undemokratischer und gesellschaftlicher Rückständigkeit.

¹⁴ Zu 1968 statt anderer: Frey, Norbert: 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*, München 2008. – Der Begriff der „partizipatorischen Revolution“ wurde durch Max Kaase in die Politikwissenschaft eingeführt, vgl. ders.: *Partizipatorische Revolution – Ende der Parteien?*, in: Raschke, Joachim (Hrsg.): *Bürger und Parteien*, Opladen 1982.

Drittens ist aber auch festzuhalten, dass es bei allen graduellen Unterschieden doch immer nur ein kleiner Prozentsatz der Studierenden war, der politisch hervortrat. Deshalb ist auch eine Klage der politischen „activitas“ der Studenten im 20. Jahrhundert allgemein: die Klage über fehlende oder doch mangelnde Beteiligung, über Apathie oder über das Scheitern der Bemühungen, „die Massen zu mobilisieren“.¹⁵

Selbst diese kurze Skizze wäre freilich unvollständig, ohne an das studentische Engagement im Widerstand zu erinnern. Schon die Verteidiger der Republik in der frühen Weimarer Zeit zeigten Mut in ihrem Bekenntnis, obwohl man hier noch zögert, wirklich von „Widerstand“ zu sprechen. Die „weiße Rose“ in München, und bei allen Unterschieden der Systeme auch Belter, Natonek und andere in Leipzig, der Eisenacher Kreis, Matthias Domaschk oder Jürgen Fuchs in Jena und etliche andere sind wirkliche Helden der Demokratie, deren konsequentes Eintreten für eine verantwortungsvolle Politik es mehr als rechtfertigt, dass sie namentlich in den Geschichtsbüchern geführt werden. Sie sind Vorbilder und Orientierungspunkte, wenn es um die Frage nach mündigem Engagement in der Politik geht.

Doch ehe ich daran anknüpfe und auf normative Aspekte des Themas eingehe, ist zunächst ein Blick auf die gegenwärtige Situation zu werfen.

II. POLITISCHES SOZIOGRAMM DER STUDIERENDEN 2010

Der berühmte Staatsrechtslehrer Robert von Mohl, der wegen einer obrigkeitkritischen Äußerung seine akademische Karriere beenden musste, es dann aber als Politiker bis zum Reichsjustizminister brachte, hat 1840 und in 2. Auflage 1871 ein kleines Büchlein aus den Tübinger Senatsakten publiziert: „Sitten und Betragen der Tübinger Studierenden während des

¹⁵ Vgl. zu dieser Klage etwa: Gramsch, Robert: *Vom Lernen des „aufrechten Ganges“*. Die Jenaer Studentenschaft nach 1988, in: ders./Kaiser, Tobias (Hrsg.): *Engagement und Ernüchterung. Jenaer Studenten 1988–1995*, Jena 2009, S. 11–34 (18 ff.).

16. Jahrhunderts“. Im Vorwort heißt es: „Wir sind über die Zustände und Änderungen des politischen, häuslichen und geselligen Seins und Treibens der Lehrer und Studierenden wenig unterrichtet. [...] Diese Lücke ganz befriedigend auszufüllen, ist wohl unmöglich, weil hierzu die nötigen Materialien fehlen. Allerdings liegen in dem Archive der Universität viele Urkunden aus verschiedenen Zeiten, welche das Leben und die Sitten auf der Hochschule betreffen. Allein theils bleibt doch manche kennenswürdige Seite ganz unbeleuchtet von ihnen, wie denn namentlich gerade die lobenswerteren Eigenschaften, die stillen Tugenden des Fleißes und des wissenschaftlichen Strebens, zu keiner Aufzeichnung Anlass geben, während Fehler und Exzesse amtliche Handlungen und deren Verewigung hervorrufen; [...] theils bilden [...] die uns überlieferten Aktenstücke nicht einmal eine ununterbrochene Reihenfolge von hinreichend verständlichen Nachrichten, so dass selbst der bescheidene Wunsch nach einer bloßen Chronik durch sie nicht befriedigt werden kann.“¹⁶

Diese Exposition der damaligen wissenschaftlichen Ausgangslage ist heute weit überholt: entwicklungspsychologische, soziologische und politikwissenschaftliche Studien haben das politische und soziale Denken und Engagement der Studierenden in den letzten Jahrzehnten recht umfangreich vermessen.¹⁷ Ca. zwei Millionen Studierende in Deutschland sind als Mitglieder ihrer alma mater, aber auch als Wähler, Verbraucher, kommunale Steuerzahler und Wirtschaftskraft umworben und entsprechend gut untersucht. Auch werden die „stillen Tugenden des Fleißes und des wissenschaftlichen Strebens“ jedenfalls in der Spitze durch Preisverleihungen und andere Anerkennungsmechanismen zumindest teilpublik gemacht und wir erheben immerhin gelegentlich den Anspruch, eine „Leistungsgesellschaft“ zu sein. Und doch bleibt von Mohls Feststellung wenigstens

¹⁶ Mohl, Robert von: *Sitten und Betragen der Tübinger Studierenden während des 16ten Jahrhunderts, Tübingen 1977 (Nachdruck der 2. Aufl. 1871), S. 7 f.*

¹⁷ Vgl. Preiser, Siegfried: *Jugend und Politik: Anpassung – Partizipation – Extremismus*, in: Oerter, Rolf/Montada, Leo (Hrsg.): *Entwicklungspsychologie*, 6. Aufl., Basel 2008, S. 874–884; Dicke, Klaus/Edinger, Michael/Hallermann, Andreas/Schmitt, Karl: *Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Jena 2001, jeweils mit weiterführender Literatur.*

als Frage legitim: Sind wir – Rektoren, Professoren, Bildungspolitiker – über ‚Sein und Treiben‘ der Studierenden hinreichend unterrichtet? Sind wir uns der Dichte bewusst, welche biographische Weichenstellung das Studium vornimmt, das fünf bis sieben Prozent unserer Lebenszeit umfasst? Haben wir überhaupt ein zureichendes Koordinatensystem, um den Wert des Lebenslaboratoriums Studium in seiner Spezifik zu würdigen und gegebenenfalls zu verteidigen?

Wenn man den „homo politicus“ einmal weit fasst und jedes Engagement für Belange des Gemeinwohls darunter subsumiert, ist von folgender Lage auszugehen, wobei ich unterstelle, dass die in Jena bzw. Thüringen erhobenen Zahlen einigermaßen repräsentativ sind. An der Universität Jena sind derzeit 68 Hochschulgruppen mit politischem Engagement im erwähnten weiten Sinne tätig. Rechnet man für jede Gruppe zehn aktive Mitglieder, dann umfasst die „activitas“ ca. 700 Studierende. Im Studierendenrat sind derzeit 40 Studenten tätig, noch einmal soviel in den Fachschaften und etwa 40 in Gremien. Selbst wenn man noch ca. 100 in politischen Parteien tätige Studierende hinzunimmt, beträgt die Anzahl der politisch aktiven Studenten kaum mehr als 1.000. Das sind bei 21.000 Studierenden noch unter fünf Prozent.

Die Frage, warum die Zahlen so niedrig sind, kann mittels verschiedener Erklärungen beantwortet werden: Erstens fällt die Engagierten-Quote gesamtgesellschaftlich keineswegs exorbitant niedrig aus, allerdings könnte man aufgrund eines höheren Mobilisierungspotentials jugendlicher Akademiker eher auf eine deutlich höhere Quote schließen. Zweitens ist die Wahrnehmung relativer Machtlosigkeit – „ändern können wir ohnehin nichts“ – durchaus verbreitet. Drittens ist aber auch das Gefühl relativer Zufriedenheit mit den Dingen weit verbreitet, ohne dass man dies schlankweg als unkritisch abtun darf. Viertens sind – und das hat Bologna wohl gefördert – Zeitknappheit und konkurrierende Anforderungen im Studium und oft auch in der Studienfinanzierung anzuführen. Und fünftens lassen sich durchaus Anhaltspunkte für ein recht starkes Kosten-Nutzen-Denken ausmachen: Bei Anregungen, sich zum Beispiel in der Betreuung ausländischer Kommilitonen zu engagieren, kommt die Rückfrage: Was bringt es mir? Und zu den Forderungen der Bildungsproteste des letzten Jahres gehört auch diejenige nach ECTS-

Punkten für soziales Engagement. Hierbei ist freilich hervorzuheben, dass die doch recht umfänglichen sozialen Aktivitäten von Studierenden, die keineswegs immer organisiert sein müssen, zum Teil von erheblicher politischer Relevanz sind; man denke nur an Ausländerbetreuung, Sprachunterricht und ähnliche Engagements.

Nun bedeutet die relativ geringe Anzahl politisch aktiver Studierender aber keineswegs, dass man für die nicht „aktive“ Studierendenschaft durchweg Apathie, Desinteresse oder Politikverdrossenheit feststellen müsste. Wie uns Umfragen zeigen, sind Politik- und Institutionenvertrauen bei jungen Akademikern generell relativ niedrig, wie die 16 bzw. 17 % Wahlbeteiligung bei den letzten StuRa-Wahlen in Jena erkennen lassen. Allerdings sind die Werte für politisches Interesse grundsätzlich höher als im Bevölkerungsdurchschnitt. Dies mag Anlass geben, sich über einige allgemeine Rahmenbedingungen des Studenten als homo politicus Rechenschaft zu geben.

Das Studium ist eine Emanzipationsphase – durchaus im ursprünglichen Wortsinn des Übergangs von der Elternabhängigkeit in die gesellschaftliche Selbständigkeit – im Unterschied zum alten Rom aber nicht im Akt einer juristischen Sekunde, sondern ausgedehnt auf vier bis sechs Jahre, bei manchen Emanzipationskünstlern auch länger. Das Studium ist ein Zwischenraum der Orientierungssuche – und damit zugleich auch entscheidende biographische Weichenstellung. Das „mein Haus, mein Boot, mein Pferd, meine Frau“ – Gehabe ist auf Feiern zum 30-jährigen Abiturjubiläum, aber nicht im Studium zuhause.

Damit ist auch verbunden, dass sowohl die Studienreform der sechziger und frühen siebziger Jahre als auch die Bologna-Reform mit veränderten Realitäten der Berufswirklichkeit begründet wird. Der Marburger Ökonom Werner Hofmann hat in einer sensiblen Analyse 1967 darauf hingewiesen, dass mit einem solchen ‚zweckorientierten Reformwillen‘ Konsequenzen verbunden sind. Er schreibt: „Zu beginnen ist bei dem unmittelbaren Erfahrungsbereich unserer Studierenden, bei der Universität und ihrem inneren Leben. Hier ist eine gewisse Prädisposition der jungen Menschen zur Unruhe sicher schon in ihrer eigenen Situation angelegt, in der besonderen Zwischenstellung, welche die Universitätsjahre zwischen Schule und Erwerbsdasein einnehmen. Es ist ein geistiger

Schwebezustand der Unverantwortlichkeit, überschattet zugleich von den Anforderungen eines künftigen Berufslebens, das mit so ganz anderen Maßstäben misst als die akademische Welt. Das Studium steht in der Spannung zwischen einer auf ihre Zweckfreiheit pochenden Wissenschaft und einer Umwelt der vollständigen Herrschaft der Zwecke, des Erwerbs, der allgemeinen Verwertung". Dann fährt er fort: „Im Wissenschaftsbetrieb selbst wollen sich neuerdings die herrschenden Zwecke der Gesellschaft gebieterisch geltend machen".¹⁸ Ich halte dies gerade angesichts der Ökonomisierungskritik der Bildungsstreikenden unserer Tage auch heute für höchst nachdenkenswert.

Klagen über politische Apathie und politisches Desinteresse der Mehrheit der Studierenden sind – wie bereits angesprochen – weit verbreitet, keineswegs allein unter den politisch aktiven Studierenden. So haben bei Universitätsveranstaltungen zur Bologna-Reform im vergangenen Jahr in Jena zwar seitens der Fachschaften einige hoch engagierte Vertreter mitgewirkt, im Großen und Ganzen haben sie aber ein erstaunlich geringes Echo gefunden. Über die bereits genannten Gründe hinaus spielt hier sicher auch eine recht geringe Identifikation der Mehrheit der Studierenden mit der Institution Universität ebenso eine Rolle wie – das sei durchaus selbstkritisch hinzugefügt – eine möglicherweise auch zur Mitwirkung wenig einladende Partizipationskultur an den Universitäten. Dass dies eine der zentralen Beschwerden des Bildungsstreiks im vergangenen Jahr war, müssen wir ernst nehmen als bislang weithin geschehen. Im Vordergrund des studentischen Protests steht der deutlich abgeschmolzene Einfluss durch Abschaffung der Konzile, vor allem bei der Rektorwahl, sowie die überaus kritische Wahrnehmung des über Hochschulräte vermittelten, angeblich „äußeren" und wissenschaftsfremden Einflusses auf inneruniversitäre Entscheidungen. Kaum wahrgenommen wird hingegen, dass etwa durch den Stellenwert studentischer Voten in Berufungsverfahren oder durch studentische Beteiligung im Akkreditie-

¹⁸ Hofmann, Werner: *Das Aufbegehren der Studenten*, in: ders.; *Universität, Ideologie und Gesellschaft. Beiträge zur Wissenschaftssoziologie*, Frankfurt a.M. 5. Aufl. 1971, S. 41–48 (43). Vgl. dazu auch Gramsch (oben Anm. 15).

rungsverfahren neue Mitwirkungsmöglichkeiten erwachsen sind und im Übrigen ganz überwiegend verantwortungsvoll und mit Engagement wahrgenommen werden. Insgesamt wird die seit einigen Jahren veränderte Leitungs- und Willensbildungsstruktur der Universitäten als rundweg fremdbestimmt und undemokratisch wahrgenommen. Dass dabei ein sehr einseitiger und auch reduktionistischer Demokratiebegriff am Werk ist, der etwa den so wichtigen Aspekt der Ämterordnung regelmäßig und den der rechtsstaatlichen Gesetzesbindung gelegentlich ausblendet, sei zwar kritisch vermerkt, ändert aber am Befund nichts.

Spätestens hier stellt sich damit die Frage, wie denn die Universitäten ihrerseits den Studenten als homo politicus wahrnehmen.

III. BILDUNG UND POLITISCHE BILDUNG

In normativer Hinsicht – und um diese Perspektive geht es nun abschließend – ist zunächst zu betonen, dass sich die Frage „mündig oder nicht“ bei Studierenden schlicht nicht stellt. Alfred Weber hat es bereits 1947 so formuliert: „Ich halte auch eine Stellungnahme der Studenten, da sie ja überwiegend Wähler sind, in entscheidenden politischen Tagesfragen für selbstverständlich“.¹⁹ Man muss dies erläutern; es heißt nicht etwa ‚allgemeinpolitisches Mandat der verfassten Studentenschaft‘, und es bedeutet auch keine Öffnung der Universität für Partei- oder Tagespolitik. Es bedeutet aber sehr wohl eine Verpflichtung der Universitäten, die für eine verantwortliche politische Meinungsbildung notwendigen Informationen, auch in Gestalt von Veranstaltungen unter Beteiligung politischer Parteien, bereit zu stellen und Studierende auf eine solche verantwortliche Meinungsbildung vorzubereiten. Die Verantwortung hierfür darf keineswegs allein bei einem Fach, etwa der Politikwissenschaft oder Didaktik der Politik, liegen, und hier ist vor allem auch die Mitwirkung politischer Stiftungen und anderer außeruniversitärer Träger politischer Bildung gefragt. Die Universität freilich trägt die Verantwortung dafür,

¹⁹ Alfred Weber (*Anm. 3*), S. 293.

dass die Grenze zwischen politischer Bildung und einseitiger Indoktrination, Propaganda oder die Verbreitung demokratiewidriger Inhalte gewahrt bleibt.

Obgleich ich Politikwissenschaftler bin und schon aus diesem professionellen Grund politischer Sachinformation großes Gewicht beilege, ist deren Vermittlung jedoch nicht der einzige, ja nicht einmal der wichtigste Teil universitärer Verantwortung. Politische Sachverhalte lernt man im Zweifel relativ schnell; weitaus schwieriger ist es aber, Festigkeit im eigenen Urteilen zu gewinnen. In deren Vermittlung sehe ich die eigentliche Aufgabe universitärer Bildung,²⁰ die sich deutlich von einer Ausbildung zu extern definierter „employability“ unterscheidet, diese freilich nicht ersetzen soll, sondern zu ihr hinzutreten muss. Bildung im Sinne der Hinführung zu sachlich bzw. fachlich fundierter und auf Verantwortbarkeit hin geprüfter Urteilsfindung und Bildung im Sinne der Hinführung zu eigenständiger Beschaffung hinreichender Beurteilungsgrundlagen ist zugleich auch die beste politische Bildung. Bis dieser Bildungsauftrag in den neuen Studiengängen des Bologna-Formats umgesetzt ist, liegt wohl noch ein langer Weg vor uns.

Ob und wie dies gelingt, wird nicht allein von organisatorischen Entscheidungen – etwa der Schaffung von Freiräumen für nicht zum Fach gehörende Bildungsangebote und bildenden Aktivitäten – abhängen, sondern auch davon, in welchem Grad die Universität die besondere Sensibilität der Studierenden wahrnimmt und aufgreift. Diese besondere Sensibilität hat in vielen Fällen den Universitäten geholfen, als Frühwarnsystem für gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu fungieren und Remeduren zur Diskussion zu stellen. Und ich habe keinen Zweifel daran, dass es sich bei der sehr weitgehenden Ökonomisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens um eine solche Fehlentwicklung handelt. Ich frage mich allerdings, ob die Universitäten in der Lage sind, die dahin gehenden Proteste der heutigen Studierenden zureichend aufzugreifen, die nötigen Freiräu-

²⁰ Die Universität Jena hat dieses Bildungsverständnis als Grundlage der Studienreform in einem Memorandum niedergelegt: Friedrich-Schiller-Universität Jena (Hrsg.): *Das Spezificum universitärer Bildung, Jena 2007.*

me zu ihrer unbefangenen Diskussion zu schaffen und über Abhilfe nachzudenken. Für mich spiegeln sich in den Bildungsstreiks auch die langweiligen status-quo-Beschreibungen vieler sozialwissenschaftlicher Positivismen und ein zum Teil beängstigender Mangel an Gegenwartskritik in manchen Geisteswissenschaften, vor allem auch der Gegenwartsphilosophie, wider. Ich denke, es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Universitäten, dafür Sorge zu tragen, dass uns künftige Generationen kein Bildungsversagen vorwerfen.

Vielleicht sind Veranstaltungen wie der „Belter-Dialog“ zu selten und auch zu wenig besucht. Aber sie sind vor allem dann von unschätzbarem Wert, wenn sie an Vorbilder eines sich selber-Bildens zu politischer Verantwortung erinnern und ihr Beispiel als Anstoß präsentieren. Das Denken, der Bildungsweg und das politische Handeln Wolfgang Natoneks sind ein mehr als würdiges und wichtiges Beispiel dieser Art. Dass er es in kritischer Situation gegen Angriffe auf die Selbständigkeit auch des Studenten als homo politicus mit Worten Friedrich Schillers verteidigte,²¹ freut den Jenaer Rektor in Leipzig natürlich ganz besonders.

²¹ Vgl. Böttger (Anm. 11), S. 11 ff.

ZU DEN AUTOREN

Steffi Böttger (Jg. 1963) wurde in Leipzig geboren. Nach einer Buchhändlerausbildung und einem Studium an der Fachschule für Buchhändler wechselt sie zum Theater. Seit 1995 ist sie als Schauspielerin und Theaterpädagogin freischaffend tätig. Neben eigenen literarisch-musikalischen Programmen (u. a. über Brigitte Reimann, Clara Schumann, Alma Mahler-Werfel, Elisabeth Förster-Nietzsche) ist sie seit 14 Jahren Sprecherin im Tonstudio der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig.

Seit einigen Jahren beschäftigt sie sich ausführlich mit deutscher Exilliteratur. Im Jahr 2006 erschien ihre erste Publikation „Im Geräusch der Zeit“ – die gesammelte Publizistik aus den Jahren 1914–1933 von Hans Natonek im Leipziger Lehmanns Verlag, zwei Jahre später der Briefwechsel zwischen Hans und Wolfgang Natonek. Im Augenblick bereitet sie die Herausgabe der Exilpublizistik Hans Natoneks vor.

Prof. Dr. Klaus Dicke (Jg.1953) wurde in Rübenach bei Koblenz geboren. Nach dem Abitur studierte er Politikwissenschaft, Geschichte, katholische Theologie und Philosophie in Marburg und Tübingen. 1983 wurde er zum Dr. rer. soc. in Tübingen mit dem Thema „Menschenrechte und europäische Integration“ promoviert. In der Zeit von 1983 bis 1994 war er Akademischer Rat und Oberassistent am Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel. 1989/1990 erhielt er ein Habilitationsstipendium der DFG; es folgten Forschungsaufenthalte an der Harvard University und bei den Vereinten Nationen, New York. Nach der Habilitation 1992 an der Universität Kiel zum Thema „Effizienz und Effektivität internationaler Organisationen“ folgte im gleichen Jahr eine Lehrstuhlvertretung für „Politische Theorie“ an der Freien Universität Berlin und in der Zeit von 1992 bis 1995 für „Politische Theorie und Ideengeschichte“ an der Universität Mainz. 1994 erhielt er einen Ruf (C 3) an die Universität Mainz sowie einen Ruf (C 4) an die Universität Jena. Seit April 1995 ist er Professor für „Politische Theorie und Ideengeschichte“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

1999 wurde er zum Prorektor der Friedrich-Schiller-Universität Jena gewählt, seit September 2004 ist er deren Rektor. Als Vizepräsident für

Planung und Organisation der Hochschulrektorenkonferenz war er tätig von August 2006 bis Juli 2008. Seit August 2008 ist er gewählter Sprecher der Gruppe Universitäten und Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz. Prof. Dicke ist seit September 2010 Vorsitzender der Thüringer Landesrektorenkonferenz.

Prof. Dicke ist Mitglied u. a. der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Vorsitz von 1998 bis 2002); der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (1997–1999 Vorsitzender); der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht sowie in der Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt.

Prof. Dr. Siegfried Gehrman (Jg. 1954) wurde in Gorzow/Landsberg a. d. Warthe (Polen) geboren. Er studierte Germanistik und Sozialwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und promovierte im Bereich germanistische Linguistik an der Universität Siegen. Es folgten mehrjährige Lehraufenthalte an den Universitäten Zagreb (Kroatien), Nitra (Slowakei), Sarajevo (Bosnien-Herzegowina) und Münster. Gehrman ist Professor für germanistische Linguistik an der Abteilung für Deutschlehrerbildung-Interkulturelle Germanistik an der Fakultät für Lehrerbildung der Universität Zagreb. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Sprachen- und Bildungspolitik in Europa und interkulturelle Kommunikation. Er ist zudem Geschäftsführender Vorstand des deutsch-kroatischen Zentrums für Europäische Bildung der Universitäten Zagreb und Münster (www.lecee.eu), Direktor des Instituts für Globalisierung und interkulturelles Lernen-IGI in Zagreb (NGO) sowie CIM-Fachkraft für die Koordination europäischer Bildungsprojekte in Zagreb.

Prof. Dr. Günther Heydemann (Jg. 1950) wurde in Burghausen geboren. Er studierte von 1970 bis 1976 Geschichte, Germanistik, Sozialkunde und Italienisch an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bonn, Pisa und Florenz. Danach arbeitete er von 1980 bis 1992 als wissenschaftlicher Assistent und Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bayreuth und dem Deutschen Historischen Institut in London. Seit 1993 hat er den Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig inne, und darüber hinaus ist er seit Oktober 2009

Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden. Gastprofessuren führten ihn nach Italien, in die USA und die Russische Föderation. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Zeitgeschichte, des Diktaturenvergleichs (NS-, SED-Regime) und der vergleichenden europäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert. Aktuell befasst er sich vor allem mit den Transformationsprozessen in den neuen Bundesländern.

Dr. Günter Kröber (Jg. 1928) wurde in Leipzig geboren. Von 1946 bis 1950 studierte er Jura an der Universität Leipzig, wo er 1947/48 Mitglied im Vorstand des Studentenrates war. Für die LDP-Fraktion war er 1950 Mitglied des Sächsischen Landtages. Nach einem Referendariat in der Sächsischen Justiz arbeitete Kröber von 1953 bis 1961 als Rechtsanwalt in Leipzig. 1955 wurde er wegen angeblichen „Verbrechens gegen das Volkseigentum“ verhaftet, im folgenden Jahr jedoch aufgrund erwiesener Unschuld durch das Oberste Gericht freigesprochen. Wegen „staatsfeindlichen Verhaltens“ wurde Kröber 1961 erneut inhaftiert und aus der Anwaltschaft sowie der LDP ausgeschlossen. 1962 erfolgte die Verurteilung durch das Bezirksgericht Leipzig zu zwei Jahren Gefängnisstrafe. Nach der Haftentlassung arbeitete er von 1966 bis 1990 als Justitiar der Centrum-Warenhäuser in Leipzig. 1970 wurde er an der Juristenfakultät der Universität Leipzig promoviert. 1990 wurde Kröber rehabilitiert und durch den letzten Justizminister der DDR wieder als Rechtsanwalt zugelassen. Von 1990 bis 1994 war Kröber Mitglied des Sächsischen Landtags für die FDP-Fraktion und deren langjähriger Vorsitzender. 1992 wurde das Urteil von 1962 des Bezirksgerichts Leipzig aufgehoben. Seit 1998 führt Kröber eine eigene Anwaltskanzlei in Leipzig. Von 1995 bis 1998 war er Mitglied des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes und von 2001 bis 2007 Präsident der Rechtsanwaltskammer Sachsen. Seit 2007 ist er Ehrenpräsident der RAK Sachsen.

Dr. Kröber erhielt bedeutende Auszeichnungen, darunter das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, die Verfassungsmedaille des Sächsischen Landtags sowie den Verdienstorden des Freistaates Sachsen.

Bastian Lindert (Jg. 1980) wurde in Bremen geboren. Er studiert in Leipzig Mittlere und Neuere Geschichte und Journalistik. Er arbeitete als studentische Hilfskraft und Tutor am Lehrstuhl für die Geschichte der Frühen Neuzeit und ist Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes. 2007 wurde er mit dem „Wolfgang-Natonek-Preis der Freunde und Förderer der Universität Leipzig“ ausgezeichnet. Im darauf folgenden Jahr gründete er die Initiative „Studierende 2009“, die zum Leipziger Universitätsjubiläum Projekte von Studierenden für Studierende realisierte. In der akademischen und studentischen Selbstverwaltung gehörte er diversen Gremien auf allen Ebenen der Universität an und war 2009 kurzzeitig Sprecher des StudentInnenRates der Universität Leipzig. Dessen Entwicklung und Arbeit ist Gegenstand seiner zeitgeschichtlichen Abschlussarbeit zum Thema „Politische Partizipation in Ostdeutschland seit 1989“.